



# Beschlussdokumentation Juso-Landeskonferenz 2013/I

vom 23. und 24. März 2013 in Nürnberg

<b>Arbeitsprogramm der Jusos Bayern 2013/14 .....</b>	<b>4</b>
<b>Unsere Anregungen zum Regierungsprogramm .....</b>	<b>8</b>
<b>Antragsbereich A.....</b>	<b>18</b>
<b>Rechtspolitik, BürgerInnenrechte und Partizipation .....</b>	<b>18</b>
20 Jahre Asylkompromiss – 20 Jahre Abschaffung des Asylrechts .....	18
Zeit für eine klare Zäsur - Inlandsgeheimdienste abschaffen .....	21
Keine Optionspflicht bei doppelter Staatsbürgerschaft!.....	29
Einführung des aktiven Ausländerwahlrechtes auf Kommunal-, Landes- und Bundesebene .....	30
<b>Antragsbereich B.....</b>	<b>31</b>
<b>Wirtschaft, Steuern und Finanzen .....</b>	<b>31</b>
Resolution: „Gerechter steuern mit Steuern“ .....	31
Tonnagesteuer abschaffen! .....	36
Haftung für ManagerInnen und Vorstandsmitglieder .....	37
<b>Antragsbereich C.....</b>	<b>39</b>
<b>Bildung, Ausbildung, Sozialarbeit.....</b>	<b>39</b>
Für mehr Politische Bildung an Schulen .....	39
<b>Antragsbereich D .....</b>	<b>40</b>
<b>Sozialpolitik .....</b>	<b>40</b>
Jugendsozialarbeit in Bayern – Ausbau und Förderung .....	40
<b>Antragsbereich F .....</b>	<b>42</b>
<b>Generationen, Jugendarbeit .....</b>	<b>42</b>
Dein Leben. Jugendpolitik für junge Menschen, nicht gegen sie.....	42
<b>Antragsbereich G .....</b>	<b>46</b>
<b>Partei .....</b>	<b>46</b>
SPD-Mitgliederbegehren vereinfachen .....	46
<b>Antragsbereich H .....</b>	<b>47</b>
<b>Infrastruktur .....</b>	<b>47</b>
Aufstockung der Fördermittel in der „Sozialen Stadt“ .....	47
Abschaffung der 1.Klasse /des Mehrklassensystems im Nahverkehr .....	49
Aufbruch im Weltraum .....	50
<b>Antragsbereich I .....</b>	<b>53</b>
<b>Sonstiges .....</b>	<b>53</b>
Selbstdarstellung der Bundeswehr.....	53
Verschreibungspflicht für die „Pille danach“ abschaffen .....	57

<b>Initiativanträge .....</b>	<b>59</b>
Fracking und Schiefergasförderung verbieten .....	59
„Zypern gehört dem Volk!“ – Keine weitere Erpressung Zyperns und der Eurozone! .....	61
Gegen den Naziaufmarsch am 1. Mai in Würzburg .....	63
Gegen Naziterror und Rassismus – Inlandsgeheimdienste abschaffen.....	64
Prävention statt Repression! .....	68

# 1 Arbeitsprogramm der Jusos Bayern 2013/14

---

2 Nach einigen Jahren, in denen die organisatorische Neuaufstellung der bayerischen  
3 Jusos und die inhaltliche Arbeit im Vordergrund standen, werden die Jahre 2013 und  
4 2014 von Wahlkämpfen geprägt sein. Die starke Einbindung von Jusos in den  
5 Wahlkampf sorgt dafür, dass weniger Zeit für die inhaltliche Arbeit in den  
6 Kommissionen wie in der Bildungsarbeit zur Verfügung steht. Dies gilt besonders für  
7 die „heiße Phase“ des Kommunalwahlkampfes, weil traditionell viele Jusos selbst als  
8 KandidatInnen oder aktive WahlkämpferInnen vor Ort „benötigt“ werden.

9  
10 Dies kann und darf allerdings nicht bedeuten, dass die Jusos Bayern ihre sonstige  
11 Arbeit bis zum Ende der Wahlkampfphase mit der Europawahl 2014 einstellen. Dies  
12 gilt schon deshalb, weil für uns der Wahlkampf keine inhaltsleere Zeit ist: Wir wollen  
13 in erster Linie nicht blind Mehrheiten für die SPD erstreiten, sondern Mehrheiten für  
14 eine sozialdemokratische Politik. Deshalb wird unser Wahlkampf mit inhaltlichen  
15 Forderungen unterlegt sein. An diesen werden wir selbstverständlich auch in den  
16 kommenden eineinhalb Jahren weiter arbeiten. Es gilt aber, bei dieser Arbeit Rücksicht  
17 zu nehmen auf die vielen Termine und die Arbeitsbelastung der Genossinnen und  
18 Genossen, die mit den Wahlkämpfen verbunden ist.

## 19 1. Unsere Wahlkampagne: Dein Leben!

20 Wir werden unsere Wahlkampagne vor allem für die Bundes- und Landtagswahl 2013  
21 unter dem Claim „Dein Leben“ bündeln. Das Motto soll unser zentrales politisches Ziel  
22 deutlich machen: Jeder Mensch soll sein Leben selbst gestalten können!

23  
24 Inhaltlich werden wir die Kampagne vor allem auf drei Schwerpunktthemen  
25 ausrichten, die junge Menschen besonders betreffen: Arbeit und Ausbildung, Schule  
26 und Hochschule sowie politische Teilhabe. Diese drei Themen sind entscheidend  
27 dafür, dass junge Menschen selbstbestimmt an der Gesellschaft und den dort zu  
28 treffenden Entscheidungen teilhaben können.

29  
30 Wir werden diese Themen sowohl über die „klassischen“ Wahlkampfmaterialien wie  
31 Broschüren und Flugblätter transportieren als auch über Internet und soziale  
32 Netzwerke. Auch zentrale Aktionen genauso wie Ideen und Unterstützung für  
33 dezentrale Aktionen werden dazu gehören. Der genaue Wahlkampfleitfaden wird von  
34 einer Arbeitsgruppe des Landesvorstands unter Einbeziehung der Bezirke und der  
35 „Campaigner“ des Juso-Bundesverbandes erarbeitet.

36  
37 Ziel unserer Wahlkampagne ist es nicht nur, junge Wählerinnen und Wähler für die  
38 SPD zu gewinnen. Wir wollen junge Menschen auch dazu motivieren, dauerhaft bei  
39 den Jusos und in der SPD mitzuarbeiten. Auch deshalb ist für unsere Kampagne nicht  
40 das Motiv „Wahlsieg“ entscheidend, sondern die inhaltliche Begründung, warum die  
41 SPD die Partei ist, die die Interessen junger Menschen am besten vertritt –  
42 insbesondere dann, wenn viele junge Menschen in ihr mitarbeiten.

43  
44 Neben diesen inhaltlichen Aspekten wird unser Wahlkampf aber auch auf die  
45 Unterstützung von Personen abzielen. Denn sozialdemokratische Politik ist für uns  
46 zwar an Inhalten orientiert – notwendig sind aber auch Personen in den Parlamenten,

1 die diese Inhalte überzeugt und überzeugend vertreten und in politisches Handeln  
2 umsetzen. Daher werden wir im Wahlkampf besonders Kandidatinnen und  
3 Kandidaten unterstützen, die unserem Verband und unseren politischen Inhalten  
4 nahestehen – unabhängig davon, dass wir natürlich für ein möglichst gutes Ergebnis  
5 für die SPD insgesamt (und damit eine möglichst hohe Mandatszahl) bei der  
6 jeweiligen Wahl kämpfen.

7  
8 Leider ist es nicht gelungen, auf der Bundestagsliste eine Kandidatin oder einen  
9 Kandidaten aus dem Verband auf den aussichtsreichen Listenplätzen zu platzieren.  
10 Davon ungeachtet gibt es auf diesen Plätzen aber einige Personen, die unsere  
11 Positionen weitgehend teilen, auch wenn sie nicht dem Verband angehören. Wir  
12 werden diese genauso unterstützen wie die leider auf hinteren Listenplätzen  
13 platzierten Kandidatinnen und Kandidaten aus unserem Verband. Bei der Landtags-  
14 und Bezirkswahlen mit veränderbaren Listen können wir mit der Unterstützung von  
15 Kandidatinnen und Kandidaten einen Beitrag leisten, dass diese auch in die  
16 Parlamente einziehen.

17  
18 Während bei der Bundes- und Landtagswahl die direkte Unterstützung von  
19 Kandidatinnen und Kandidaten sinnvoll ist, werden wir für die Kommunalwahlen vor  
20 allem Schulungsmöglichkeiten, sowohl inhaltlich als auch technisch anbieten, um  
21 jungen KandidatInnen bei einem erfolgreichen Wahlkampf zu unterstützen. Wir  
22 werden unser Angebot dabei so gestalten, dass es die vorhandenen Angebote anderer  
23 BildungsträgerInnen (z.B. der FES) sinnvoll ergänzt.

## 24 2. Inhaltliche Arbeit: Basiskongress und Kommissionen

25 Der nächste Basiskongress wird im Juni 2013 in München stattfinden. Er soll wieder die  
26 Möglichkeit bieten, außerhalb der formalen Strukturen inhaltliche Diskussionen zu  
27 führen und Anstöße für die Arbeit vor Ort zu liefern. Der nächste Basiskongress wird  
28 dann nach der Kommunalwahl 2014 stattfinden. Der Landesvorstand wird außerdem  
29 prüfen, ob nach den Wahlen im Herbst 2013 ein „kleiner Basiskongress“ zur Diskussion  
30 der Wahlergebnisse sinnvoll ist – möglicherweise verbunden mit der Herbst-  
31 Landeskonferenz.

32  
33 Bei den Kommissionen hat sich die Umstellung auf Kommissionswochenenden  
34 grundsätzlich bewährt, auch wenn noch einiges zu optimieren ist. Das Format wird  
35 2013/14 beibehalten, die Kommissionen erhalten aber die regelmäßige Möglichkeit,  
36 von Freitagabend bis Sonntagvormittag zu tagen; wie bisher tagt anschließend die  
37 Frauenkommission. Verstärkt soll außerdem darauf geachtet werden, dass alle  
38 Kommissionen im gleichen Gebäude tagen, so dass der Austausch außerhalb der  
39 Kommissionssitzungen leicht möglich ist; außerdem wollen wir gut erreichbare und  
40 attraktive Tagungsorte auswählen.

41  
42 Die bisherigen, parallel tagenden Kommissionen bleiben bestehen:

- 43 • Innenpolitik, Demokratie und Antifa
- 44 • Internationales und Europa
- 45 • Umwelt und Energie
- 46 • Wirtschafts- und Sozialpolitik

47 Daneben besteht eigenständig organisiert die Frauenkommission

### 1 3. Zielgruppenorganisationen

2 Für die Ansprache der Studierenden sowie der Schülerinnen und Schüler sind  
3 weiterhin das LKT der Juso-Hochschulgruppen bzw. die Juso-SchülerInnen Bayern  
4 zuständig.

5  
6 Die Juso-Hochschulgruppen Bayern werden sich auch im Jahr 2013 wieder für soziale  
7 Gerechtigkeit in der Bildung und demokratischere Hochschulen stark machen. Die  
8 Abschaffung aller Studiengebühren ist auch nach dem erfolgreichen Volksbegehren  
9 eine unserer zentralen Forderungen, die wir weiter verfolgen werden. Die  
10 Hochschulgruppen werden sich außerdem im Landtagswahlkampf 2013 für  
11 hochschulpolitische Themen einsetzen und ihre Positionen einbringen. Die  
12 Veranstaltungsreihe „Hochschuldialoge“ soll 2013 weitergeführt werden. In einem  
13 Hochschulwahlkampfseminar soll die Vorbereitung auf den Hochschulwahlkampf  
14 2013 erfolgen, es soll neuen Hochschulgruppen Input geben und Hochschulgruppen an  
15 Fachhochschulen unterstützen. In Kooperation mit der Gewerkschaft für Erziehung  
16 und Wissenschaft planen die Hochschulgruppen eine Veranstaltung zum Thema  
17 Beschäftigungsverhältnisse an Hochschulen.

18  
19 Die Juso-SchülerInnen werden sich auch 2013 wieder mit der Bildungspolitik in Bayern  
20 befassen. Zurzeit befindet sich das Bildungssystem im Freistaat in einem desolaten  
21 Zustand. Wie durch unterschiedliche Studien mit alarmierenden Ergebnissen bestätigt  
22 wurde, besteht dringender Handlungsbedarf das verkrustete System zu reformieren.  
23 Insbesondere bei Aspekten wie der Inklusion, der Chancengleichheit und der  
24 Förderung der Ganztages- und Gesamtschule hinkt der Freistaat bedeutend hinterher.  
25 Nirgendwo in Deutschland hängt schulischer Erfolg so sehr vom Bildungsstand und  
26 Geldbeutel der Eltern ab wie in Bayern. Zur dringend notwendigen Verbesserung  
27 dieser Situation wollen die Juso-SchülerInnen Denkanstöße und Konzepte liefern.  
28 Praktisch kann das durch den Gedankenaustausch mit Bildungspolitikern und  
29 Einrichtungen wie der Arbeitsgemeinschaft für Bildung und der AG Selbst Aktiv  
30 geschehen. Zur Bündelung von Meinungen und Ideen werden die Jusos-SchülerInnen  
31 Bayern daher auch 2013 regelmäßige Treffen und ein Seminar organisieren. Das  
32 Schreiben von Anträgen und die damit direkte Einflussmöglichkeit auf Beschlüsse von  
33 Jusos und SPD soll auch 2013 noch verstärkt werden. Dabei soll der Schwerpunkt vor  
34 allem auf das Thema "Bildungspolitik" gelegt werden. Gerade in diesem Bereich  
35 können Schülerinnen und Schüler wichtige Hinweise und Denkanstöße liefern. Zur  
36 Information über die Arbeit der Jusos-SchülerInnen Bayern soll auch 2013 eine  
37 Mitgliederzeitschrift erscheinen. Die Arbeit im Bundesverband soll wie im Jahr 2012  
38 weitergeführt werden. Weiterhin wird eine stärkere Vernetzung mit anderen  
39 Jugendparteien (Schüler Union, Liberalen Schülern...) und SchülerInnenvertretungen  
40 angestrebt.

### 41 4. Bildungsarbeit

42 Auch für 2013/14 wird es wieder ein Seminarprogramm geben. Dabei werden wir auf  
43 die bewährten Strukturen bei der Erstellung des Programms über eine Arbeitsgruppe  
44 des Landesvorstands zurückgreifen. Bei der Terminierung und der Anzahl der  
45 Seminare werden wir Rücksicht nehmen müssen auf die Wahlkämpfe, insbesondere  
46 auf die „heiße Phase“ des Kommunalwahlkampfes. Wir werden außerdem versuchen,  
47 bei den Seminaren im Herbst 2013 Themen aufzugreifen, die für die Kommunalwahlen  
48 wichtig sind.

1 2012/13 ist es aus organisatorischen Gründen nicht gelungen, eine  
2 Teamendenqualifizierung durchzuführen. Dies soll 2013/14 dringend erfolgen, auch,  
3 um mehr Teamerinnen und Teamer für die Bildungsarbeit der Jusos Bayern zur  
4 Verfügung zu haben und die im Verband bestehenden Kompetenzen besser in die  
5 Bildungsarbeit einzubeziehen.

## 6 5. Öffentlichkeitsarbeit und Vernetzung

7 Die Öffentlichkeitsarbeit bis einschließlich September 2013 wird geprägt sein von den  
8 Wahlkämpfen. Daran wird sich die Pressearbeit genauso orientieren wie die Erstellung  
9 von Publikationen.

10

11 Für den Kommunalwahlkampf wollen wir spätestens mit Jahresbeginn 2014  
12 Materialien anbieten, die vor Ort genutzt werden können. Dazu werden wir vor allem  
13 Vorlagen erstellen, die jeweils um lokale Aspekte ergänzt und dann dezentral gedruckt  
14 und eingesetzt werden können. Auch für die Europawahl 2014 wird der  
15 Landesvorstand Materialien erstellen.

16

17 Auch 2013/14 wollen wir die Kontakte mit befreundeten Organisationen, insbesondere  
18 den Jugendorganisationen in Bayern, fortsetzen. Dazu werden wir regelmäßig das  
19 Gespräch mit den Organisationen suchen. Wichtig ist uns dabei, dass dies keine  
20 Wahlkampf-Instrumentalisierung bedeutet, sondern dem Ziel dient, Positionen aus  
21 diesen Organisationen aufzugreifen und in die Meinungsbildung bei den Jusos Bayern  
22 einfließen zu lassen.

23

24 Wir werden weiterhin intensiv im Juso-Bundesverband mitarbeiten, insbesondere  
25 auch am Projekt, die linken Strömungen über die „Gesamtlinke“ besser zu vernetzen  
26 und zu einem intensiveren inhaltlichen Austausch zu kommen. Innerhalb der  
27 BayernSPD werden wir weiterhin für unsere politischen Überzeugungen eintreten und  
28 um Mehrheiten dafür streiten.

# 1 Unsere Anregungen zum Regierungsprogramm

2 (zum Stand 18.02.2013)

3

## 4 Sozialpolitik

5 Im Sozialpolitischen Bereich (aber auch an anderen Stellen im Programm) sollte durch  
6 Querverweise auf andere Kapitel verwiesen werden, die wichtige weitere Punkte  
7 enthalten (vom Sozialteil z.B. zu Bildung, Jugend und Gesundheit)

8 Es fehlt weitgehend der Bereich zwischen dem Kindesalter und den SeniorInnen. Die  
9 Anforderung muss Partizipation und Teilhabe sein. Dazu gehören:

- 10 • Armut/Exklusion, Aufarbeitung Hartz IV
- 11 • Die Ausgestaltung bzw. Ablösung des Bildungs- und Teilhabepakets
- 12 • Die umfassende Bekämpfung von Armut statt der Fokussierung auf Kinder-  
13 und Altersarmut
- 14 • Flankierende Maßnahmen zu Transferleistungen wie  
15 SchuldnerInnenberatung, Arbeitsmarktintegration, Deutschkurse etc.
- 16

17 Ebenfalls ergänzt werden sollte eine Aussage zu den Zielkonflikte bei der Übertragung  
18 öffentlicher Aufgaben: Die Wohlfahrtsverbände übernehmen staatliche Aufgaben,  
19 was sinnvoll sein kann (z.B. Hartz-IV-Beratung), aber ausreichend finanziert und  
20 flächendeckend angeboten werden muss.

21 Im Bereich der frühkindlichen Bildung sollte ergänzt bzw. geändert werden:

- 22 1. Pflicht zum Besuch von KiTas statt lediglich kostenfreiem Zugang
- 23 2. Stärkung der Attraktivität der Erzieherberufe (Probleme u.a.: Teilzeitstellen,  
24 Einstufung im TVÖD)
- 25 3. Akademisierung bei Erhalt des Berufszugangs auch ohne (Fach-)Abitur
- 26

27 Bei der Rente sollte der Zugang vor dem 65. Lebensjahr nach 40 (statt 45)  
28 Versicherungsjahren möglich sein.

29 Im Ehrenamt sollte die Formalisierung der ehrenamtlichen Tätigkeit (Zeitregelung)  
30 gestrichen werden, dafür sollten Probleme ehrenamtlicher Arbeit wie Haftungsfragen,  
31 Unfallversicherung und Dokumentationspflichten angesprochen werden.

32 Außerdem ergänzt werden sollten

- 33 • Übergang Schule zu Beruf einfacher gestalten (insbesondere Mittelschule)
- 34 • Versicherung/Soziale Sicherung von Jugendlichen im  
35 Beruf/Praktikum/Übergang Schule => Beruf
- 36

## 1 Innen- und Rechtspolitik, Rechtsextremismus

2 Die Arbeitsgruppe sieht folgenden Änderungsbedarf:

- 3 • Mediation: Es herrscht große Skepsis was eine Stärkung der Mediation  
4 anbelangt, insbesondere was die Frage anbelangt, ob Mediationsergebnissen  
5 Rechtskraft zukommen sollte;
- 6 • „Volksbegehren erleichtern“: Nicht nur die Eintragsfrist sollte verlängert  
7 werden, eine Möglichkeit zur Briefwahl/Abstimmung wäre wichtig.
- 8 • „Polizei stärken, Sicherheit erhöhen“: Der Hinweis auf den Tätigkeitsort der  
9 Polizei („nicht nur in Amtsstuben, sondern auch auf der Straße“) streichen;
- 10 • Polizeikennzeichnung: Wir fordern eine verpflichtende Kennzeichnung von  
11 Polizisten beim Einsatz in geschlossenen Verbänden mit rollierenden  
12 Nummern (Beschlusslage); dies ist nicht diskriminierend;
- 13 • Verfassungsschutz: Der Verfassungsschutz hat aufgrund der Vielzahl seiner  
14 Skandale seine Existenzberechtigung verspielt und sollte daher abgeschafft  
15 werden; der VS tut erheblich mehr, um den Kampf gegen die extreme Rechte  
16 zu behindern als ihn zu unterstützen; eine Reform, die tatsächlich eine  
17 demokratische und transparente Kontrolle der Arbeit des  
18 Inlandsgeheimdienstes „Verfassungsschutz“ sicherstellen kann, ist nicht  
19 realistisch;

## 20 Migration/Asyl

21 Titel: „Integrationspolitik“

- 22 ⇒ Kommission Innenpolitik soll sich mit Begriff auseinandersetzen und  
23 Abgrenzung Inklusion/Integration klären.

24 Kostenloser Kindergartenbesuch:

- 25 ⇒ Verpflichtendes letztes Kindergartenjahr

26 Wahlrecht (aktiv und passiv) auf allen Ebenen ab Zeitpunkt unbefristeter  
27 Aufenthaltserlaubnis

28 „Endgültiges Bleiberecht für geduldete Flüchtlinge und deren Familien.“

29 Bayerisches Integrationsgesetz: konkrete Inhalte aufnehmen.

30 Interkulturelle Kompetenz von LehrerInnen verstärken.

31 Anspruch auf Gleichwertigkeitsprüfung von im Ausland erworbenen Abschlüssen  
32 bzgl. Landesspezifischer Zulassungsregeln (LehrerInnen, ErzieherInnen, etc.)

33 Integrationskurse nicht verpflichtend, dafür mehr Sprachkurse

34 Asylteil an eigene Beschlusslage anpassen.

35 Teil zu Religionsunterricht an eigene Beschlusslage anpassen.

- 1 **Finanz- und Haushaltspolitik**
- 2 Seite 6 Z. 48 Füge ein: ...in Bildungsgerechtigkeit von der Kita bis zur Rente,
- 3 Ganztagschulen...
- 4 Seite 7 Z. 16 Füge ein: ... wie die staatlichen Aufgaben ökonomisch effektiver und
- 5 effizienter, sozial gerechter und ökologisch nachhaltig erledigt werden können.
- 6 Seite 7 Streiche Z. 26 – 32 komplett streichen
- 7 Seite 8 Zeile 1... die Bekämpfung der Methode: Lohndumping
- 8 Seite 8 Z. 19 füge ein... Finanztransaktionssteuer auf Europäischer Ebene
- 9 Seite 8 Z 22 Füge ein:.... abzuschaffen und Gebühren für berufliche Weiterbildung
- 10 Seite 9 Z 13 ändere in Finanzausgleich reformieren
- 11 Seite 9 Streiche Z 20
- 12 Seite 9 Streiche ab Z. 24 In Bayern.... bis Z 30 komplett
- 13 Seite 10 Z. 27 füge ein .... in der Leiharbeit mit einer Flexibilitäts- und Mobilitätsprämie
- 14 S. 10 Z. 30 Füge dazu: Es muss gelten Regional vor Zentral
- 15 S. 10 Z. 39 füge ein: eine Landesinitiative für ökologische und nachhaltige Mobilität
- 16

## 1 Umwelt- und Energiepolitik

### 2 Generelle Anmerkungen:

- 3 - Häufig sehr unkonkret formuliert, die Inhalte fehlen
- 4 - Umweltschutz breiter fassen, als den reinen energiepolitischen Ansatz (v.a. um
- 5 Natur- und Tierschutz erweitern)

### 6 Änderungen: Dick markierte Hauptaussagen:

7 S.60, Z.11: ersetze durch:...dafür sorgen, dass „grüne“ Gentechnik in Bayern nicht mehr  
8 verwendet wird

9 Z.15: ersetze: „vielen“ durch: „den“; füge ein nach „reduzieren“: und Ausgleichsflächen  
10 für zu hoch belastete Gebiete einrichten

11 Z.26: ersetze: „und“ durch: „„“

12 Z.26: ersetze: , unrentable....

13 Durch: und den Ausgleich von Verbrauchs- und Erzeugungsschwankungen v.a. durch  
14 möglichst effiziente Stromspeichersysteme engagiert verfolgen um den Bedarf von  
15 fossil befeuerten Kraftwerken so weit wie möglich zu reduzieren

### 16 Gentechnikfreie Produkte für Bayern

17 S.61, Z.3: füge hinzu: Ferner werden wir uns über eine Bundesratsinitiative für ein  
18 deutschlandweites Verbot des Anbaus von gentechnisch veränderten Organismen  
19 einsetzen.

### 20 Klimaschutz: Bayern braucht ein Klimaschutzgesetz

21 Genaue, ambitionierte Klimaschutzziele einfügen, für deren Erreichen man sich  
22 vorbehaltlos einsetzt; den Fachbegriff CCS/CCR entweder erläutern oder streichen

### 23 Klimafreundliche Mobilität

24 S.61, Z.38: ersetzen durch: Umwelt- und klimafreundliche Mobilität

25 Z.42: füge ein nach „Deshalb“: fordern wir eine attraktive Infrastruktur für den  
26 nichtmotorisierten Individualverkehr. Hierbei liegt großes Potential im Ausbau von  
27 Radwegen, Fahrradparkplätzen, Fahrradleihsystemen und dem generellen Konzept  
28 der „Stadt der kurzen Wege“. Ferner...

29 S.62, Z.2: füge ein nach „...bestehender Konzepte“: , wie etwa Car-Sharing,

30 S.62, Z.8: füge ein nach „... verbessern“: und uns für eine möglichst weitgehende  
31 Verlagerung des Güterverkehrs auf den Bahn- und Schiffsverkehr einsetzen

### 32 100% Öko-Strom bis 2050

33 Einen Ausbau der Forschung und nachrangig der Entwicklung auf diesem Gebiet

- 1 **Energiepolitik als Querschnittsaufgabe**
- 2 Anmerkung: ganzen Absatz als Einleitung für den Abschnitt „Energiepolitik“  
3 verwenden
- 4 **Dezentrale Energieversorgung vorantreiben**
- 5 Die Ausweisung von Flächen zur Erzeugung erneuerbarer Energien soll zukünftig  
6 forciert und in regionale Entwicklungspläne integriert werden.
- 7 **Streiche: Aber statt...vorzugaukeln, (S. 63 Z.18-19)**
- 8 **Erneuerbare Energien regional unterscheiden**
- 9 S. 62 Z.40: Solarenergie statt Photovoltaik
- 10 Z.49: Füge ein: „Dabei kommt für uns nur nachhaltig produzierte Biomasse (Rest- und  
11 Abfallstoffe) in Frage.“
- 12 **Tiefenbohrungen nicht überall zulassen**
- 13 **ÄÄ: Tiefenbohrungen nur unter Beschränkungen zulassen**
- 14 **Generell kein Fracking (keine Hintertür „Stand der Technik“)**
- 15 **Energiewende – mehr als eine Stromwende**
- 16 Die Energieeinsparpotentiale die im Gebäudesektor stecken wurden in den letzten  
17 Jahren stark vernachlässigt. Hier muss die öffentliche Hand mit gutem Beispiel voran  
18 gehen und Anreize zur energetischen Sanierung setzen. Die Vorgaben der der  
19 Energieeinsparverordnung und des ErneuerbareWärmeGesetz wollten wir  
20 konsequent umsetzen und noch weiter verschärfen. Die Sanierungsraten in Bayern  
21 müssen mindestens verdoppelt werden – denn hier können verhältnismäßig einfach  
22 große Mengen an Energie eingespart werden.
- 23 Weiterhin sollen in einzelnen Regionen Energienutzungspläne aufgestellt werden um  
24 vorhandene Synergien und Standortvorteile effektiv nutzen zu können.
- 25 S. 65 Z. 4: „Clusterbildung“ konkretisieren: Abstimmen von Erzeugern und Abnehmern  
26 bei Fernwärmeprojekten, Nutzung von industrieller Prozesswärme etc.
- 27 **Energie muss bezahlbar bleiben**
- 28 Keine Abwrackprämien, das Vorschreiben von Mindeststandards für die Hersteller und  
29 evtl. auch für die Nutzer in Anlehnung an die Vorschriften bei Heizkesseln erscheint  
30 deutlich sinnvoller
- 31 Z.9-13 eher streichen
- 32 Z.22: ersetze: schwarz-gelbe Regierung
- 33 Durch: aktuelle Bundesregierung

1 **Arbeitsmarkt und Arbeitnehmerfragen**  
2  
3 **Bundratsinitiative Gute Arbeit**  
4 Ergänze bei Leiharbeit / Werkverträgen: Die allgemeine Reregulierung der Leiharbeit.  
5 Verbot von Kettenbefristungen, Zustimmungspflicht Betriebsrat bei Werkverträgen  
6 einführen. Wir fordern die Anwendung des Prinzips gleicher Lohn für gleiche Arbeit  
7 auch bei der Leiharbeit plus zusätzliche Flexibilitätsprämie.  
8  
9 PraktikantInnen: Ergänze Bezahlung und Befristung  
10 Mindestquote 40 % für Frauen (statt: für jedes Geschlecht)  
11  
12 **Befristungen und Leiharbeit nur als Ausnahme**  
13  
14 Bei staatlichen Unternehmen / Behörden muss auf den Einsatz von Leiharbeit  
15 verzichtet werden – streiche: „in der Regel“  
16  
17 **Arbeit statt Arbeitslosigkeit**  
18  
19 Ergänze hier den Satz „Alphabetisierungskurse/Spracherwerb“ vom unteren Absatz.  
20 Generell muss gelten: Weiterqualifizierung, echte Chancen und aktivierende  
21 Beschäftigungspolitik statt Zwang durch Sanktionsmechanismen.  
22  
23 **Sozialer Arbeitsmarkt**  
24  
25 Existenzsichernde Bezahlung  
26 Qualifizierungsangebote  
27  
28 **Fachkräftebedarf**  
29  
30 Ergänze: Anerkennung ausländischer Abschlüsse  
31  
32 **Qualifizierung und Weiterbildung**  
33 Zusätzlich zu der Beratung durch die öffentliche Hand hat auch eine Zertifizierung der  
34 Weiterbildungsangebote im Rahmen des vorgeschlagenen Weiterbildungspakts zu  
35 erfolgen.  
36  
37 **Berufsorientierung in der Schule**  
38 Streichung dieses Abschnitts (gehört in das Bildungskapitel)  
39  
40 **Bachelor auf dem Arbeitsmarkt**  
41 Problematik: Verdrängung und Beschränkung der Aufstiegsmöglichkeiten für  
42 FacharbeiterInnen  
43  
44 **Berufliche Ausbildung für Alle**  
45 Ergänze: Übernahmegarantie  
46  
47 **Ausbildende Unternehmen unterstützen**  
48 Ergänze: Umlagefinanzierung (Einbeziehung nicht ausbildender Unternehmen in die  
49 Finanzierung der beruflichen Bildung)  
50

- 1 **Barrieren abbauen**  
2 Statt Entlastung: Abschaffung der Meister-, Fach- und Technikerschulgebühren  
3  
4 **Fachkräfteoffensive Pflege**  
5 Bessere Arbeitsbedingungen  
6 Bessere Bezahlung  
7  
8  
9  
10  
11 **Bildung**  
12 S.30,Z.26: streiche "als zusätzliches Angebot"  
13 S.32,Z.15: streiche "als zusätzliches Angebot"  
14 S.32,Z.18: ersetze "bewährten" durch "bestehenden"  
15 S.32,Z.20: ersetze "durch unsere Initiativen auch in Bayern eine Chance erhalten  
16 "durch "Kernbestandteil der bayerischen Bildungspolitik werden"  
17 S.32,Z.22-26streichen  
18 S.33,Z.8: streiche "auch"  
19 S.33,Z.10: streiche "altersgemäß"  
20 S.33,Z.12: füge ein:"Dafür sollen Schülervvertretungen auch auf Landesebene aktiv in  
21 den bildungspolitischen Willensbildungsprozess mit einbezogen werden."  
22 S.33,Z.13: füge ein:"Um die Schülerinnen und Schüler zu demokratischen, politisch  
23 Gebildeten Menschen zu erziehen, müssen die bestehende politische  
24 Bildung und der Sozialkundeunterricht deutlich reformiert werden. Die  
25 Einbeziehung von Parteien, politischen, gemeinnützigen und  
26 Gesellschaftlichen Organisationen in den Unterricht muss gestärkt, die der  
27 Bundeswehr beendet werden. Die Kooperation von Schulen mit  
28 Privatwirtschaftlichen Unternehmen muss stärker als bisher reglementiert  
29 werden.  
30 S.33,Z.26: streiche "Integration oder"  
31 S.34,Z.12:streiche ab "Gemeinschaftsschulen"  
32  
33

- 1 Hochschule
- 2 • unserer Meinung nach muss Bildung Menschen zu kritischem Denken befähigen und  
3 zu mündigen BürgerInnen erziehen (und nicht auf Leistung abzielen  
4 • Die Verwendung der Kompensationsmittel muss in einem tatsächlich paritätisch  
5 besetztem Gremium beschlossen werden, dazu gehört auch ein Vetorecht der
- 6 Studierenden
- 7 • die Kompensation muss dauerhaft erfolgen  
8 • Abschaffung des Kooperationsverbots  
9 • Bildung ist Staatsaufgabe - Unabhängigkeit von Drittmitteln schaffen  
10 • Zivilklausel im Landesgesetz verankern  
11 • VS WIEDER einführen  
12 • wir wollen eine Finanzierung der VS durch Pflichtbeiträge aller immatrikulierten  
13 Studierenden von 7-15 €  
14 • jedeR der/die studieren will, soll das auch können, deshalb lehnen wir jegliche  
15 Zulassungsbeschränkungen ab und fordern den Ausbau von Studienplätzen (bis dahin  
16 sollen die Plätze durch Losverfahren vergeben werden)  
17 • wir fordern eine Quote von 50 % für alle Professuren und alle Führungspositionen in  
18 der
- 19 Verwaltung
- 20 • auf dem Weg dahin soll das Kaskadenmodell Anwendung finden  
21 • für Auslandsstudienplätze und Stellen für wissenschaftliche MitarbeiterInnen gilt  
22 dieselbe Quote  
23 • Rechtsanspruch auf Master MUSS gesetzlich verankert werden (jedeR, der/die den  
24 Bachelor abgeschlossen hat)  
25 • wir fordern eine inklusive Hochschule, die den Bedürfnissen von allen Menschen  
26 gerecht wird  
27 • Studieren ist eine Vollzeitbeschäftigung - Jobben sollte nicht notwendig sein  
28 • befristete Stellen sollen vermieden werden  
29 • wir wollen gute Arbeitsplätze mit guten Arbeitsbedingungen und Entlohnung
- 30
- 31 Infrastruktur
- 32 S.46, Z. 45: ähnliches Vorgehen wie bei UMTS-Versteigerung
- 33 LKW-Maut: Status quo beibehalten
- 34 S.49, Z.4-9 streichen
- 35 Ergänze nach S.49, Z.46: „... wir stehen zur regionalen Wirtschaftsförderung ind  
36 werden diese verstärkt fördern.“
- 37 S.50 Punkte zu e-health und e-government streichen
- 38 S.51, Z5-6 streichen
- 39

1 Gleichstellungspolitik/Frauen/Familie

2 Diskussionsergebnisse:

3 - Angepasste Öffnungszeiten bei KiTa und betriebliche Betreuung fördern bei  
4 bestimmten Berufsgruppen

5 Es muss in allen Berufszweigen, welche nicht die regulären Arbeitszeiten haben,  
6 möglich sein, Kinder in eine Betreuungseinrichtung zu geben um hier keine  
7 Berufsbenachteiligung zu schaffen.

8 - Öffentlicher Dienst: anonymisierte Bewerbungen einführen!

9 Als Sofortmaßnahme gegen Diskriminierung in der BewerberInnenauswahl wird das  
10 anonymisierte Bewerbungsverfahren eingeführt. So kann gegen Vorbehalte im Kopf  
11 aktiv entgegengetreten werden und es erfolgt eine Auswahl nach fachlichen  
12 Gesichtspunkten.

13 - Bessere Personalbudgets in Land und Kommune, um die von der öffentlichen Hand  
14 bezahlten Berufe aufzuwerten

15 - Abschnitt Altersarmut: eine Prognose der Rentenentwicklung für Frauen angeben,  
16 für bessere Argumentation (DGB?)

17 - Verweis (?) auf bildungspolitische Forderungen

18 - Förderung atypischer Bildungswege und Berufsauswahlen

19 - Gendergerechte Erziehung und Ausbildung mit Hinweis auf Rollback und gefestigte  
20 Rollenbilder

21 Die geschlechtsmäßige Aufteilung des Arbeitsmarktes in "typische Frauen- und  
22 typische Männerberufe" hängt eng mit gesellschaftlich verankerten Rollenbildern  
23 zusammen. Um dies Aufzubrechen muss die Ausbildung von ErzieherInnen in KiTas,  
24 LehrerInnen und AusbilderInnen sowie Führungskräften in Behörden und  
25 Unternehmen, Genderkompetenz enthalten. Ein Rollback, also die Rückwendung auf  
26 bereits überwundene Rollenbilder und Klischees, kann auf diese Weise ebenfalls  
27 verhindert werden, der sich in der heutigen Generation der Jugendlichen wieder  
28 deutlicher erkennen lässt als noch vor 15 Jahren.

29 - steuerliche und finanzielle Gleichstellung: Ehegattensplitting, usw. (Verweis?)

30 Das "Ernährermodell" wird auch durch steuerpolitische Regelungen gefestigt. Auf  
31 Bundesebene soll auf das Abschaffen des Ehegattensplittings hingewirkt werden.  
32 Ferner gibt es juristische Strukturen, die den heutigen Lebensmodellen nicht mehr  
33 gerecht werden, etwa der gesetzliche Güterstände der Zugewinnngemeinschaft oder  
34 die Regelungen zur Bedarfsgemeinschaft. Diese müssen auf Bundesebene ebenso  
35 geändert werden - hierauf wirkt die SPD in Regierungsverantwortung hin.

36 - Elternzeit: Männern leichter ermöglichen in Elternzeit zu gehen um mehr  
37 Gleichberechtigung zu schaffen (Sensibilisierung?)

- 1 In Betrieben/Unternehmen gibt es meist nur Strategien für den Fall, dass Frauen
- 2 wegen Elternzeit länger ausfallen - Männer werden oft damit konfrontiert, dass es
- 3 keine Unternehmensstrategie gibt, die ihnen eine längere Auszeit ermöglicht.
  
- 4 - Kritikpunkt: Festlegung, dass unbezahlte Arbeit nur von Frauen gemacht werden soll
- 5 (Antrag lässt dies teilweise vermuten)
  
- 6 - Kritikpunkt: Nur Betrachtung von ökonomischen Gesichtspunkten
  
- 7 - Einarbeitung aktueller Beschlusslagen: z.B. Pille danach
  
- 8 - Einzelne Formulierungen überarbeiten/verschärfen/konkretisieren, usw.
  
- 9

Antragsbereich A  
Rechtspolitik, BürgerInnenrechte und Partizipation

Antragsnummer: A1

Von: Juso-Landesvorstand für Innenkommission

An: SPD-Landesparteitag, SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag z.K., SPD Landesgruppe im dt. Bundestag z.K.

## 20 Jahre Asylkompromiss – 20 Jahre Abschaffung des Asylrechts

1

2 Unter dem Beifall der AnwohnerInnen und ohne Eingreifen der Polizei brannten 1991  
3 und '92 Asylbewerberunterkünfte in Hünxe und Rostock-Lichtenhagen. Es folgten  
4 rechtsradikale Mord- und Gewaltanschläge auf MigrantInnen in Hoyerswerda,  
5 Solingen, und Mölln. 74% der Deutschen teilten damals Forderungen nach  
6 Einschränkungen des Asylrechts und die Hetzparole des „vollen Bootes“ war weit über  
7 die Stammtische hinaus zu hören. Um die angeblich bestehende „Überforderung“ der  
8 Menschen aufgrund des Zusammenlebens mit AsylbewerberInnen in Deutschland zu  
9 beenden, forderten CDU/CSU und FDP eine Einschränkung des Asylrechts. Die Rolle  
10 der Täter und der Opfer wurde so auf absurde Weise verdreht. Nach einigem, teils sehr  
11 engagierten Widerstand gegen die geplanten Asylrechtseinschränkungen knickte die  
12 SPD aufgrund massiver öffentlicher Kampagnen ein. Die Zustimmung der SPD  
13 bescherte daraufhin am 26. Mai 1993 im Bundestag die verfassungsändernde Zwei-  
14 Drittel-Mehrheit um das Grundrecht auf Asyl in Deutschland faktisch abzuschaffen.  
15 Diesen sogenannten „Asylkompromiss“ bezeichnete die Flüchtlingsorganisation  
16 ProAsyl deshalb zu Recht als „Sieg der Straße und Niederlage des Rechtsstaats“. Auch  
17 20 Jahre später formieren sich vielerorts Bürgerinitiativen zur Verhinderung von  
18 Asylbewerberunterkünften. Gewalttätige Übergriffe und die systematische  
19 Diskriminierung von Asylsuchenden sind an der Tagesordnung. Asylsuchende werden  
20 auch 2013 seitens der konservativen Parteien noch unter Generalverdacht gestellt und  
21 müssen hierzulande unter teils menschenunwürdigen Bedingungen leben. Massive  
22 Hetze wird dabei insbesondere gegen Sinti, Roma und andere ethnische Minderheiten  
23 aus Südosteuropa betrieben. Diese Zustände sind für uns Jusos unhaltbar und müssen  
24 endlich beseitigt werden.

25 Als rechtliche Grundlage jeglicher Verbesserungen fordern wir deshalb zunächst die  
26 längst überfällige Wiedereinführung des vorbehaltlosen Grundrechts auf Asyl,  
27 welches nicht durch einfaches Bundesgesetz einschränkbar ist und die gleichzeitige  
28 Streichung des Art. 16a Absätze II bis V Grundgesetz.

### 29 Reißt die Festung Europa ein!

30 Deutschland hat auf nationaler und europäischer Ebene darauf hinzuwirken, dass die  
31 Einreise über einen angeblich „sicheren Drittstaat“ nicht mehr zum Ausschluss des  
32 Asylrechts führt. Ebenso bekräftigen wir unsere Forderung nach der Abschaffung der  
33 Flughafenschnellverfahren, in denen Asylanträge ohne hinreichende materielle  
34 Prüfung innerhalb weniger Stunden abgelehnt werden können. Die Neueinführung  
35 einer möglichen Abschiebehaft sogar während des Asylverfahrens, wie sie für die EU-

1 Mitgliedstaaten im Entwurf der aktuellen europäischen Dublin-III-Verordnung (auch  
2 für Minderjährige) vorgesehen ist, lehnen wir strikt ab. Deutschland darf derartige  
3 Vorgehensweisen nicht zum Bestandteil seiner ohnehin schon restriktiven Asylpolitik  
4 machen. Die Erneuerung der Dublin-II Verordnung und der europäischen  
5 Aufnahmerichtlinie hat Deutschland die Chance eröffnet, eine Kehrtwende in der  
6 Asylpolitik zu vollziehen. Diese Chance wurde leider vergeben. Das ursprünglich  
7 geäußerte Ziel der Schaffung von „einheitlichen Bedingungen“ für Asylsuchende  
8 innerhalb der EU wurde weit verfehlt, da es den Staaten aufgrund von mehreren  
9 Ausnahmetatbeständen und unbestimmten Rechtsbegriffen weiterhin ermöglicht  
10 wird, das Grundrecht auf Asyl de facto auszuschalten.

11 „Wir erwarten nicht den Himmel – wir fliehen nur vor der Hölle“

12 Kein Mensch flüchtet freiwillig aus seiner Heimat. Asylsuchende sind politischer,  
13 religiöser und jedweder anderer Art von Verfolgung und Gewalt ausgesetzt. In der  
14 Hoffnung auf ein menschenwürdiges Leben frei von Angst kommen sie nach  
15 Deutschland, nur um sich weiteren Drangsalierungen durch das Ausländer- und  
16 Asylrecht ausgesetzt zu sehen. Hungerstreiks und Demonstrationen gegen die  
17 unwürdige Behandlung von AsylbewerberInnen gehören in Deutschland zur traurigen,  
18 fast alltäglichen Realität. Die systematische Diskriminierung von Asylsuchenden  
19 beschämt uns zutiefst und wird von uns nicht akzeptiert.

20 In Deutschland gab es in den letzten Jahren europaweit nach Frankreich die  
21 zweitmeisten Asylanträge. Pro 1000 Einwohner kommen jährlich statistisch jedoch  
22 nur 0,7 Asylsuchende nach Deutschland, womit wir uns auf Platz 14 innerhalb der EU  
23 (unter Einbeziehung der Schweiz, Norwegen und Liechtenstein) befinden. Zudem hat  
24 sich die Anzahl der anerkannten Flüchtlinge und AsylbewerberInnen in Deutschland in  
25 der Zeit von 1997 bis 2011 vor allem durch Abschiebungen und Rückkehr in die  
26 Herkunftsländer, aber auch durch „amtlich bestätigte Integration“ von über 1.000.000  
27 auf 400.000 reduziert. Angesichts dieser Tendenz ist es umso bedauerlicher, dass  
28 Deutschland vermehrt Abschiebungen durchführt (2011: ca. 8000) und Menschen, die  
29 hierzulande geboren und aufgewachsen sind, völlig grundlos ihrem sozialen Umfeld  
30 entreißt. Die dabei angewandten überfallartigen Praktiken sind rechtsstaatlich nicht  
31 hinnehmbar und daher umgehend einzustellen. Wir fordern darüber hinaus einen  
32 sofortigen Abschiebestopp.

33 Die Regelungen des Asylbewerberleistungsgesetzes sind verfassungswidrig,  
34 weswegen dieses Gesetz umgehend abgeschafft werden muss. Ebenso ist der  
35 zynische Art. 7 Abs. V S. 3 der bayerischen Durchführungsverordnung Asyl, nach  
36 welchem die Unterbringung der Asylsuchenden ihre Rückkehr ins Herkunftsland  
37 fördern soll, ersatzlos zu streichen. In Bekräftigung dieser Forderungen und unserer  
38 bisherigen Beschlusslagen zum Asylrecht stehen wir weiterhin für:

- 39 - die Abschaffung der Residenzpflicht für AsylbewerberInnen
- 40 - die Auflösung der Gemeinschaftsunterkünfte zugunsten eines Rechts auf freie  
41 Wohnungswahl und die Bereitstellung von genug öffentlich gefördertem  
42 Wohnraum
- 43 - die Abschaffung des Sachleistungs- und Gutscheinsprinzips
- 44 - eine flächendeckende Gesundheitsversorgung für AsylbewerberInnen im  
45 System der gesetzlichen Krankenversicherung

- 1 - die psychologische Betreuung für traumatisierte AsylbewerberInnen unter
- 2 besonderer Berücksichtigung der Opfer von sexueller Gewalt
- 3 - das Angebot flächendeckender staatlicher Sprachkurse
- 4 - eine maximale Aufenthaltsdauer in Erstaufnahmestellen von 6 Wochen
- 5 - die Aufhebung des Arbeitsverbots für Asylsuchende und eine automatische
- 6 Arbeitserlaubnis mit Verlassen der Erstaufnahmestelle
- 7 - den Anspruch auf eine Gleichwertigkeitsprüfung für im Ausland erworbene
- 8 Abschlüsse und Qualifikationen
- 9 - einen Anspruch auf Teilnahme an staatlich organisierten Deutschkursen
- 10 - einen Anspruch auf reguläre berufliche Weiterbildungsmaßnahmen
- 11 - die Abschaffung der Gentests zu Abstammungsnachweiszwecken von
- 12 Familienangehörigen der Asylsuchenden
- 13 - Aufhebung der Unterscheidung von allgemeinen Gefahren und individuellen
- 14 Bedrohungen bei Asylverfahren. Auch die Flucht von Kriegs- und
- 15 Konfliktschauplätzen, von Hungernöten oder ökologischen Katastrophen stellt
- 16 einen Grund dar
- 17 - Schaffung einer Europäischen Asylbehörde und die Benennung eines\*r
- 18 Kommissar\*in der Europäischen Kommission für Migration.

19

Antragsnummer: A2

Von: Juso-Landesvorstand für Innenkommission

An: Juso-Bundeskongress, SPD-Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion (z.K.)

## Zeit für eine klare Zäsur - Inlandsgeheimdienste abschaffen

1 Auch wenn fast eineinhalb Jahre nach der Selbstenttarnung des  
2 „Nationalsozialistischen Untergrunds“ noch viele Fragen offen sind, zeichnen die  
3 bisher bekanntgewordenen Fakten ein verheerendes Bild der Arbeit der deutschen  
4 Sicherheitsbehörden, insbesondere der Verfassungsschutzbehörden. Die Arbeit der  
5 Untersuchungsausschüsse und -kommissionen, Medienberichte und die Recherchen  
6 antifaschistischer Initiativen zeigen klar, dass es sich hierbei nicht um eine  
7 unglückliche Verkettung von Zufällen/individuellem Versagen Einzelner handelt,  
8 sondern dass die Probleme tiefer, in der Struktur und der ideologischen  
9 Grundausrichtung der Sicherheitsbehörden liegen.

10 Auch wenn die schonungslose Aufarbeitung zum „Staatsversagen“ (Angela Merkel)  
11 noch nicht abgeschlossen sind, ist ein Punkt doch schon klar: Ein „weiter so“ darf es  
12 nicht geben und eine Belohnung der Sicherheitsbehörden mit zusätzlichen  
13 Befugnissen und Zuständigkeiten wäre eine grundlegend falsche Antwort.

14 Hier muss zuerst eine umfassende und kritische Analyse und Aufarbeitung erfolgen,  
15 um nüchtern bewerten zu können, mit welchen Bedrohungslagen für unsere  
16 Gesellschaft in Zukunft zu rechnen ist und welche Behörden oder Institutionen mit  
17 welchen Methoden dafür einen guten Schutz bieten könnten.

18 Die Verfassungsschutzämter jedenfalls haben eindeutig ihre Unfähigkeit bewiesen,  
19 den hohen und auch selbstgestellten Ansprüchen als „Frühwarnsystem“ gerecht zu  
20 werden und sollten daher grundlegend zur Disposition gestellt werden. Bei der  
21 öffentlichen Aufarbeitung des „NSU-Komplexes“ haben sich die  
22 Verfassungsschutzbehörden und oft auch die sie kontrollierenden Innenministerien  
23 bislang wenig kooperativ verhalten. Die Untersuchungsausschüsse und die Justiz sind  
24 mit Aktenvernichtungen, Verweigerung von (umfassenden) Aussagegenehmigungen,  
25 systematischen Erinnerungslücken, Schwärzung selbst geheim eingestufte Akten und  
26 der insgesamt mangelnden Bereitstellung von Informationen konfrontiert. Unter  
27 Verweis auf das „Staatswohl“ behindern sie die Aufklärung durch die Parlamente und  
28 legen so ein „autoritäres, vordemokratisches Staatsverständnis“ (Hajo Funke) an den  
29 Tag. Wenn die Verfassungsschutzbehörden ihren Selbsterhaltungstrieb über die von  
30 der Öffentlichkeit und den Parlamenten eingeforderte schonungslose Aufarbeitung  
31 stellen, werden sie zu einer Gefährdung für unsere Demokratie, dann haben sie ihre  
32 Existenzberechtigung endgültig verspielt.

### 33 Die historische Legende

34 Schon der Begriff „Verfassungsschutz“ ist irreführend, handelt es sich doch um eine  
35 euphemistische Bezeichnung für insgesamt 17 Inlandsgeheimdienste (16 Landes- und  
36 eine Bundesbehörde), die sich als „Frühwarnsystem“ einer „wehrhaften Demokratie“  
37 verstehen. Sie wurden mit Zustimmung der Alliierten mit einer klaren  
38 antikommunistischen Ausrichtung gegründet und boten auch vielen durch ihr Wirken  
39 in der NS-Zeit Vorbelasteten ein neues Betätigungsfeld. Detaillierte Aussagen über  
40 den Einfluss „ehemaliger“ Nazis sind allerdings bis heute kaum möglich, da sich die

1 Geheimdienste einer unabhängigen wissenschaftlichen Aufarbeitung ihrer  
2 Frühgeschichte weitgehend verwehren. Nicht nur aus heutiger Sicht mutet es absurd  
3 an, dass als „Lehre aus Weimar“ Institutionen zum Schutz der Demokratie geschaffen  
4 wurden, die maßgeblich von Funktionären der nationalsozialistischen Diktatur  
5 mitgeprägt wurden. Weniger verwundert es allerdings, dass diese Geheimdienste ein  
6 Geschichtsbild propagierten, das von der Totalitarismustheorie geprägt wurde: Die  
7 Weimarer Republik sei letztlich von ihren Gegnern links wie rechts, KPD wie NSDAP,  
8 gleichermaßen zu Fall gebracht worden. Die Kooperation breiter  
9 nationalkonservativer Kreise mit den Nazis, die letztlich erst deren Machtübernahme  
10 ermöglicht hatte, wurde zugunsten des antikommunistischen Konsenses des  
11 beginnenden Kalten Krieges, der vielen aus der alten Elite einen Neuanfang  
12 ermöglichte, verdrängt. So konnten dann auch wieder alte Nazis beruhigt gegen  
13 „kommunistische Umtriebe“ vorgehen.

14 Obwohl relativ wenig über die Arbeit der Verfassungsschutzämter in den letzten 60  
15 Jahren bekannt ist, sorgten sie doch für eine Vielzahl an Skandalen, die von  
16 zahlreichen Stasi-Überläufern, der Bespitzelung kritischer JournalistInnen und  
17 PolitikerInnen, AtomkraftgegnerInnen über einen Sprengstoffanschlag auf das  
18 Gefängnis in Celle („Aktion Feuerzauber“/Celler Loch) bis hin zur Verstrickung V-  
19 Leuten in schwere Straftaten reichte. Das Versagen dieser Behörden bei den Morden  
20 des NSU ist also nur der Höhepunkt einer langen Reihe von fragwürdigen Aktionen.  
21 Erst aufgrund des katastrophalen Ausmaßes dieser Mordserie findet nun endlich ein  
22 breiterer öffentlicher Diskurs über die Notwendigkeit und Unantastbarkeit der  
23 Geheimdienste statt, wie er von vielen BürgerrechtlerInnen schon lange eingefordert  
24 wurde.

## 25 Charakter eines Geheimdienstes

26 Neben der Auswertung öffentlich zugänglicher Quellen, die nach eigenen Angaben  
27 den Großteil ihrer Arbeit ausmacht, steht diesen Inlandsgeheimdiensten ein breites  
28 Spektrum an nachrichtendienstlichen Instrumenten (z.B. Abhör- und  
29 Überwachungsmaßnahmen, V-Leute, etc.) zur Verfügung. Zudem sind Informationen  
30 über ihre personelle Ausstattung, ihre finanziellen Ressourcen, ihre Strukturen und die  
31 Richtlinien, die ihre Arbeit prägen, der Öffentlichkeit nicht zugänglich.

32 Diese geheimen Methoden und Strukturen der Verfassungsschutzbehörden machen  
33 ihre demokratische Kontrolle praktisch unmöglich, da in der Praxis selbst den  
34 ParlamentarierInnen in den geheim tagenden Kontrollgremien Auskünfte und  
35 Akteneinsicht weitestgehend verwehrt bleiben. Eine Bewertung der Arbeit dieser  
36 Behörden ist daher praktisch nicht möglich und somit kann auch der  
37 Glaubensgrundsatz ihrer Notwendigkeit nicht angegriffen werden.

38 Die mangelnde Transparenz, die mangelhaften Kontrollmöglichkeiten und die stetige  
39 Wiederholung des Glaubenssatzes ihrer Notwendigkeit ermöglichte es diesen  
40 Behörden ein Eigenleben zu entwickeln, das oft sogar zu einer Konkurrenz mit  
41 anderen Sicherheitsbehörden führte. Daher wäre es auch nicht ausreichend, lediglich  
42 einzelne Beamte oder die Führungsriege auszutauschen, während die grundlegenden  
43 Strukturen unangetastet blieben. Auch für die Annahme, dass unter Aufsicht eines  
44 sozialdemokratisch geführten Innenministeriums die Situation grundlegend anders  
45 darstellen würde, sind keine Belege zu finden. Ebenso wenig überzeugend sind  
46 Überlegungen der SPD-Bundestagsfraktion zu einem Umzug der Geheimdienste nach

1 Berlin, einem „Mentalitätswechsel“ mit besserer Öffentlichkeitsarbeit und die  
2 Verpflichtung zu einem verbesserten Informationsaustausch. Diese  
3 Schlussfolgerungen zeigen drastisch, dass die bisherige Analysetiefe nicht  
4 ausreichend ist. Diese minimalen Reformen wären lediglich Augenwischerei zur  
5 Beruhigung der Öffentlichkeit.  
6 „V-Leute“

7 In den Untersuchungsausschüssen und den Medien, kommen immer wieder  
8 BeamtInnen der Inlandsgeheimdienste und konservative PolitikerInnen zu Wort, die,  
9 behaupten dass ein Verzicht auf V-Leute nicht möglich ist. Wirkliche Argumente für V-  
10 Leute bzw. Belege für den Wert ihrer Arbeit bleiben diese „Sicherheits-“politikerInnen  
11 und „VerfassungsschützerInnen“ schuldig, denn es handelt sich auch hierbei um einen  
12 Glaubensgrundsatz, der weder belegbar noch angreifbar ist .

13 Die Hintergründe der zahlreichen bislang im Umfeld des NSU bekannt gewordenen V-  
14 Leute, die das „Trio“ und seine UnterstützerInnen quasi umzingelten, legen den  
15 Verdacht nahe, dass die Bezahlung aktiver Nazis als V-Leute in der rechten Szene dem  
16 Kampf gegen die extreme Rechte mehr schadet, als sie ihm nützt. Für Informationen  
17 zweifelhafter Qualität wurde erhaltenen V-Leute Finanzmittel, Ausrüstung und  
18 Informationen, die es ihnen ermöglichten die rechte Netzwerke und Organisationen  
19 mit staatlichen Mitteln auf- und auszubauen. In einigen Fällen besteht der  
20 begründete Verdacht, dass die V-Leute sogar vor Strafverfolgung geschützt wurden.  
21 Dies legt die Vermutung nahe, dass die V-Leute das Prinzip wohl teilweise besser  
22 durchschaut haben als so einige BeamtInnen in den Geheimdiensten.

23 Der Einsatz von V-Leuten ist also grundsätzlich in Frage zu stellen und ebenso ist zu  
24 überprüfen, ob die Notwendigkeit und Erfolgsaussicht dieser Methode in anderen  
25 Sicherheitsbereichen nicht ebenfalls anzuzweifeln ist. Während der Einsatz von  
26 Abhörmaßnahmen eine richterliche Genehmigung erfordert ist, ist dies beim Einsatz  
27 von V-Leuten nicht der Fall. Grundsätzlich wäre eine umfassende unabhängige  
28 wissenschaftliche Evaluation der Instrumente der verdeckten Ermittlung dringend  
29 erforderlich.

### 30 Extremismustheorie/Diffamierung und Diskreditierung

31 Die sogenannte „Extremismustheorie“ ist das dogmatische Leitbild der  
32 Inlandsgeheimdienste. Sie wird über dem Verfassungsschutz nahestehende  
33 WissenschaftlerInnen und die eigene Öffentlichkeitsarbeit offensiv nach „außen“  
34 getragen. Mit dieser Unterstützung hielt diese wissenschaftlich äußerst umstrittene  
35 Theorie Einzug in gesellschaftliche Debatten. Sie prägt die Arbeit des polizeilichen  
36 Staatsschutzes, der seine fachlichen Kenntnisse primär von den  
37 Inlandsgeheimdiensten bezieht, bestimmt die Förderrichtlinien staatlicher und  
38 staatlich-geförderter Programme gegen „Extremismus“ und findet Verbreitung in der  
39 politischen Bildung und sogar in Schulen. Innerhalb der staatlichen Behörden findet  
40 bisher kein kritischer Diskurs über diese Theorie statt, obwohl bis heute keine  
41 juristische Definition von „Extremismus“ vorliegt. Lediglich einige engagierte  
42 WissenschaftlerInnen und Teile der Zivilgesellschaft versuchen mittlerweile vermehrt  
43 die Extremismustheorie zu kritisieren und alternative theoretische Ansätze  
44 anzubieten. Gegen die staatliche Dominanz ist hier allerdings schwer anzukommen.  
45 Ein neueres Element des Kampfes um Deutungshoheit ist die sogenannte  
46 „Extremismus-Klausel“, oder auch euphemistisch „Demokratieerklärung“, die

1 staatliche Förderung letztlich davon abhängig macht, ob die geförderten  
2 Organisationen/Institutionen die Extremismustheorie teilen. Zustimmung wird mit  
3 Förderung belohnt, Ablehnung führt zum Entzug von finanzieller Förderung und somit  
4 oftmals zum Ende des Projekts. Die Debatte um die Extremismus-Klausel führte  
5 allerdings erstmals seit langem wieder zu einer breit geführten gesellschaftlichen  
6 Debatte um die Extremismustheorie.

7 Der Kampf um Deutungshoheit wird so weit geführt, dass zivilgesellschaftliche und  
8 antifaschistische Initiativen als „linksextrem“ diffamiert werden und sich als  
9 Konsequenz im Verfassungsschutzbericht wieder finden. Der Inlandsgeheimdienst  
10 besitzt hierbei eine große Macht und nutzt sie auch entsprechend, um seine eigene  
11 Position zu verteidigen. Nimmt man diesen Kampf gegen eine derartige „hoheitliche  
12 Verurteilung“ (Jürgen Seifert) auf sich, so steht man vor einer langwierigen und  
13 aufwändigen juristischen Auseinandersetzung. Dies zeigte sich in den letzten Jahren  
14 z.B. im Fall von a.i.d.a., der VVN/BdA, dem Publizisten Rolf Gössner, den  
15 JungdemokratInnen oder sogar der Partei Die Linke.

16 Dabei muss gerade den zivilgesellschaftlichen und antifaschistischen Initiativen  
17 zugestanden werden, dass sie trotz erheblich geringerer Ressourcen oftmals bessere  
18 Informationen und analytische Tiefe bei der Betrachtung neonazistischer  
19 Entwicklungen haben, als der Inlandsgeheimdienst. Sie tragen auch oft erheblich  
20 mehr zur Verteidigung demokratischer Grundwerte bei als die Sicherheitsbehörden,  
21 mit erheblich weniger Ressourcen und ohne den Rückgriff auf V-Leute oder  
22 nachrichtendienstliche Mittel. Dadurch wird die Deutungshoheit der  
23 Sicherheitsbehörden direkt angegriffen und somit kommt es zu den beschriebenen  
24 Verteidigungs- und Diffamierungskampagnen, die oft den politischen „Segen“ der  
25 jeweiligen Innenministerien haben.

## 26 Geheimdienste auf Expansionskurs

27  
28 Gerade nach dem Ende des Kalten Krieges wurden die Zuständigkeiten insbesondere  
29 des bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz erheblich ausgeweitet und es  
30 kam zu einer Umverteilung von Personal innerhalb der Behörden. Die eigene  
31 Existenzberechtigung wurde aber trotz des Wegfalls des „klassischen Feindbildes“  
32 ebenso wenig in Frage gestellt, wie die angewandten Methoden und ob eine neue  
33 Offenheit möglich wäre. Trotz der zeitweisen Umverteilung der Personalstärke in den  
34 Verfassungsschutzämtern vom Arbeitsbereich „Linksextremismus“ hin zu  
35 „Rechtsextremismus“, hat sich an der ideologischen Ausrichtung nie etwas geändert.  
36 Dies zeigte sich auch in der Zusammenlegung der Abteilungen für „Links“- und  
37 „Rechtsextremismus“ durch den damaligen Innenminister Schäuble zu einer  
38 gemeinsamen „Extremismus-Abteilung“. Selbst in SPD-regierten Bundesländern  
39 kommt es aber leider nicht zu einer Infragestellung der Extremismustheorie, nur die  
40 Umsetzung in der Praxis weicht dort in Nuancen ab.

41 Bei der Umverteilung des Personals vom Beobachtungsgegenstand  
42 „Linksextremismus“ hin zu „Rechtsextremismus“ hielt man zum einen an der  
43 ideologischen Ausrichtung, der Extremismustheorie, fest. Folglich kam es, sichtbar in  
44 den Verfassungsschutzberichten, zu einem „Aufrechnen“ der Gefahrenpotentiale und  
45 Straftaten, sogar die Seitenzahl wurde – gewollt oder zufällig – möglichst gleich  
46 gehalten. Zum anderen wurde das Personal lediglich umgeschichtet. Wer als vorher  
47 für die Erfassung „linksextremistischer“ Entwicklungen zuständig war, sollte dies nun

1 im Bereich „Rechtsextremismus“ tun. Im Sinne der Extremismustheorie ist das nur  
2 naheliegend und konsequent, schließlich geht man in der praktischen Umsetzung  
3 dieser Theorie von einer Gleichartigkeit dieser Phänomene aus. Ob dies allerdings in  
4 der Praxis wirklich hilfreich war ist kritisch zu hinterfragen. Vielleicht erklärt das aber  
5 immer den Verweis auf eine nicht vorhandene „Braune Armee Fraktion“, die sich in  
6 Struktur und Auftreten (z.B. Bekennerschreiben) klar an der RAF orientierte. Andere  
7 Arten des Terrorismus waren diesen MitarbeiterInnen wohl gar nicht vorstellbar und  
8 somit wurden auch Konzepte wie Blood&Honour, Combat 18 und der „führerlose  
9 Widerstand“ nie umfänglich verstanden und analysiert. Dieser blinde Fleck in der  
10 Gefahrenanalyse ist Teil der Erklärung für das Versagen der Dienste bei der  
11 Aufklärung der neonazistische Mordserie des NSU.

12 Auch andere Beobachtungsbereiche wurden generiert, um die eigene Arbeit neu zu  
13 legitimieren. Besonders frappant ist dies bei der Beobachtung der Organisierten  
14 Kriminalität, ein Bereich, der vorher allein der Kriminalpolizei zugeordnet war, oder  
15 bei der Beobachtung von Scientology und der Abwehr von Wirtschaftsspionage. Das  
16 stetige Suchen nach neuen Feindbildern drückt sich in der Bewertung des  
17 sogenannten „Ausländerextremismus“ aus. Hierbei handelt es sich ebenso wie beim  
18 Feld des „Islamismus“ um einen nur sehr schwach definierten Beobachtungsbereich,  
19 der aber zu einer erheblichen Ausweitung der Aktivitäten der Dienste geführt hat. Es  
20 ist zweifelhaft, ob der Inlandsgeheimdienst hier einen objektiven Blick hat, allerdings  
21 kam es zu einer erheblichen Ausweitung der Überwachungselemente und –methoden  
22 in Folge der Terroranschläge in New York, Madrid und London. Es liegt Verdacht nahe,  
23 dass hier einfach lange bereitliegende „Wunschkataloge“ der Geheimdienste  
24 unkritisch umgesetzt wurden.

25 Der bayerische Inlandsgeheimdienst war und ist hierbei Vorreiter und Vorbild für die  
26 aktuellen Debatten zur Neuausrichtung der Geheimdienste, denn er hat einige dieser  
27 sogenannten Reformen bereits hinter sich. Seine Öffentlichkeitsarbeit wird durch die  
28 sogenannte Bayerische Informationsstelle gegen Extremismus (BIGE) in Schulen und  
29 zivilgesellschaftliche Bündnisse getragen. Der Inlandsgeheimdienst übernimmt hier  
30 Bildungsaufgaben und versucht Einfluss auf die Zivilgesellschaft zu nehmen, obwohl  
31 er hierfür keinen gesetzlichen Auftrag besitzt.

## 32 Trennungsgebot

33 Auch wenn es immer wieder gerade von konservativer Seite und aus  
34 „Sicherheitskreisen“ gerne behauptet wird, besteht keine verfassungsrechtliche  
35 Verpflichtung zum Unterhalt von Geheimdiensten zum Schutz der Verfassung. Das  
36 Grundgesetz spricht dem Bund lediglich die Zuständigkeit für den grundlegenden  
37 Schutz der freiheitlich demokratischen Grundordnung zu, legt aber nicht die konkrete  
38 Form fest, in der dies zu erfolgen hat. Die rechtliche Grundlage für die Einrichtung und  
39 Arbeit des Bundesamtes für Verfassungsschutz sowie der 16 Landesämter bildet das  
40 Bundesverfassungsschutzgesetz, das mit einer entsprechenden Mehrheit durch den  
41 Gesetzgeber geändert werden könnte.

42 In ihrem „Polizeibrief“ legten die West-Alliierten 1949 grundlegende Regeln für die  
43 Sicherarchitektur der Bundesrepublik fest. Darin wurde der Bundesregierung zwar die  
44 Einrichtung eines Inlandsnachrichtendienstes gestattet, jedoch zugleich untersagt,  
45 diesen mit polizeilichen Befugnissen auszustatten, um die Entstehung einer neuen  
46 Gestapo/eines neuen Reichssicherheitshauptamtes zu verhindern. Von

1 VerteidigerInnen des Verfassungsschutzes wird dieses „Trennungsgebot“ gerne  
2 angeführt, wenn die Existenzberechtigung der Geheimdienste angezweifelt wird.  
3 Dann wird vor der Gefahr der Entstehung einer „neuen Gestapo“ gewarnt, die mit der  
4 Abschaffung der Geheimdienste zwangsläufig verbunden wäre. In der Praxis ist  
5 allerdings festzustellen, dass das Trennungsgebot von Polizei und Geheimdiensten  
6 schon lange unterlaufen wird. Nicht zuletzt seit 2001 wurde die Unterwanderung des  
7 Trennungsgebotes durch „gemeinsame Abwehrzentren“ und „Verbunddateien“ auf  
8 nationaler wie europäischer Ebene regelrecht institutionalisiert.

9 Polizeilicher Staatsschutz und andere Polizeistellen verfügen seit Jahrzehnte über  
10 umfassende Befugnisse zu verdeckten Ermittlungen und Abhörmaßnahmen. Ein  
11 Wegfall der Inlandsgeheimdienste würde an diesem Sachverhalt erst einmal nichts  
12 ändern, aber auch nicht das Trennungsgebot zu Fall bringen. Die Arbeit des  
13 polizeilichen Staatsschutzes muss klar auf die Bereiche Strafverfolgung und  
14 Gefahrenabwehr beschränkt sein. Natürlich ist es auch hier sinnvoll, eine genaue  
15 Kontrolle einzufordern und eine gesellschaftliche Debatte über die Notwendigkeit  
16 und demokratische und rechtstaatliche Kontrolle solcher Befugnisse zu führen.

17  
18 **Auch „die anderen“ haben versagt – Zeit für eine grundlegende Debatte**

19 Gerade im Fall des NSU muss festgestellt werden, dass nicht nur der  
20 Verfassungsschutz, sondern auch der Militärische Abschirmdienst (MAD), der die  
21 Aufgaben des Verfassungsschutzes für den Bereich der Bundeswehr erfüllen soll, der  
22 polizeiliche Staatsschutz sowie die Staatsanwaltschaften versagt haben. Auch hier ist  
23 eine grundlegende Debatte über Aufgaben, Befugnisse, Zusammenarbeit erforderlich.  
24 An einer grundsätzlichen Debatte über die deutsche Sicherheitsarchitektur, auch im  
25 europäischen und internationalen Rahmen führt also eigentlich kein Weg vorbei.  
26 Dennoch ist bereits eines jetzt klar: Einem intransparenten und demokratisch nicht  
27 kontrollierbaren Geheimdienst darf der Schutz unserer Verfassung nicht länger  
28 anvertraut werden. Die Inlandsgeheimdienste und ihre politische Führung legen hier  
29 keinerlei Problembewusstsein an den Tag. Im Gegenzug für bestenfalls kosmetische  
30 Reformen wollen sie mit weitergehenden Zuständigkeiten, erweiterten  
31 Zugriffsmöglichkeiten auf Informationen und mehr Kompetenzen belohnt werden. Es  
32 ist Zeit für eine klare Zäsur – die Inlandsgeheimdienste müssen abgeschafft werden.

33 **Chance in der Katastrophe – Aufwertung der Zivilgesellschaft**

34  
35 Obwohl es jetzt noch nicht möglich ist ein abschließendes Fazit über das Versagen  
36 und die Neuordnung der Sicherheitsarchitektur zu ziehen, obwohl sich dies derzeit  
37 zahlreiche PolitikerInnen und Beamte der betroffenen Behörden anmaßen, ist es doch  
38 von hoher Bedeutung einen entscheidenden Punkt herauszustellen. Obschon die  
39 Zukunft der Sicherheitsbehörden ungewiss ist und zu befürchten ist, dass sich  
40 aufgrund der aktuellen Möglichkeiten die Spirale von Überwachung, Repression und  
41 Ausweitung der Kompetenzen für nicht-kontrollierbare Institutionen fortsetzt, bleibt  
42 festzuhalten, dass die zivilgesellschaftlichen und antifaschistischen Initiativen und  
43 Vereine im Bereich der Beobachtung der neonazistischen Szene kompetenter sind als  
44 die Behörden, die diese Kompetenz für sich beanspruchen. Die Auseinandersetzung  
45 mit der menschenverachtenden Ideologie der Neonazis und allgemein mit  
46 antidemokratischen und antipluralistischen Einstellungen kann durch die  
47 Zivilgesellschaft viel besser geleistet werden als durch geheime Beobachtung und  
48 Repression.

1 Repression ist das Ende einer Eskalationskette von zur Verfügung stehenden  
2 Möglichkeiten und nicht deren Anfang. Der eigentliche Schutz der Demokratie  
3 geschieht also nicht in geheimen und nicht-kontrollierbaren Kellern, sondern jeden  
4 Tag auf der Straße, an den Stammtischen und in der Auseinandersetzung mit  
5 Alltagsrassismus und Faschismus. Die demokratische Praxis der aktiven Bürgerinnen  
6 und Bürger schützt den Kern der Demokratie und sollte daher besonders gefördert  
7 und auch wertgeschätzt werden. Aus der oftmals verwendeten Floskel  
8 „Zivilgesellschaft stärken“ sollte nun aus der Notwendigkeit heraus eine Tugend  
9 gemacht werden. Die Zivilgesellschaft und auch die Wissenschaft sollte stärker in den  
10 Schutz der Demokratie eingezogen werden, beispielsweise in Form eines  
11 „Demokratie-Instituts“. Dies wäre die passende Antwort einer modernen und  
12 freiheitlichen Demokratie und nicht der Rückgriff auf mehr geheime und  
13 undemokratische Methoden. Auch an dieser Stelle ist die Rolle der derzeitigen  
14 Geheimdienste mindestens kontraproduktiv, wenn nicht sogar schädlich.

#### 15 Forderungen

- 16 1. Der Verfassungsschutz muss in seiner jetzigen Form abgeschafft werden. Dies  
17 bedeutet die Abwicklung der Inlandsgeheimdienste in Bund und Ländern.
- 18 2. Die Inlandsgeheimdienste stehen in einer Bringschuld: Sie müssen den  
19 Untersuchungsausschüssen und der Justiz umfassenden Zugang zu ihren  
20 Akten und Mitarbeitern einräumen, um eine Aufklärung des Staatsversagens  
21 im Fall NSU zuzulassen.
- 22 3. Die Arbeit des polizeilichen Staatsschutzes muss auf den Bereich der  
23 Strafverfolgung und Gefahrenabwehr beschränkt bleiben. Bei den jeweils  
24 zuständigen Parlamenten sollen unabhängige „Staatsschutzbeauftragte“  
25 eingerichtet werden, die unabhängig von den internen Kontrollen der Polizei  
26 und Innenverwaltung die Arbeit des Staatsschutzes überwachen und  
27 Beschwerden von BürgerInnen untersuchen.
- 28 4. Eine von den Sicherheitsbehörden unabhängige und international besetzte  
29 Kommission soll von Bund und Ländern zusammen einberufen werden, um die  
30 Erfordernisse an eine moderne und demokratische Sicherheitsarchitektur zu  
31 diskutieren. An der Arbeit der Kommission sollen auch VertreterInnen  
32 zivilgesellschaftlicher Organisationen, aus der Wissenschaft,  
33 DatenschützerInnen und BürgerrechtlerInnen einbezogen werden. In diesem  
34 Rahmen muss auch eine grundlegende Evaluation des Einsatzes  
35 nachrichtendienstlicher Mittel durch deutsche Sicherheitsbehörden erfolgen.
- 36 5. Die Sicherheitsbehörden müssen sich aus dem Bereich politische Bildung und  
37 der wissenschaftlichen Forschung zurückziehen.
- 38 6. Zur wissenschaftlichen Untersuchung autoritärer Einstellungen und Formen  
39 gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in der deutschen Gesellschaft sowie  
40 der Entwicklung der extremen Rechten soll ein unabhängiges „Demokratie-  
41 Institut“ eingerichtet werden. Dieses Institut soll einen Beirat erhalten, in dem  
42 antifaschistische und zivilgesellschaftliche Bündnisse und Organisationen  
43 vertreten sind.

- 1 7. Zur Sicherstellung einer langfristigen und projektungebundenen Förderung  
2 und Beratung von zivilgesellschaftlichem Engagement gegen die extreme  
3 Rechte soll die Einrichtung einer unabhängigen Stiftung erfolgen.
- 4 8. Die historischen Wurzeln der Landesämter und des Bundesamtes für  
5 Verfassungsschutz sowie ihre Tätigkeit in den ersten Jahrzehnten der  
6 Bundesrepublik müssen endlich aufgearbeitet werden. Dies hat durch eine  
7 unabhängige wissenschaftliche Kommission zu erfolgen, die umfassenden  
8 Zugang zu den Akten erhält, die im Anschluss an die zuständigen staatlichen  
9 Archive zu überführen sind.

10

Antrag A6

Von: Jusos Unterfranken

An: Juso-Bundeskongress für SPD-Bundesparteitag, SPD-Landesparteitag

## Keine Optionspflicht bei doppelter Staatsbürgerschaft!

1 Wir fordern die Abschaffung der Optionspflicht für Bürgerinnen und Bürger mit  
2 Doppelter Staatsangehörigkeit, da diese die Integration nicht fördert.

3

### 4 Begründung

5 Wer die deutsche Staatsangehörigkeit nach dem Geburtsortsprinzip oder durch  
6 Einbürgerung nach der Übergangsregelung erhalten hat, muss mit Beginn der  
7 Volljährigkeit, spätestens jedoch bis zur Vollendung des 23. Lebensjahres erklären, ob  
8 sie bzw. er die deutsche oder eine andere Staatsangehörigkeit behalten will  
9 („Optionspflicht“), während in 19 EU-Staaten die Doppelte Staatsbürgerschaft  
10 Normalität ist.

11

12 Dabei ist die Staatsbürgerschaft für viele Bürgerinnen und Bürger wie eine Identität,  
13 die die kulturelle Verbindung zum jeweiligen Staat bekundet.

14

15 Jedes Jahr werden junge Menschen gezwungen eine Staatsangehörigkeit abzugeben,  
16 was viele in einen Konflikt bringt, da sie entweder ihre Wurzeln, ihre Kultur und ihre  
17 Rechte in ihrem Ursprungsstaat verlieren oder diese nicht in Deutschland erlangen  
18 können.

19 Dadurch gewinnt der Staat keine Sympathie und sendet ein falsches Signal mit Ihrer  
20 Integrationspolitik.

21

22 Auch aus wirtschaftlicher Hinsicht stellt die Mehrstaatlichkeit in Nicht-EU-Staaten  
23 einen Vorteil für Bürgerinnen und Bürger dar. Firmen haben einen großen Vorteil durch  
24 Mehrstaatler, aufgrund ihrer Mehrsprachigkeit und ihren Kenntnissen in kulturellen  
25 und gesellschaftlichen Fragen, wenn sie erfolgreiche Geschäfte im Ausland tätigen  
26 wollen.

27

Antrag A7

Von: Jusos Unterfranken

An: Bundeskongress der Jusos für Bundesparteitag, Landesparteitag der Bayern SPD

## Einführung des aktiven Ausländerwahlrechtes auf Kommunal-, Landes- und Bundesebene

1 Wir Jusos fordern für alle ausländischen MitbürgerInnen, die in Deutschland einen  
2 festen Wohnsitz haben und eine unbefristete Niederlassungserlaubnis besitzen, ein  
3 aktives Wahlrecht auf Kommunal-, Landes- und Bundesebene.

### 4 Begründung

5 In der Europäischen Union dürfen alle EU-BürgerInnen an Kommunalwahlen in ihrem  
6 Hauptwohnsitz teilnehmen, unabhängig davon in welchem Mitgliedsstaat sich diese  
7 Person befindet. Dieses Recht wurde 1992 im Vertrag von Maastricht eingeführt und  
8 ist seither in Art. 22 Abs. 1 AEUV<sup>1</sup> verankert.

9 In einigen EU-Ländern dürfen auch Nicht-EU-Bürger an den Kommunalwahlen  
10 teilnehmen, wenn auch zum Teil nur aus bestimmten Ländern oder mit langen  
11 Wartezeiten. Deutschland gehört nicht zu diesen EU-Ländern.

12 Nach dem Vertrag von Maastricht und zur Umsetzung seiner oben genannten  
13 Bestimmungen fügte das Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes vom 21. Dezember  
14 1992 Art. 28 Abs. 1 GG sodann folgenden Satz 3 bei: "Bei Wahlen in Kreisen und  
15 Gemeinden sind auch Personen, die die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaates der  
16 Europäischen Gemeinschaft besitzen, nach Maßgabe von Recht der Europäischen  
17 Gemeinschaft wahlberechtigt und wählbar."

18 So haben aktuell nur EU-BürgerInnen auf kommunaler Ebene ein aktives und passives  
19 Wahlrecht.

20 An dieser Stelle sollte nicht zwischen EU- Bürger und Nicht EU- Bürger unterschieden  
21 werden, sondern als ImmigrantInnen, die in Deutschland leben, angesehen werden.

22 Jede Bürgerin und jeder Bürger sollte das Recht haben sich aktiv an den Wahlen zu  
23 beteiligen.

24 Eine Einbindung in die Politik fördert die Integration bzw. wäre eine Belohnung für  
25 eine gelungene Integration. Des Weiteren unterwerfen sich unsere ausländischen  
26 MitbürgerInnen in gleichem Maße der Staatsgewalt wie deutsche StaatsbürgerInnen.  
27 Insbesondere müssen alle gleichermaßen Steuern zahlen, jedoch können die  
28 ImmigrantInnen nicht über die Verwendung ihrer Steuern bestimmen. Mittlerweile  
29 hat die zweite und dritte Generation oft keine starken Verbindungen mit ihrem  
30 Heimatstaat und legt den Lebensmittelschwerpunkt meist in das Gastland.

31 <sup>1</sup>AEUV: Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union

32

Antrag B1

Von: Jusos Niederbayern

## Resolution: „Gerechter steuern mit Steuern“

1 Die SPD kämpft bei der Bundestagswahl 2013 darum, die schwarz-gelbe Regierung in  
2 Berlin abzulösen. Deutschland braucht wieder eine Regierung, die die Interessen der  
3 großen Mehrheit der Bevölkerung, der sog. „kleinen Leute“ und der  
4 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in diesem Land entschlossen vertritt.

5 Entsprechend sehen wir Jusos bei einer künftigen rot-grünen Bundesregierung  
6 steuerpolitische Weichenstellungen als zentralen Bestandteil des Regierungshandelns  
7 im Mittelpunkt, denn nur mit ausreichenden Steuereinnahmen lässt sich unser  
8 Gemeinwesen im Bund, in den Ländern und in den Kommunen tragfähig finanzieren.  
9 Zugleich bietet gerade eine sozialdemokratische Steuerpolitik umfassende  
10 Möglichkeiten, in der Vergangenheit entstandene soziale Verwerfungen zu  
11 korrigieren und durch verteilungspolitisch von oben nach unten wirkende steuerliche  
12 Maßnahmen mehr sozialen Ausgleich in Deutschland herzustellen.

### 13 I. Mehr Steuergerechtigkeit schaffen:

14 Wir Sozialdemokraten und Jusos setzen uns dafür ein, dass die Vermögenssteuer  
15 wieder erhoben wird. Dafür bedarf es eines verfassungskonformen Gesetzes. Zweck  
16 der Vermögenssteuer ist es das Vermögen gerechter zu verteilen und starke Schultern  
17 mehr zu belasten als Schwache. 60% des gesamten Vermögens befindet sich in der  
18 Hand von weniger als 10% der Bevölkerung. Wir setzen uns daher für eine  
19 Vermögenssteuer von mindestens 1%, bei einem Freibetrag von mindestens 500.000€  
20 ein.

21 Die SPD muss darüber hinaus auch bei der Erbschaftssteuer rangehen. Jährlich werden  
22 in Deutschland riesige Vermögen vererbt, die jedoch nur zu Einnahmen aus der  
23 Erbschaftssteuer i. H. von 4 Milliarden Euro führen. Das sind lediglich nur 0,9% der  
24 gesamten Steuereinnahmen von Bund und Ländern, wohingegen die Mehrwertsteuer  
25 mit 36,8% und die Lohn- und Einkommensteuer mit 32,6% zusammen mittlerweile  
26 zwei Drittel der gesamten Steuerreinnahmen ausmachen (Stand: 2010). Wir streben  
27 deshalb mindestens eine Vervierfachung der Einnahmen aus der Erbschaftssteuer an.  
28 Die Freibeträge sind dabei so zu regeln, dass niemand um sein vererbtes Eigenheim  
29 bangen muss.

30 Im Zuge einer sozialdemokratischen Steuerreform erwarten wir von unserer Partei,  
31 dass sie neben der gesamten Überprüfung geltender Steuersätze (insbesondere mit  
32 Entlastungsmöglichkeiten für kleinere Einkommen und Familien) wieder höhere  
33 Spitzensteuersätze für große Einkommen durchsetzt. Der Spitzensteuersatz ist in den  
34 letzten 20 Jahren von verschiedenen Regierungen immer weiter gesenkt worden und  
35 liegt aktuell bei 42% für Einkommensteile über 53.000 €. Ab rund 250.000 €  
36 Jahreseinkommen werden darüber hinausgehende Einkommensteile mit 45% (sog.  
37 „Reichensteuer-Aufschlag“) besteuert. Wir fordern, dass die Progression bei

1 Einkommen über 53.000€ solange verlängert wird bis ein Steuersatz von 53% erreicht  
2 ist. Die sogenannte „Reichensteuer“ wollen wir beibehalten und ab 150.000€  
3 Jahreseinkommen erheben.

4 Eine rot-grüne Bundesregierung muss endlich die Reform der Gewerbesteuer in  
5 Angriff nehmen. Wir fordern ihre Weiterentwicklung zu einer  
6 Gemeindewirtschaftssteuer. Auch Selbstständige und Freiberufler müssen künftig zur  
7 Finanzkraft der Kommunen ihren Anteil beitragen, schließlich stellen die Kommunen  
8 auch ihnen die benötigte Infrastruktur zur Verfügung (Stichwort:  
9 Grundstückserschließungen und Breitbandversorgung).

10 Ebenso notwendig ist eine bessere Ausstattung der Finanzbehörden mit mehr  
11 Steuerfahndern. Nicht erst seit dem prominenten Fall des ehemaligen Postchefs  
12 Zumwinkel wissen wir, dass es in diesem Land üblich ist, in großem Stil Steuern zu  
13 hinterziehen. Werden solche Fälle bekannt, zeigt sich die Politik meist tief erschüttert  
14 und fordert hohe strafrechtliche Konsequenzen. Meistens sind dann aber auch schnell  
15 die Finanzbehörden unter Beschuss, weil ihnen mangelnde Kontrolle vorgeworfen  
16 wird. Vielfach haben die Behörden aber überhaupt nicht die personellen Kapazitäten,  
17 um dem Steuerbetrug effektiv Einhalt zu gebieten. Viele Bundesländer, darunter  
18 Bayern, leisten sich den Luxus, jährlich auf mehrere Millionen Euro Steuern zu  
19 verzichten, weil der Staat am falschen Ende spart (siehe: <http://tiny.cc/zw75qw>). Aus  
20 dem Artikel geht hervor, dass ein Steuerfahnder in Bayern jährlich 1,2 Millionen  
21 Steuern eintreibt. Er erwirtschaftet also ein Vielfaches von dem, was der Staat für  
22 seine Besoldung aufwenden muss.

23 Wir fordern eine effektivere Unternehmensbesteuerung. Hierzu zählt nicht nur etwa,  
24 den Steuersatz für die Körperschaftsteuer, der in Deutschland bei nur noch 19% liegt,  
25 wieder deutlich zu erhöhen, sondern hierbei muss die Systematik insgesamt sehr  
26 genau durchleuchtet werden. Es ist übliche Praxis, dass Unternehmen mit Sitz in  
27 Deutschland, die mit ausländischen Tochtergesellschaften verbunden sind, sich  
28 regelmäßig „arm“ rechnen. Das Unternehmenssteuerrecht lässt dies aktuell noch  
29 immer zu. So können Unternehmen bestimmte Aufwendungen in Zusammenhang  
30 mit Betriebsgründungen im Ausland (Planungskosten, Kosten für den Transfer der  
31 Arbeitsplätze, Schuldzinsen für die neuer Tochterfirma, usw.) mit den in Deutschland  
32 entstandenen Gewinnen verrechnen, während die Gewinne der Auslandstöchter in  
33 Deutschland steuerlich nicht wirksam werden, sondern der Steuer im Ausland  
34 unterliegen.

## 35 II. Gleichstellung im Steuerrecht verwirklichen:

36 Von großer Bedeutung sind für uns Jusos auch steuerliche Maßnahmen, die familien-  
37 und gleichstellungspolitisch relevant sind. Eine zentrale Forderung, die nicht mehr nur  
38 wir Jusos erheben, sondern erfreulicherweise mittlerweile die gesamte Partei, ist die  
39 Abschaffung des Ehegattensplittings. Eine fortschrittliche und gerechte Gesellschaft  
40 muss individuelle Lebensentwürfe ermöglichen und darf das Modell der Ehe nicht als  
41 reine Versorgungsinstitution zementieren. Ebenso darf einer beruflichen  
42 Emanzipation von Menschen nichts im Wege stehen. Das Ehegattensplitting  
43 erschwert jedoch zahlreichen Frauen den Entschluss, nach einer Heirat berufstätig zu  
44 bleiben.

1 Das Splittingverfahren im deutschen Einkommenssteuerrecht verfestigt  
2 Lebensmodelle, in denen eine Person von der anderen materiell abhängig ist.  
3 Während bei ledigen Partnerinnen und Partnern jedes Einkommen steuerrechtlich  
4 getrennt betrachtet wird und der Staat jedes Einkommen für sich besteuert, werden  
5 bei Ehegatten die Einkünfte addiert und durch zwei geteilt. Für diejenige Person, die  
6 mehr verdient als die andere Person in der Ehe bedeutet dies, dass auf ihr Einkommen  
7 ein niedrigerer Steuersatz erhoben wird, als es seiner Gehaltshöhe eigentlich  
8 entspräche. Während Ehepartner, die beide gleich viel verdienen, überhaupt nicht  
9 davon profitieren, wächst der Vorteil je größer der Einkommensunterschied zwischen  
10 zwei verheirateten Personen ist. Somit profitieren am meisten solche Ehen, in denen  
11 eine Person ausgesprochen viel verdient und die andere Person kein Einkommen  
12 bezieht. Dies kann im Einzelfall zu einer Steuerersparnis von mehreren tausend Euro  
13 führen. Da dies steuerrechtlich ein enormer Anreiz zur sogenannten Hausfrauen-Ehe  
14 ist, sind in den allermeisten Fällen Frauen von ihrem Ehepartner abhängig.

15 Das von der CDU vielfach diskutierte Familiensplitting stellt jedoch keine Alternative  
16 zum Ehegattensplitting dar, weil sich die Union von der Herd- und Heim-Ideologie  
17 nicht trennen kann. Ein Familiensplitting wäre ein weiterer Beitrag zur Entlastung von  
18 Besserverdienenden. Insbesondere Alleinerziehende wären enorm benachteiligt.  
19 Durch eine individuelle Besteuerung, in der Unterhaltspflichten zwischen Ehepartnern  
20 und gegenüber deren Kindern berücksichtigt werden, besteht mehr  
21 Chancengleichheit für Frauen im Steuerrecht.

22 Weiter treten wir für umfassende Änderungen in der Familienpolitik ein und fordern  
23 eine Reform des Elterngeldes. Auch die Investitionen zur Verbesserung der Qualität  
24 der Kinderbetreuung müssen erhöht werden. Entgegen der bisherigen Regelung muss  
25 das Elterngeld paritätisch gestaltet werden und darf auf Sozialleistungen und den  
26 Kinderzuschlag beim Arbeitslosengeld II nicht angerechnet werden. Wir fordern, das  
27 Elterngeld künftig auch ausländischen MitbürgerInnen mit einer Aufenthaltserlaubnis  
28 ausnahmslos zu gewähren.

29 Erwerbsarbeit, Hausarbeit und Familienbetreuung müssen gleich aufgeteilt sein.  
30 Während die CDU/CSU hier auf eine sogenannte „Herdprämie“ setzt, müssen  
31 Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten für eine fortschrittlichere Familienpolitik  
32 eintreten. Darüber hinaus darf das Elterngeld nicht auf Arbeitslosengeld II  
33 angerechnet werden.

34 Personen, die eine Aufenthaltserlaubnis zum Zweck der Ausbildung oder in  
35 Verbindung mit einer Arbeitserlaubnis nur für einen Höchstzeitraum besitzen, sind  
36 weiterhin vom Elterngeld ausgeschlossen. Dies widerspricht jedoch den Grundsätzen  
37 einer offenen Gesellschaft, die sich der gesamten Bevölkerung solidarisch zeigen  
38 sowie Integration erleichtern und Menschen eine langfristige Perspektive in der  
39 Gesellschaft eröffnen muss.

### 40 III. Europaweiter Kampf gegen den Finanzkapitalismus:

41 Ein möglichst umfassendes Papier zu steuerpolitischen Vorschlägen und Forderungen  
42 kann sich jedoch aufgrund der Wirtschafts- und Finanzkrise in Europa nicht nur auf  
43 den Nationalstaat beschränken. Um Europa finanziell und wirtschaftlich zu  
44 stabilisieren, ist im Idealfall ein ganzes Maßnahmenpaket europaweit abgestimmter  
45 Maßnahmen erforderlich. Sollte eine europaeinheitliche Fiskalpolitik, die den Weg aus

1 der Krise weist, am Widerstand neoliberaler Regierungen scheitern, muss sich die SPD  
2 dafür einsetzen, sinnvolle Maßnahmen in einem ersten Schritt national umzusetzen.

3 Seit schon fünf Jahre wütet die Finanzkrise durch Europa, die mit dem  
4 Zusammenbruch von Lehman Brothers ihren Anfang genommen hat. Derzeit sind  
5 über 10 % der Menschen in der EU arbeitslos, in Spanien und Griechenland liegt diese  
6 bei weit über 25 %. Viel wurde seitdem diskutiert, wie man die Finanzmärkte  
7 regulieren kann, doch passiert ist seitdem nicht viel. Dies muss sich endlich ändern.  
8 Folgende Punkte müssen bei einem Wahlsieg der Sozialdemokraten in den nächsten  
9 Jahren verändert werden:

- 10 • Die Einführung einer Transaktionssteuer: Diese Steuer auf jegliche Käufe  
11 finanzpolitischer Papiere würde zumindest die extrem kurzfristige Zockerei  
12 auf den Finanzmärkten eindämmen, die auf Gewinne im Promillebereich  
13 abzielen. Damit würden sich zum Beispiel die Devisenmärkte stabilisieren, die  
14 mit großen Schwankungen zu kämpfen haben und schon einige Krisen in  
15 Europa verursacht haben. Ein weiterer, positiver Effekt hätte diese Einführung  
16 auf die Einnahmehasis der Staaten, welche beispielsweise in Deutschland um  
17 gut 20 Mrd. € im Jahr verbessert werden kann.
- 18 • Leider greift der Vorschlag der Europäischen Kommission, Geschäfte mit  
19 Aktien und Anleihen mit 0,1 % und den Derivatehandel mit nur 0,01 % zu  
20 besteuern, deutlich zu kurz. Gerade Derivate machen die großen Volumina des  
21 Finanzhandels aus und sind oft besonders risikoreich. Wir fordern daher einen  
22 einheitlichen Steuersatz von 0,1 %.
- 23 • Verbot von sog. „Massenvernichtungswaffen“ wie Credit Default Swaps. Diese  
24 Finanzinstrumente können Staaten an den Rand des Ruins bringen, wie man  
25 anhand von Griechenland und Spanien in den letzten Jahren gesehen hat,  
26 speziell wenn von den Nachbarnstaaten, dank Merkel, keine unbedingte  
27 Solidarität bekundet wird, wie wir Jusos Niederbayern es schon länger  
28 gefordert haben. Viele fordern, dass nur noch CDS / CDOs gehandelt werden  
29 dürfen, wenn der jeweilige Vertragspartner das Produkt, welches er versichern  
30 will, auch selber besitzt. Doch diese Einschränkung wird nichts bringen, da es  
31 genügend Schlupflöcher dafür geben wird und es nur schwer zu kontrollieren  
32 ist. Aus diesen Gründen ist ein Verbot der einzige richtige Weg.
- 33 • Unbedingte Solidarität in Europa: Die fehlende Solidarität innerhalb Europas  
34 hat dazu geführt, dass Deutschland teilweise Geld zurückbekommt, wenn es  
35 sich Geld leiht. Spanien und Italien dagegen teilweise über 5 Prozent Zinsen für  
36 neue Anleihen bezahlen müssen und Staaten wie Griechenland, Portugal und  
37 Irland praktisch von der Aufnahme von neuen Krediten aufgrund exorbitant  
38 hoher Zinsen ausgeschlossen sind. Deutschland hat bisher schätzungsweise  
39 90 Milliarden Euros durch niedrige Zinsen und hohe Zinszahlungen aus den  
40 südeuropäischen Staaten verdient. Wir setzen uns dafür ein, dass die EZB und  
41 die anderen Staaten des Euroraums eine Garantie für alle ausgegebenen  
42 Staatsanleihen der Mitglieder des Euroraums abgeben. Neue Staatsanleihen  
43 werden garantiert, wenn sie alte ersetzen. Gleiches gilt für neu  
44 aufgenommene Staatsschulden bis zu einer gewissen Größe. Dadurch werden  
45 die Zinsen im Euroraum wieder angeglichen, wie es vor Beginn der Krise der  
46 Fall war. Deutschland ist der große Profiteur der sogenannten

- 1 „Staatsschuldenkrise“. Das ist gerecht, da in Deutschland auch alle Kommunen  
2 und Länder in etwa die gleichen Zinsen bezahlen, unabhängig von der  
3 Finanzlage.
- 4 • **Verbot des Hochfrequenzhandels:** Der Hochfrequenzhandel ist eine  
5 computergesteuerte Variante der Spekulation, bei der bestimmte Programme  
6 winzige Kursveränderungen aufzuspüren. Dadurch kann man innerhalb von  
7 Millisekunden mittels realer und vorgetäuschter Aufträge aus  
8 Kursveränderungen profitieren. Dabei findet die Spekulation klar losgelöst von  
9 der Realwirtschaft statt. Ebenso bietet der Hochfrequenzhandel eine einfache  
10 Möglichkeit der Kursmanipulation von Aktien, indem man etwa den Kurs einer  
11 Aktie, die man abstoßen möchte, durch sehr viele Kauforder nach oben treibt.  
12 Wenn genügend weitere KäuferInnen angelockt wurden, wird die Kauforder in  
13 Bruchteilen von Sekunden wieder annulliert und man verkauft gleichzeitig die  
14 Aktien zu einem künstlich aufgeblähten Preis. Aufgrund dessen sollte der  
15 Hochfrequenzhandel verboten und eine Mindesthaltefrist für Aktien  
16 eingeführt werden, die dazu geeignet ist, ein Hintergehen des Verbots zu  
17 verhindern
  
  - 18 • **Trennung zwischen Geschäfts- und Investmentbanken.** Diese beiden  
19 Geschäftsfelder dürfen bei Banken nicht mehr länger unter einem Dach  
20 betrieben werden. Wie man während der Finanzkrise gesehen hat, waren  
21 Sparkassen und Genossenschaftsbanken, welche sich nur auf das  
22 Kreditgeschäft konzentriert haben, erfolgreicher als die großen Geldhäuser,  
23 die groß im Geschäft des Investmentbankings vertreten waren. Dadurch kann  
24 man auch die Größe der Institute begrenzen, die bei einer Insolvenz vielleicht  
25 sogar die gesamte Weltwirtschaft ins Wanken bringen können. Außerdem  
26 sollen Investmentbanken nicht mehr mit fremdem Geld zocken können. Der  
27 sogenannte Leverage Effekt muss hier deutlich begrenzt werden. Eine  
28 Richtlinie kann hier Basel III geben. Hier soll künftig der Verschuldungsgrad  
29 maximal 3 % betragen.
  
  - 30 • **Das Abkoppeln der Finanzindustrie von der Realwirtschaft war in der**  
31 **Vergangenheit ein Grund für ihr unglaubliches Wachstum. Der Fokus muss**  
32 **deswegen wieder auf die Realwirtschaft gelenkt werden. Wichtig ist hier, dass**  
33 **die Masseneinkommen endlich wieder stärker wachsen als der**  
34 **Produktivitätsfortschritt.** Ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung wäre die  
35 Einführung eines Mindestlohns. Die genaue Höhe soll von einer Kommission,  
36 ähnlich der in Großbritannien festgelegt werden, wobei die aktuell  
37 geforderten 8,50 € pro Stunde auf jeden Fall die Mindesthöhe sein sollte. Erst  
38 wenn die Renditen in der Realwirtschaft, der sog. „Zins“ wieder höher ist als in  
39 der Finanzindustrie, wird sich die Richtung hoffentlich wieder umkehren und  
40 der Fokus wird wieder auf arbeitsplatzschaffende Investitionen gelegt.
  
  - 41 • **Die EZB als Kontrollgremium ist ein logischer Schritt. Mit dem richtigen**  
42 **Personal kann man Fehlentwicklungen einzelner Geldhäuser früh genug**  
43 **erkennen und wichtige Schritte zur Vermeidung einer Krise einleiten. Aber**  
44 **auch ihr Fokus auf die alleinige Inflationsbekämpfung und überhöhten Zinsen**  
45 **hat der Finanzindustrie genutzt. Das Ziel der Vollbeschäftigung muss endlich**  
46 **ein gleichgewichtetes Ziel der Notenbank sein.**

Antragsnummer: B4

Von: Oberbayern

An: Landesparteitag, Bundeskongress für Bundesparteitag der SPD, SPD im Europäischen Parlament

## Tonnagesteuer abschaffen!

1 Wir fordern die Abschaffung der Tonnagesteuer. Die Höhe der Besteuerung von  
2 Handelsschiffen soll zu-künftig nicht länger pauschal abhängig von der  
3 Nettoraumzahl des Schiffes sondern lediglich herkömmlich durch  
4 Betriebsvermögensvergleich ermittelt werden.

5 Auch in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union muss die Abschaffung der  
6 Tonnagesteuer angestrebt werden um eine Steuerharmonisierung zu erzielen und  
7 Wettbewerbsnachteile zu beseitigen.

8 Die SPD hat sich für die Umsetzung dieser Forderungen einzusetzen.

9 Begründung:

10 Bei der Tonnagesteuer handelt es sich um keine eigenständige Steuer, sondern um  
11 eine wählbare, besondere Gewinnermittlungsart.

12

13 Die Ermittlung des Gewinns der Schifffahrtsgesellschaft erfolgt bei Wahl der  
14 Tonnagesteuer nicht wie bei der herkömmliche Gewinnermittlung (gemäß § 4 I oder §  
15 5 EStG) durch Betriebsvermögensvergleich, sondern pauschal anhand der  
16 Nettoraumzahl des Handelsschiffes. Diese bemisst sich Größtenteils nach dem  
17 vorhandenen Rauminhalt. So heißt es in § 5a EStG:

18

19 *„Der im Wirtschaftsjahr erzielte Gewinn beträgt pro Tag des Betriebs für jedes im*  
20 *internationalen Verkehr betriebene Handelsschiff für jeweils volle 100 Nettotonnen*  
21 *(Nettoraumzahl) 0,92 Euro bei einer Tonnage bis zu 1000 Nettotonnen, [...] 0,23 Euro*  
22 *für die 25000 Nettotonnen übersteigende Tonnage“.*

23

24 Der so ermittelte Gewinn ist im Vergleich zur herkömmlichen Gewinnermittlung  
25 außerordentlich gering was unmittelbar dazu führt, dass die  
26 Schifffahrtsgesellschaften weniger Steuern zu entrichten haben.

27

28 Stehen dem Schifffahrtsunternehmen schlechte Jahre bevor und scheint das  
29 Schreiben von Verlusten wahrscheinlich, so kann wieder auf herkömmliche  
30 Gewinnermittlung umgeschaltet werden.

31

32 Dadurch erfolgt de facto eine staatliche Subventionierung der Schifffahrtsindustrie,  
33 die die Entwicklung Deutschlands zum Billigflaggenland weiter forciert.

34 Nach offiziellen Zahlen der Bundesregierung betrug die Steuerersparnis der Reeder  
35 auf Grund der Einführung der Tonnagesteuer im Zeitraum von 1999 bis 2008  
36 zusammengerechnet in etwa 3,5 Milliarden Euro.<sup>1</sup>

37

38 Im Hinblick auf die Herstellung von Steuergerechtigkeit und die verstärkte  
39 Entwicklung Deutschlands zu einem Billigflaggenland scheint die Abschaffung der  
40 Tonnagesteuer angebracht.

1 Das internationale Wettrennen um die Schaffung der günstigsten Bedingungen für  
2 die Ansiedlung der Schifffahrtsgesellschaften muss demnach beendet werden.  
3 1Deutscher Bundestag, Kleine Anfrage – Drucksache 17/4088 – Frage 44

Antrag B5

Von: Juso-Regionalbezirk Mittelfranken

An: SPD-Bundestagsfraktion

## Haftung für ManagerInnen und Vorstandsmitglieder

4 **Antrag:**

5 Die SPD-Bundestagsfraktion möge einen Gesetzentwurf erarbeiten, der eine  
6 verschärfte Haftung für ManagerInnen und Vorstandsmitglieder normiert.

7

8 **Begründung:**

9 Wenn ein Vorstandsmitglied einen Schaden verursacht hat, ist seine Ersatzpflicht in  
10 der Theorie einfach. Zuständig für die Geltendmachung von Schäden des  
11 Unternehmens gegen seinen Vorstand ist der Aufsichtsrat. Er ist zu einer genauen  
12 Prüfung verpflichtet. Können Ansprüche mit Aussicht auf Erfolg geltend gemacht  
13 werden, muss der Aufsichtsrat handeln. Anderenfalls macht er sich selbst gegenüber  
14 dem Unternehmen schadensersatzpflichtig.

15 Zur Höhe der Vorstandshaftung bestimmt § 93 Aktiengesetz lapidar, dass  
16 Vorstandsmitglieder, die ihre Pflichten verletzen, der Gesellschaft zum Ersatz des  
17 daraus entstehenden Schadens verpflichtet sind. Die Vorschrift kennt keine  
18 Obergrenze. Es ist schlicht der aus der Pflichtverletzung resultierende Schaden zu  
19 ersetzen, egal ob er 237 Euro oder 237 Millionen Euro beträgt.

20 Dieses einfache System wirft natürlich die Frage auf, warum man nicht sehr viel öfter  
21 von Schadensersatzklagen gegen (Ex-)Vorstände liest. Die Gründe sind vielschichtig.

22

23 **Das Verhältnis von Vorstand und Aufsichtsrat**

24 Vorstand und Aufsichtsrat sollen vertrauensvoll zum Wohle des Unternehmens  
25 zusammenarbeiten. Diese Zusammenarbeit schafft eine Atmosphäre, die es dem  
26 Aufsichtsrat psychologisch erschwert, bei möglichen Pflichtverletzungen zum Mittel  
27 der Schadensersatzklage zu greifen.

28 Zudem war es lange Zeit üblich, dass Vorstände nach ihrer Amtszeit direkt in den  
29 Aufsichtsrat wechseln, wo sie dann die Folgen ihrer eigenen Arbeit beurteilen. Es steht  
30 zu vermuten, dass diese Beurteilung regelmäßig wohlwollend ausfällt.

31 Vor diesem Hintergrund wird der Aufsichtsrat um so eher bereit sein, gegen den  
32 Vorstand vorzugehen, je wahrscheinlicher es ist, dass er anderenfalls selbst zur  
33 Rechenschaft gezogen wird. Diese Aufgabe, den Aufsichtsrat zur Rechenschaft zu  
34 ziehen, fällt aber wiederum dem Vorstand zu. Solange der Vorstand noch im Amt ist,  
35 wird er dem Aufsichtsrat kaum verwerfen, dieser habe es versäumt, von ihm, dem  
36 Vorstand, Schadensersatz zu fordern.

37 Nach Abberufung des betreffenden Vorstands fällt die Rolle dem neuen Vorstand zu.  
38 Er müsste gegen jenen Aufsichtsrat vorgehen, der ihn soeben zum Vorstand berufen

1 hat. Diese Sachlage erklärt, warum Schadensersatzklagen gegen Aufsichtsräte nach  
2 wie vor sehr selten sind. Daran hat auch das neue Klagezulassungsverfahren nichts  
3 geändert, das Aktionären, die ein bestimmtes Quorum erreichen, eine  
4 Schadensersatzklage im eigenen Namen gegen Organmitglieder ermöglicht.

5

#### 6 Die Risiken eines Gerichtsverfahrens

7 Auch wenn der Aufsichtsrat sich entschließt, gegen das Vorstandsmitglied  
8 vorzugehen, scheuen Unternehmen häufig den Weg zu Gericht. Welche Details im  
9 Laufe eines Gerichtsverfahrens an die Öffentlichkeit gelangen, ist nur schwer  
10 vorhersehbar. Das Bekanntwerden mancher Informationen kann dem Unternehmen  
11 nachhaltig schaden. Man denke etwa an Preiskalkulationen, die dem Wettbewerber  
12 bekannt werden.

13 Gerade in Korruptionssachverhalten können bestimmte Details auch  
14 Schadensersatzforderungen von Kunden gegen das Unternehmen erleichtern.  
15 Außerdem wollen Unternehmen nach Möglichkeit mit ihren Leistungen, nicht mit  
16 ihren Fehlleistungen in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden.

17 Hinzu kommt, dass die Rechts- und Beweisfragen gerade in Korruptionssachverhalten  
18 komplex sind. Der Vorwurf an Vorstände lautet hier in der Regel, sie hätten die  
19 Bestechungshandlungen durch mangelhafte Organisation oder Überwachung  
20 ermöglicht.

21

#### 22 Die "ordnungsgemäße Organisation": Raum für Interpretation

23 Das wirft die Frage nach der ordnungsgemäßen Organisation auf. Anders als etwa die  
24 USA oder Großbritannien beschränkt sich das deutsche Recht insoweit auf wenige  
25 allgemeine Bestimmungen. Es ist also Raum für Interpretation, wodurch der Ausgang  
26 eines Verfahrens im Einzelfall schwer vorhersehbar wird.

27 Auch muss das Unternehmen den Eintritt und die Höhe des Schadens beweisen.  
28 Wurden gezahlte Schmiergelder auf den Kaufpreis aufgeschlagen, liegt der Schaden –  
29 jedenfalls nach verbreiteter Meinung – nicht beim Unternehmen, sondern beim  
30 Kunden. Es besteht zwar das Risiko, dass der Kunde Schadensersatz vom  
31 Unternehmen fordert, aus verschiedenen Gründen unterbleibt das aber oft.

32 Selbst wenn all diese Hürden genommen werden, kann man dennoch mit (fast) leeren  
33 Händen dastehen. So ist es recht unwahrscheinlich, dass ein Ex-Vorstand die Summe  
34 von 237 Millionen Euro aufbringen kann. Deshalb kommt es darauf an, ob und in  
35 welcher Höhe der Schaden versichert ist. Für Vorstände werden in der Regel  
36 sogenannte "Directors & Officers-30 Versicherungen" abgeschlossen. Greift die  
37 Versicherung, steigert das die Bereitschaft des Unternehmens, gegen den Vorstand  
38 vorzugehen. Anderenfalls hat es wenig Sinn, die gesamte Summe einzuklagen.

39 Dieses Bündel an Gründen macht verständlich, warum man recht wenig über  
40 Schadensersatzklagen gegen Vorstände hört. Sofern das Unternehmen die Schäden  
41 überhaupt geltend macht, wird häufig ein Vergleich angestrebt. Das vermeidet die  
42 Öffentlichkeit, bezieht das Prozessrisiko ein und berücksichtigt die jeweilige  
43 Realisierbarkeit.

44 Daher muss eine Verschärfung und Konkretisierung angestrebt werden, um Haftung  
45 und Risiko wieder in Einklang zu bringen.

46

Antrag C1

Von: Juso-SchülerInnen Bayern über den Juso-Landesvorstand

## Für mehr Politische Bildung an Schulen

1

2 Der Sozialkundeunterricht als „Leitfach der politischen Bildung“ (Lehrplan des  
3 achtjährigen Gymnasiums in Bayern (2012): Fachprofil Sozialkunde) muss bei der  
4 Politikerziehung in der Schule eine besondere Würdigung erfahren. Der  
5 Sozialkundeunterricht kann jedoch in der jetzigen Form nicht umfassend alle  
6 relevanten Inhalte des politischen Systems vermitteln. So zeigt er der  
7 SchülerInnenschaft kaum die bestehenden Möglichkeiten auf, ihre Meinung und ihre  
8 Interessen zu vertreten. Außerdem fehlt die Aufklärung darüber, wie man selbst aktiv  
9 werden kann, fast vollständig. Deshalb fordern wir, die Unterrichtszeit, die momentan  
10 für Sozialkunde aufgewendet wird, großzügig auszuweiten, auf bis zu drei  
11 Schulstunden die Woche. Ebenso muss auch die Einführung des  
12 Sozialkundeunterrichts in allen Schulformen in eine frühere Jahrgangsstufe gelegt  
13 werden, mind. eine Klassenstufe unter der momentanen. Dabei ist darauf zu achten,  
14 dass der Lehrplan auch weiterhin konsequent auf politische Inhalte ausgerichtet  
15 bleibt. So muss der Lehrplan unter allen Umständen in Zukunft u.a. SchülerInnen-  
16 vertretungsstrukturen oder Engagement in Jugendverbänden und –organisationen  
17 berücksichtigen.

18 Dazu soll neutral und umfassend über alle relevanten Staats-, Regierungs- und  
19 Gesellschaftsformen informiert werden, damit sich jedeR SchülerIn eine eigene  
20 Meinung darüber bilden kann welche für ihn/sie die vertretbarste ist. Um auf dieses  
21 Ziel hinwirken zu können müssen die Lernenden auch wissen wie sie bei Wahlen  
22 agieren und somit ihre eigenen Interessen am besten durchsetzen können, deshalb ist  
23 auch eine Aufklärung über Wahlformalisten und -Möglichkeiten und über  
24 verschiedene Parteiprogramme nötig. Einer der wichtigsten Punkte, der im  
25 momentanen Sozialkundeunterricht vernachlässigt wird, ist auch das Hinweisen auf  
26 die Gefahren des Rechtsextremismus. Diese Vermittlung politischer Inhalte darf dabei  
27 nicht auf das Fach Sozialkunde beschränkt bleiben, sondern muss sich im Sinne eines  
28 fächerübergreifenden Unterrichts auch auf andere Fächer erstrecken, besonders um  
29 die fehlende Unterrichtszeit zu kompensieren und Querverbindungen zu schaffen.  
30 Neben dem Fach Geschichte sollte dabei auch zunehmend mit den sprachlichen  
31 Fächern und Wirtschaft und Recht zusammengearbeitet werden. Der Unterricht soll  
32 dabei in dem Schuljahr beginnen, in dem heute an der betreffenden Schulform das  
33 Fach Sozialkunde einsetzt und dieses ersetzen. Darüber hinaus darf die Chance auf  
34 Politisierung nicht aus dem Schulalltag der SchülerInnen ferngehalten werden.  
35 Dementsprechend muss Schule demokratischer werden. Dabei muss u.a. der  
36 Kompetenzbereich der SchülerInnenvertretungen breit ausgebaut werden und ein  
37 breites Spektrum an Möglichkeiten zur Mitbestimmung der SchülerInnenschaft  
38 geschaffen werden. Das Demokratieverständnis der SchülerInnen kann auch dadurch  
39 positiv beeinflusst werden, dass demokratische Wahlen zu der Besetzung von  
40 Schulgremien stattfinden, bei denen auch die SchülerInnenschaft berücksichtigt wird.  
41 Darüber hinaus trägt u.a. auch ein Streikrecht für SchülerInnen dazu bei, jene zu

1 politisieren und für Politik zu interessieren. Zusätzlich sollen an den Schulen zukünftig  
2 mindestens ein Mal jährlich offene Politiktage stattfinden, zu dem VertreterInnen der  
3 demokratischen Parteien und Verbände eingeladen werden.

#### 4 Begründung:

5 Es sollte Ziel einer Bildungseinrichtung sein, SchülerInnen zur Demokratie (siehe  
6 BayEug Art.1 (4) ) und zur Mündigkeit zu erziehen. Dies kann aber nur geschehen ,  
7 wenn sie ausreichend informiert werden und lernen wie sie an demokratischen  
8 Prozessen teilnehmen und ihre Meinungen und Rechte vertreten können. So wie der  
9 Unterricht momentan abläuft entsteht der Eindruck, SchülerInnen sollten überhaupt  
10 nicht lernen für ihre Meinung einzutreten. In einem demokratischen Staat sollte und  
11 darf das nicht der Fall sein.

### Antragsbereich D Sozialpolitik

#### Antrag D3

Von: Jusos -Unterfranken

An: Landesparteitag

### Jugendsozialarbeit in Bayern – Ausbau und Förderung

12 Immer öfter kommt es vor, dass bayerische Jugendliche und Kinder u.a. psychische,  
13 familiäre oder schulische Probleme haben, die kaum alleine von ihnen zu bewältigen  
14 sind. Mögliche Ursachen sind häufig Druck, Mobbing und Schulischer Stress, die aus  
15 dem Alltag von Heranwachsenden fast nicht mehr wegzudenken sind. Die Probleme  
16 fangen in der Grundschule schon häufig an, Mobbing z.B. ist an den Grundschulen  
17 genauso zur grausamen Realität geworden, wie an Gymnasien, Mittelschulen,  
18 Realschulen und Haupt-/Gesamtschulen.

19 Für diese Kinder und Jugendliche, die alleine nicht aus ihrer schlimmen Situation  
20 hinauskommen, brauchen wir unbedingt ein Team von Jugendsozialarbeitern\_Innen,  
21 denn niemand möchte mit einem der oben genannten Probleme alleine konfrontiert  
22 sein.

#### 23 **Jugendsozialarbeit an Schulen**

24 Hierzu eine kurze Begriffsklärung: Schulbezogene Jugendsozialarbeit zeichnet sich  
25 dadurch aus, dass ein bestimmtes Team von Jugendsozialarbeitern\_Innen an einer  
26 Schule fest postiert ist, ein gutes Verhältnis zu den Schülern\_Innen pflegt und durch  
27 zielbezogene Seminare oder Sprechstunden vorzeitig schwierige Lebenssituationen  
28 bei Schüler\_Innen erkennt und behebt. Durch diese bestimmten Möglichkeiten haben  
29 diese unabhängigen Fachleute einen engeren und vertrauensvolleren Kontakt zu den  
30 Schüler\_Innen und können ihnen so leichter helfen.

31 Denn bei den meisten Schüler\_Innen fangen die Probleme in der Schule an, aber die  
32 Jugendsozialarbeiter\_Innen können die Probleme dort, abseits von Familie, leichter  
33 greifen als wenn sie direkt in den Familien ansetzen würden. Immer mehr  
34 Schüler\_Innen an bayerischen Schulen sind verhaltensauffällig u.a. durch  
35 Essstörungen, Depressionen oder schlimme Vorkommnisse in Familien selbst, wie

1 Missbrauch oder Vernachlässigung. Für diese Jugendlichen/ Kinder muss  
2 professionelle Hilfe in Form von einem von Lehrern unabhängigen  
3 Jugendsozialarbeiterteam und ein Psychologe bereitstehen, da sich diese von den  
4 Lehrern differenzieren und Schweigepflicht haben. Denn häufig ist das  
5 Vertrauensverhältnis zwischen Schüler\_Innen und Lehrer\_Innen so gestört, dass  
6 psychische oder andere Probleme übergangen oder ignoriert werden. Außerdem sind  
7 LehrerInnen auch für derartige Probleme nicht ausreichend ausgebildet, um  
8 situationsgerecht und adäquat reagieren zu können. Es kann nicht sein, dass den  
9 Betroffenen keine ausreichende Hilfe zusteht, oder nur vereinzelt vorhanden ist. Als  
10 Beispiel die Stadt Würzburg: Hier gibt es genau eine Jugendsozialarbeiterin an einer  
11 Höchberger Schule, die wechselnd sich auch um andere Schulen kümmert. Natürlich  
12 gibt es auch unabhängige Sozialarbeiterstellen, Beratungsstellen, Psychologische Hilfe  
13 und ähnliches, doch bis die Betroffenen sich dort hin orientiert haben, oder sich  
14 durchgerungen haben zu den betreffenden Stellen hin zu gehen, ist es oftmals zu  
15 spät. Insgesamt gibt es in Bayern nur 450 Jugendsozialarbeiterstellen im  
16 Schulbezogenen Betrieb (Quelle:  
17 [stmas.bayern.de/jugend/sozialarbeit/jas.htm#regionale](http://stmas.bayern.de/jugend/sozialarbeit/jas.htm#regionale)) in 635 Einsatzorten. Das ist  
18 unserer Meinung nach für 1,8 Millionen Schüler\_Innen viel zu wenig und wir fordern  
19 hiermit eine verstärkt geförderte, ausgebaute und bessere Jugendsozialarbeit an  
20 Schulen.

#### 21 **Jugendsozialarbeit bezogen auf die Arbeitswelt**

22 In dieser Projektarbeit setzt die Jugendsozialarbeit besonders in so genannten  
23 Jugendwerkstätten an, in denen Jugendliche mit psychischen oder lebenskritischen  
24 Schwierigkeiten einerseits durch ausgebildetes Fachpersonal betreut werden und  
25 andererseits eine fundierte Ausbildung durch Meister in verschiedenen  
26 Ausbildungsberufen erhalten wie z.B. Koch/ Köchin, Schneiderer\_In u.ä.

27 Die Jugendlichen verdienen hier ihr erstes Geld, was ihnen die Zuversicht gibt etwas  
28 wert zu sein, etwas getan zu haben und eine Zukunft zu haben. Es ist unglaublich  
29 wichtig, diese Einrichtungen, die in Bayern vereinzelt vorhanden ist, schrittweise  
30 auszubauen und zu fördern, um allen Jugendlichen, die Schwierigkeiten im Leben  
31 haben, eine Zukunft im richtigen Berufsleben zu geben und sie nicht in ein neues Loch  
32 fallen zu lassen und sie im Stich zu lassen. (Quelle: [lagjsa-bayern.de](http://lagjsa-bayern.de))

#### 33 **Sozialarbeit in Jugendzentren – eine andere Art der Jugendsozialarbeit**

34 Auch in Jugendzentren (JUZ) greift oft eine Art Sozialarbeit, indem ein Team  
35 kompetenter Pädagogen und Psychologen dort angestellt sind, die die Kinder, die dort  
36 kostenlos das JUZ besuchen und Angebote wahrnehmen können, betreuen und so  
37 frühzeitig Probleme erkennen können.

38 Zusammenfassend kann man sagen, dass es wichtig für alle Jugendliche ist, einen  
39 Rückhalt zu bieten, der sie bei Problemen unterstützt und diese löst.

#### 40 **Forderungskatalog**

41 - Ausbau der Jugendsozialarbeitsstellen an Schulen, mind. 1 Team an jeder Schule

42 Die Teams berechnen sich durch zwei (männlich und weiblich) an jeder Schule und ab  
43 einer Schulgröße von 800 für je weitere 400 Schüler ein neuer Jugendsozialarbeiter  
44 bis zu einer Teamgröße von acht. Um bei Straffällen angemessen und schnell  
45 reagieren zu können, müssen klare Zuständigkeiten im Jugendamt und in der Polizei

- 1 hergestellt werden, an die sich die JugendsozialarbeiterInnen wenden können.  
2 Förderung soll aus dem Budget des Freistaats Bayern erfolgen
- 3 - Förderung der Betriebe, die Jugendliche mit Problemen in die Arbeitswelt begleiten,  
4 ebenfalls durch das Budget des Freistaats Bayern. Ein erstes Ziel sollte bei ca. 70 bis 80  
5 Betrieben in Bayern ein, ein endgültiges Ziel bei ca. 300.
- 6 - Bessere Förderung und Ausbau der JUZ, um allen Jugendlichen einen Zugang zu  
7 kostenlosen Angeboten und die Chance sich mit gleichaltrigen kostenlos zu treffen.  
8 JUZ muss es in jeder Stadt geben.

## Antragsbereich F Generationen, Jugendarbeit

Antragsnummer: F1  
Von: Jusos Oberfranken

### Dein Leben. Jugendpolitik für junge Menschen, nicht gegen sie

- 9
- 10 Jugendpolitik will die Lebensverhältnisse der Bevölkerungsgruppe der Jugendlichen  
11 unter Berücksichtigung ihrer Bedürfnisse und Anliegen gestalten. Doch oft wird eben  
12 diese Jugendpolitik an den Jugendlichen vorbei gemacht. Es wird nicht gefragt, was  
13 junge Menschen wollen. Es wird einfach nach dem eigenen Gutdünken gestaltet.  
14 Doch hierbei wird oft übersehen, dass die eigene Vorstellung der PolitikerInnen von  
15 dem, was Jugendliche wollen, mit deren tatsächlichen Bedürfnissen auseinander  
16 fallen. Vielen PolitikerInnen fehlt das Gespür, auf die sich verändernden Anliegen und  
17 Wünsche der Jugendlichen einzugehen. Denn diese ändern sich und sind von  
18 Generation zu Generation anders.
- 19 Daher ist es die ureigenste Aufgabe der politischen Jugendorganisationen, junge  
20 Menschen zu repräsentieren und ihre Wünsche und Anliegen in die Parteien zu  
21 bringen. Auf einem der Judo-Seminare im Jahr 2013 wurde das Thema Jugendpolitik  
22 intensiv diskutiert. Junge Menschen haben sich zusammen Gedanken gemacht, wo  
23 der Schuh drückt. Es wurde lange und spannend diskutiert, Dabei wurden immer  
24 wieder Meinungen und Gedanken eines erfahrenen SPD-Funktionärs einbezogen. Im  
25 Folgenden werden die Ergebnisse der Diskussion in Forderungen formuliert.
- 26
- 27 1. Partizipation am demokratischen Leben
- 28 1.1 Wir Jugendlichen wünschen uns einen besseren Zugang zu Volks- und  
29 Bürgerbegehren. Das Volksbegehren gegen Studiengebühren ist ein gutes Beispiel:  
30 Durch das verkürzte Gymnasium (G8) müssen die SchülerInnen schon als  
31 Minderjährige die Entscheidung treffen, ob sie studieren wollen. Einige fangen sogar

1 schon als Minderjährige das Studieren an. Sie sind also von den Studiengebühren und  
2 damit vom Volksbegehren direkt betroffen. Doch leider durften sie nicht mit  
3 abstimmen.

4 Wir fordern, dass bei Volks- und Bürgerbegehren auch diejenigen abstimmen dürfen,  
5 die es wirklich betrifft. Daher ist das Mindest-Teilnahme-Alter bei Volksbegehren auf  
6 14 Jahre herabzusetzen.

7

8 1.2

9 Auch an den anderen Willensbildungsprozessen unserer demokratischen Gesellschaft  
10 sind Jugendliche besser zu beteiligen. Hierzu muss ein klares Konzept auf allen  
11 politischen Ebenen von Kommune bis Bund gefunden werden.

12 2. Das Image Junger Menschen

13 Das Image der Bevölkerungsgruppe „Jugendliche“ und „junge Menschen“ ist sehr  
14 schlecht. Sie werden meist nicht ernst genommen oder gelten als StörerInnen.  
15 Deshalb fordern wir

- 16 • eine Imagekampagne für Jugendliche, die von den Jusos initiiert wird.  
17 Jugendliche sind mehr als StörerInnen. Sie wollen aktiv am  
18 gesellschaftlichen Leben teilhaben.
- 19 • einen besseren Dialog zwischen den Generationen. Die Jusos sollen  
20 dementsprechende Veranstaltungen konzipieren.

21

22 3. Schule und Ausbildung

23 3.1 Wir Jugendlichen fordern wohnortnahe Schulen. Die Politik muss alles dafür tun,  
24 dass die Schulen am Wohnort erhalten bleiben

25 3.2 In der Ausbildung werden häufig zu hohe Anforderungen an die Auszubildenden  
26 gestellt. SchulabgängerInnen der Hauptschulen wird von vorneherein das Gefühl  
27 gegeben, sowieso keine Chance zu haben. Wir wollen, dass die Unternehmen allen  
28 Schulabgängern Chancen geben.

29 3.3 Wir wollen mehr Ausbildungsplätze, da entgegen anderslautender Meldungen,  
30 nicht jedeR Jugendliche einen Ausbildungsplatz bekommen kann. Lediglich zwei  
31 Drittel der jungen Menschen, die 2012 ernsthaft an einer Ausbildung interessiert  
32 waren und als "ausbildungsreif" gelten, haben tatsächlich einen Ausbildungsplatz  
33 gefunden.

34 3.4 Weiterhin fordern wir eine faire Bezahlung während der Ausbildung. Die  
35 Ausbildungsvergütungen unterscheiden sich schon von Region zu Region sehr stark.  
36 Auszubildende arbeiten genau so Vollzeit wie fest angestellte und dürfen häufig die  
37 Arbeiten vollrichten, zu denen die Stammbesellschaft keine Lust hat. Wir wollen daher  
38 einen fairen Umgang mit den Auszubildenden und eine faire Bezahlung. Man muss  
39 von einer Ausbildungsvergütung mehr haben als nur die Kosten für die Fahrt zur  
40 Arbeit. Man muss auch Spaß am Leben haben können.

41 3.6 In vielen Ausbildungsberufen müssen Schulgelder bezahlt werden. Wir sind der  
42 Meinung, dass Bildung ein Grundrecht ist und daher kostenlos sein muss. Daher  
43 lehnen wir Schulgelder in der Ausbildung ab und fordern deren Abschaffung.

1 3.5 Im handwerklichen Bereich schließt man die Ausbildung als Geselle bzw. Gesellin  
2 ab. Das ist aber nur die halbe Miete. Nur mit dem Meister-Abschluss kann man voll  
3 beruflich tätig werden und dann selbst Auszubildende ausbilden. Der Meister kann  
4 jedoch bis zu 6.000 Euro kosten. Wir fordern die Abschaffung sämtlicher Meister-  
5 Gebühren. Bildung muss für alle kostenlos sein, nicht nur für StudentInnen.

6

#### 7 4. Strukturpolitik

8 Strukturschwache Regionen bieten jungen Menschen kaum Perspektiven. Die  
9 bayerische Staatsregierung hat das jahrelang unterstützt, indem sie nur gewisse  
10 Zentren effektiv gefördert hat und somit Regionen, die eigentlich Unterstützung  
11 bräuchten, vernachlässigte. Daher fordern wir:

- 12 1. Eine Strukturpolitik, die auch schwache Regionen nachhaltig fördert.
- 13 2. Bezahlbare Wohnungen und Schluss mit dem Mietwucher!
- 14 3. Die Stärkung des sozialen Wohnungsbaus.

15

#### 16 5. Deine Pflichten, deine Rechte.

17 Jugendliche werden ständig ihre Pflichten vorgekauft. Doch die Aufklärung über ihre  
18 Rechte erfolgt nur sporadisch. Wir fordern daher

- 19 1.) eine Rechts- und Pflichtaufklärungsstelle für junge Erwachsene und
- 20 2.) einen besser ausgestalteten Sozialkundeunterricht in den Schulen mit  
21 einem größeren Wochenstundenvolumen.

22

#### 23 6. Vereinsarbeit

24 Die Vereine sind der Motor des gesellschaftlichen Lebens. Leider wollen sich immer  
25 weniger Jugendliche langfristig binden. Sie sind aber sehr wohl bereit, sich an Events  
26 zu beteiligen. Nur so kann man junge Menschen langfristig für Vereine gewinnen. Das  
27 stellt neue Herausforderungen an die Vereine.

28

29 6.1 Daher fordern wir, dass der bayerische Freistaat die Kommunen besser  
30 unterstützen, so dass diese ihre Vereine vor Ort fördern können. (Beispielsweise unter  
31 dem Gesichtspunkt der Vereins-Jugendarbeit)

32 6.2 Es ist zu beobachten, dass Kinder alleinerziehender Elternteile ausgeschlossen  
33 werden, da diese keine Zeit haben, um ihre Kinder zum Training zu bringen. In einem  
34 guten Verein werden Fahrgemeinschaften oder andere Konzepte, um dies zu  
35 verhindern, erstellt. Das kostet jedoch Geld. Auch hierbei müssen die Vereine  
36 unterstützt werden.

37 6.3 Die Vereine müssen besser in die Ganztagschulen eingebunden werden. Die  
38 Ganztagschule kann eine geeignete Plattform für Vereine sein, um neue Mitglieder  
39 zu werben und um Interesse bei den Kindern und Jugendlichen zu wecken. Nur  
40 scheitert das schon daran, dass TrainerInnen und ÜbungsleiterInnen berufsbedingt  
41 keine Zeit haben, um am Nachmittag ihr Training abzuhalten. Wir fordern daher, dass  
42 TrainerInnen und ÜbungsleiterInnen von ihrem Arbeitgeber für die aktive  
43 Jugendarbeit freigestellt werden müssen und dafür bei einer staatlichen Stelle, zum

1 Beispiel dem Jugendamt, ihren Verdienstausfall geltend machen können. Wir fordern  
2 weiterhin, dass seitens der Schulen mehr Anstrengungen unternommen, um die  
3 Vereine in das Schulleben einzubinden.

4

## 5 7. Freizeitangebote

6 Es müssen mehr Freizeitangebote für Jugendliche geschaffen werden. Außerdem  
7 müssen die TrägerInnen von jugendspezifischen Freizeitangeboten in ihren  
8 Bewerbungsbemühungen der Veranstaltungen besser unterstützt werden. An der An  
9 der Jugendarbeit darf eine Gesellschaft nicht sparen, weil hier in die Zukunft investiert  
10 wird. Daher müssen die Kreisjugendringe stärker unterstützt werden.

11

## 12 8. Jugendzentren

13 8.1 Kommunale Jugendzentren sind das Herzstück der Jugendarbeit. Ihre Errichtung  
14 aber auch ihre Unterhaltung und ihr Betreiben kostet Geld. Doch wegen der  
15 schlechten Finanzausstattung vieler bayerischer Kommunen sind die Errichtung und  
16 der Betrieb eines Jugendzentrums oft ein Kraftakt. Der Freistaat Bayern muss  
17 zukünftig jeder Gemeinde ermöglichen, ein angemessenes Jugendzentrum zu  
18 betreiben. In größeren Städten muss dabei dafür gesorgt werden, dass in jedem  
19 Stadtteil ein eigenes Jugendzentrum betrieben werden kann.

20

21 8.2 Doch der Betrieb und die Verwaltung des Jugendzentrums darf nicht von Oben  
22 herab erfolgen. Die Jugendlichen müssen in wichtige Entscheidungen mit  
23 eingebunden werden. So muss zum Beispiel die Chemie zwischen dem/der  
24 JugendsozialarbeiterIn und den Jugendlichen stimmen. Ansonsten hat das  
25 Jugendzentrum sein Ziel von vorneherein schon verfehlt. Gerade bei der  
26 Stellenbesetzung müssen die Jugendlichen vor Ort mit einbezogen werden. Ähnlich  
27 wie die Probevorlesungen an deutschen Universitäten könnte so eine Beteiligung  
28 aussehen. Ein weiteres Modell wäre ein „Jugendrat“, der sich aus der Mitte der  
29 Jugendlichen zusammensetzt, und dann bei den Vorstellungsgesprächen anwesend  
30 ist und bei der Entscheidung Stimmrecht hat.

31

## 32 9. Jugendschutz

33 Wir stehen zum Jugendschutzgesetz. Kinder und Jugendliche benötigen trotz aller  
34 Entfaltungsmöglichkeiten auch feste Regeln und Strukturen. Denn in allen  
35 Lebensabschnitten sind Rechte auch immer mit Pflichten verbunden. Auch das muss  
36 gelernt werden.

37

38 Jugendliche wollen jedoch auch nicht das Gefühl haben, ausgegrenzt zu werden.  
39 Daher muss es mehr Angebote für diese geben, die früher beginnen als die normalen  
40 Partys.

Antragsbereich G  
Partei

Antrag G2

1 Von: Jusos Oberbayern

2 An: Juso-Bundeskongress für Bundesparteitag, Landesparteitag

**SPD-Mitgliederbegehren vereinfachen**

3 Wir fordern, dass SPD-Mitgliederbegehren nicht mehr nur auf dem Papier  
4 (Unterschriftenlisten) unterstützt werden können, sondern dass eine Abstimmung  
5 auch online möglich ist. Durch eine Identifizierung mit der SPD-Mitgliedsnummer  
6 kann gewährleistet werden, dass jedes Mitglied nur einmal abstimmt.

7 Begründung:

8 Beim Mitgliederbegehren gegen die verdachtslose Vorratsdatenspeicherung kamen  
9 weniger als 6000 Unterschriften zusammen. Wir denken, man macht es sich zu  
10 einfach, wenn man diese geringe Resonanz nur auf mangelndes Interesse an der  
11 Thematik Vorratsdatenspeicherung zurückführt. Das Verfahren mit den Listen, die  
12 unterschrieben in den SPD-Geschäftsstellen abgegeben oder direkt an die  
13 InitiatorInnen geschickt werden sollen, ist zu umständlich.

14

## Antragsbereich H

### Infrastruktur

Antragsnummer: H2

Von: Jusos Oberfranken

An: Landesparteitag, Juso-Bundeskongress

### Aufstockung der Fördermittel in der „Sozialen Stadt“

1 Das Programm „Soziale Stadt – Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf“  
2 wurde im Jahr 1999 unter einer Kooperation des Bundes mit den Ländern aufgelegt.  
3 Ziel war dabei, die als „Abwärtsspirale“ bezeichnete negative Entwicklung in so  
4 genannten benachteiligten Stadtteilen nach Möglichkeit aufzuhalten und im Zuge  
5 dessen die Lebens- und Wohnbedingungen der Menschen vor Ort nachhaltig zu  
6 verbessern.

7 Das Programm wurde auf dem Hintergrund einer kleinräumigen Segregation ins  
8 Leben gerufen, welche seit den 1990er Jahren in Deutschland dazu führt, dass  
9 zahlreiche Wohngebiete bzw. Stadtteile ins Hintertreffen geraten und einem  
10 Abwertungsprozess unterliegen. Stichworte wie Globalisierung, Deindustrialisierung  
11 sowie Deregulierung spielen dabei eine große Rolle. Folge davon ist eine zunehmende  
12 Spaltung der Gesellschaft in Hinblick auf den Zugang zu guter Arbeit, regeltem  
13 Einkommen und einem zufriedenstellenden Lebensstil einzelner Bevölkerungsteile.

14 So sind betitelte Quartiere oft gekennzeichnet durch diverse Problemlagen in den  
15 unterschiedlichsten Bereichen. Sowohl im städtebaulichen als auch im sozialen  
16 Bereich entstanden und entstehen Spannungen, welche dazu führen, dass  
17 Nachbarschaften überfordert sind und die Lebensbedingungen für die Bevölkerung  
18 vor Ort sich zunehmend schwierig gestalten. Viele der Quartiere sind von  
19 eingeschränkten und veralteten Wohnstrukturen gekennzeichnet. Hinzu kommen  
20 soziale Spannungen, welche durch generationale und kulturelle Konflikte entstehen.  
21 Die Bevölkerung in diesen Stadtteilen hat oft einen hohen Anteil an Arbeitslosigkeit  
22 und Transferleistungen. Zunehmend entsteht daraus ein Abwärtsprozess, welcher  
23 durch ein negatives Image dieser Stadtteile zusätzlich befeuert wird. Konsequenz  
24 davon ist oftmals der zusätzliche Abzug sozialkultureller Infrastruktur und lokaler  
25 Ökonomie.

26 Das Programm „Soziale Stadt“ antwortet darauf mit einem integrierten Ansatz der  
27 Gemeinwesensentwicklung. Dies meint, dass Maßnahmen und Projekte aus  
28 unterschiedlichen Politikbereichen und unter der Zusammenarbeit verschiedener  
29 Ressorts aus Politik und Verwaltung realisiert werden sollen. Dabei geht es sowohl um  
30 inhaltlich als auch instrumentell-strategische Handlungsfelder, welche bearbeitet  
31 werden. So geht es um neue Wertschöpfung und den Aufbau einer funktionierenden  
32 lokalen Ökonomie vor Ort. Aber auch um eine lebendige Stadtteilkultur, dem  
33 niedrigschwelligen Zugang zu Angeboten des Sozialen, Verbesserungen im  
34 Wohnumfeld und einer Imageverbesserung durch nachhaltige Öffentlichkeitsarbeit  
35 auf inhaltlicher Ebene. Auch die Themen Gesundheitsförderung und Bildung spielen  
36 dabei eine große Rolle.

37 Auf instrumentell-strategischer Ebene ist vor allem der Ansatz des  
38 Quartiersmanagements hervorzuheben. Dieses versucht als Ansprechpartner vor Ort

1 funktionierende und sich selbst tragende Strukturen vor Ort zu unterstützen bzw. zu  
2 installieren. Hierzu ist es nötig Ressourcen zu bündeln und Institutionen bzw.  
3 Angebote zu vernetzen. Ein wichtiger Aspekt ist weiterhin die Aktivierung der  
4 Bürgerschaft vor Ort für ihre eigenen Belange. Bürgerbeteiligung ist somit ein  
5 entscheidender Faktor im Programm „Soziale Stadt“.

6 Im Jahr 2010 wurde das Programm noch mit knapp 100 Millionen Euro gefordert. Dies  
7 ermöglichte es den Kommunen und weiteren Investoren vor Ort wichtige Projekte  
8 sowohl im städtebaulichen als auch sozialen Bereich umzusetzen. Auch das wichtige  
9 Quartiersmanagement vor Ort konnte dadurch nachhaltig arbeiten und unter  
10 anderem auch durch das Anzapfen von Zusatzprogrammen zur „Sozialen Stadt“ und  
11 einer damit einhergehenden Mittelbündelung wichtige Projekte auf den Weg bringen.  
12 Im Jahr 2011 wurde das Programm dann von der Regierung um circa 70 % gekürzt und  
13 die Forderung betrug nur noch ca. 28 Millionen Euro für die gesamte Republik und alle  
14 Kommunen, welche sich in diesem Programm befinden. Damit ist das Programm  
15 „Soziale Stadt“ dasjenige, welches am meisten unter den Mittelkürzungen in der  
16 Städtebauforderung zu leiden hat. Und das obwohl tagein tagaus um solche Themen  
17 wie Integration eine oft haltlose und plakative Debatte geführt wird. Das Programm  
18 „Soziale Stadt“ leistet zu einem Wir-Gefühl in der Bevölkerung einen wichtigen  
19 Beitrag und vermag es Bevölkerungsteilen, welche zunehmend abgehängt werden,  
20 eine neue Perspektive vermitteln zu können. Dies zeigen nicht zuletzt die zahlreichen  
21 positiven Beispiel im großen als auch im kleinen Stile.

22 Im Jahr 2012 wurden die finanziellen Mittel in dem Programm 1 zwar wieder auf 40  
23 Millionen erhöht, doch diese Mittel erschienen für ein nachhaltiges und integriertes  
24 Arbeiten bei der hohen Anzahl der Programmgebiete in Deutschland nicht  
25 ausreichend. Hinzu kommt, dass soziale Aspekte vollkommen in den Hintergrund  
26 gedrängt wurden und mittlerweile nicht mehr gefördert werden. Vor allem das  
27 wichtige Quartiersmanagement als Ansprechpartner vor Ort hat darunter zu leiden  
28 und verschwindet aufgrund fehlender Mittel inmitten wichtiger Prozesse in den  
29 Quartieren. Der neue Titel des Programms „Soziale Stadt – Investitionen im Quartier“  
30 unterstreicht dabei den alleinigen Fokus auf baulich-investive Maßnahmen. Dies  
31 erscheint schlichtweg aber zu wenig und zu kurz gedacht. Folge davon ist  
32 mittlerweile, dass Kommunen das Programm wechseln und Quartiersmanagements  
33 komplett wegfallen. Somit sind auch die aufgebauten Strukturen vor Ort gefährdet,  
34 da die Vorbereitung einer nachhaltig wirksamen Verstetigung Zeit braucht. Die  
35 Regierung spart damit weiter bei den Bevölkerungsschichten, welche sowieso schon  
36 zahlreichen Problemlagen ausgesetzt sind und lässt zusätzlich noch die Kommunen  
37 mit diesen komplexen Herausforderungen allein. Auch dies zeigt abermals, dass die so  
38 genannte Finanz- und Wirtschaftskrise abermals auf den Schultern der kleinen und  
39 mitunter armen Bevölkerungsmilieus ausgetragen wird. Dem ist Einhalt zu gebieten.

40 Das Programm wurde mittlerweile zwar nicht eingestellt, aber so weit reduziert, dass  
41 es nur noch ein Papiertiger ist. Und das obwohl es nachweislich ein sehr erfolgreiches  
42 Städtebauförderprogramm ist bzw. war! Sowohl im sozialen als auch im investiven  
43 Bereich konnten viele positive Effekte verzeichnet werden. Es gibt momentan zwar  
44 das Gerücht, dass an einem neuen Programm gearbeitet wird, aber für viele  
45 Kommunen und als Quartiersmanager\_in tätige herrscht eine hohe  
46 Planungssicherheit. Und die letztendlichen Verlierer\_innen sind die Menschen vor Ort!

47 **Daher fordern wir:**

- 1 1.) Eine ordentliche und mit den Gremien der Städte und Gemeinden koordinierte,  
2 Ausstattung des Programms Soziale Stadt mit finanziellen Mitteln.
- 3 2.) Die Wiederaufnahme eines integrierten Ansatzes, welcher gerade auch soziale  
4 Momente und Projekte fordert und gestaltet.
- 5 3.) Insgesamt die Wiederaufstockung der Städtebaufördermittel auf den Stand von  
6 2010, sodass die Kommunen wieder sicherer planen können und mit ihren zahlreichen  
7 Herausforderungen nicht immer mehr alleine gelassen werden.
- 8 4.) Die Neuauflage eines Nachfolgeprogramms, welches konzeptionell bauliche und  
9 soziale Dinge zusammenbringt und ausreichend finanziert ist. Dieser Bedarf ist in  
10 Absprache mit den Kommunen zu ermitteln. Und zwar noch vor der Bundestagswahl!  
11 Brücken die gebaut werden konnten, brechen ansonsten wieder ein!

12

13 Weiterhin fordern wir eine Verstetigung der durchgeführten Maßnahmen und die  
14 Weiterverwendung der Arbeitsergebnisse aus dem Programm nach dessen Abschluss  
15 in einzelnen Projektgebieten. Ein koordiniertes Auslaufen des Programms,  
16 Übergangsfinanzierungen und – strategien, sowie sorgfältige und zugängliche  
17 Ergebnisdokumentation sichern das nachhaltige Wirken der Sozialen Stadt.

18 Antrag H3

19 Von: Jusos Unterfranken

20 An: Juso Bundeskongress für SPD Bundesparteitag, SPD Landesparteitag,

### 21 **Abschaffung der 1.Klasse /des Mehrklassensystems im Nahverkehr**

22 Sollten die Plätze der zweiten Klasse soweit belegt sein, dass eine angenehme Reise in  
23 der zweiten Klasse stark erschwert ist hat die Bahn die Plätze in der ersten Klasse für  
24 alle freizugeben. Sollten solche Fälle verstärkt auftreten, so hat die Bahn geeignete  
25 Maßnahmen zu ergreifen, wie z.B. das Anhängen weiterer Wagons oder die Erhöhung  
26 der Taktzahl der jeweiligen Verbindung.

Antrag H4

Von: Unterbezirk Bamberg - Forchheim

## Aufbruch im Weltraum

1 „Man muß das Unmögliche versuchen, um das Mögliche zu erreichen.“ (Hermann  
2 Hesse)

### 3 Situation

4 Das Gebiet der Weltraumpolitik erstreckt sich seit fast 60 Jahren auf die  
5 Entwicklung von Sonden, Satelliten und bemannten Raumflügen.

6 Der erste Satellit Sputnik läutet 1957 die Raumfahrt der Menschheit ein. Seitdem  
7 haben Satelliten vielfältige Aufgaben in Telekommunikation, Kartographie, Erd- und  
8 Allbeobachtung, Rundfunkverbreitung und Navigation übernommen. Auf dem Gebiet  
9 der Navigation spielen militärische Anwendungen, wie die Zielerfassung eine wichtige  
10 Rolle, weswegen sich unterschiedliche Systeme auf der Erde etablieren, um im  
11 Konfliktfall nicht von einem System abgeschnitten zu sein. Das erste moderne System  
12 stellt GLONASS (Russland) dar, gefolgt vom GPS System (USA). Beide Systeme wurden  
13 bis 2012 umfangreich erneuert. Die Europäische Union ist mit Kanada daran das  
14 System GALILEO bis 2018 zu installieren. China will sein COMPASS System bis 2020 in  
15 Betrieb nehmen. Auch Japan und Indien besitzen Navigationssatelliten, welche in  
16 Verbindung mit genannten Satelliten die Genauigkeit über ihrem Territorium  
17 verbessern.

18 Neben den Erdnahen Satelliten bilden Sonden das zweite Standbein der  
19 Weltraumforschung. Ihr Wert ist weniger kommerzieller als wissenschaftlicher Natur.  
20 So wurden beginnend mit der Sonde „Lunik 1“, welche 1958 erstmals zum Mond flog,  
21 die Sonne, Planeten, Monde, Kometen und Asteroiden im Sonnensystem untersucht.  
22 Die Sonde „Hayabusa“ der japanischen Weltraumbehörde erreichte 2005 den  
23 Asteroiden „Itokawa“ und kehrte 2010 erstmals mit Material von ihm zur Erde zurück.  
24 Am 4. Juli 1996 setzte die Sonde „Mars Pathfinder“ das Roboterfahrzeug „Sojourner“  
25 auf dem Mars ab und untersuchte diesen bis zum 27. September 1997. Am 4. und 25.  
26 Januar 2004 erreichte die Sonde „Spirit“ und die baugleiche Sonde „Opportunity“ den  
27 Mars. An Bord befand sich jeweils ein Rover, der nach der Landung Gesteinsproben  
28 entnehmen und nach Spuren von ehemals vorhandenem Wasser suchen soll. Im  
29 Frühjahr 2009 fuhr sich der erste Rover in einer Sandanhäufung fest und konnte seit  
30 dem 22. März 2010 auch nicht mehr kontaktiert werden. Seit August 2012 ist mit dem  
31 „Mars Science Laboratory“ (*Curiosity*) wieder ein zweites Fahrzeug auf dem Mars.

32 Die bemannte Raumfahrt wurde 1961 von der Sowjetunion und den USA eröffnet. Seit  
33 2003 ist auch China mit bemannten Raumschiffen ins All vorgedrungen. Einziges  
34 Projekt der bemannten Raumfahrt ist momentan die Erdumlaufbahn. Beginnend 1971  
35 mit „Saljut 1“ über die erste modulare Raumstation „Mir“ 1986, befinden sich aktuell  
36 die „internationale Raumstation“ (ISS) seit 1998 und „Tiangong 1“ seit 2011 im  
37 Weltraum. Im Sommer 2014 wird die ISS voraussichtlich mit dem letzten Modul  
38 „Nauka“ fertig gestellt werden. Seit dem 29. Mai 2009 hat sich ihre Besatzungsstärke  
39 auf 6 ständige Besatzungsmitglieder verdoppelt (ca. 6 Monate Aufenthalt), wovon  
40 drei aus Russland, zwei aus den USA und ein Mitglied aus Europa, Japan oder Kanada  
41 kommen. Vom 18. bis 27. Juni 2012 war „Tiangong 1“ mit 3 Besatzungsmitgliedern aus

1 China besetzt. China plant bis 2016 ebenfalls eine modulare Raumstation analog zur  
2 ISS zu betreiben.

3 Japan plant zwischen 2015 und 2020 eine Raumstation auf dem Südpol des Mondes zu  
4 errichten, welche von ferngesteuerten Robotern betrieben wird. Die NASA plante im  
5 Projekt „Constellation“ 2020 bis 2024 eine bemannte Raumstation ebenfalls dort zu  
6 errichten. Der Vorsitzende von Roskosmos sieht den Aufbau einer permanenten  
7 Mondstation als logischen nächsten Schritt internationaler Zusammenarbeit<sup>1</sup>. Die  
8 europäische Raumfahrtagentur (ESA) will mit dem „Aurora“ Projekt 2030 einen  
9 bemannten Besuch des Mars durchführen.

10 Etwa 2/3 der weltweiten Ausgaben für Weltraumforschung wurden 2011 über die  
11 NASA von den USA erbracht. Nach Finanzkraft stellt die Europäische  
12 Raumfahrtbehörde (ESA) die Nummer 2 in der Welt dar. Danach folgen Roskosmos  
13 (Russland), JAXA (Japan), CAST (China) und ISA (Indien). Hauptsitz, der 1975  
14 gegründeten ESA, ist Paris. Seit dem Vertrag von Lissabon 2007 ist auch die  
15 europäische Union an der ESA beteiligt. Die Forschungszentren befinden sich in  
16 Noordwijk (Niederlande), Kiruna (Schweden) und Frascati (Italien). Die  
17 Weltraumstronomie ist in Villafranca del Castillo (Spanien) untergebracht. Das  
18 Raumflugkontrollzentrum der ESA liegt in Darmstadt, das  
19 Astronautentrainingszentrum in Köln (Deutschland) und der Weltraumbahnhof  
20 befindet sich in Kourou (Französisch Guayana).

21 **Forderungen:**

22 1. Das Ziel von Weltraumpolitik soll der Schutz der Erde und die  
23 wissenschaftliche Erkenntnis sein. Alle Aktivitäten haben sich in diese  
24 Leitlinien einzufügen.

25 Ein vollständiger Austausch der bemannten Raumfahrt durch Roboter kann  
26 diese Ziele nicht erfüllen.<sup>2</sup> Insbesondere muss bei zukünftigen Projekten der  
27 Strahlenschutz verbessert werden, um auch Stationen außerhalb des  
28 Erdmagnetfeldes zu betreiben. Um die Arbeitsbedingungen im Weltall zu  
29 verbessern ist eine Anhebung der Schwerkraft in den Wohnabschnitten eines  
30 Raumschiffs oder Raumstation durch Rotation der betreffenden Module zu  
31 prüfen. Die Ablenkung von Kometen und Asteroiden die der Erde näher als  
32 35.786 km (Umlaufhöhe geostationärer Satteliten) kommen soll zukünftig  
33 gewährleistet sein. Über den Finanzbedarf einer nicht militärischen, nicht  
34 kommerziellen Weltraumstrategie hat die Bundesregierung einen Bericht  
35 vorzulegen.

36 2010 wurden 1,2 Mrd. € des Bundeshaushaltes für Raumfahrt ausgegeben,  
37 wovon die Hälfte direkt an die ESA weitergereicht wird und 240 Mio. € im  
38 nationalen Raumfahrtprogramm verwendet wird.<sup>3</sup> Die jährlichen

---

<sup>1</sup> <http://glex2012.org/news/heads-of-agency-panel-summary> ab Minute 121

<sup>2</sup> „Die westliche Welt muss die Fähigkeiten zur bemannten Raumfahrt behalten, solange robotische Systeme bei Aufgaben im All die menschliche Präsenz nicht vollständig ersetzen können.“ BMWi „Für eine zukunftsfähige deutsche Raumfahrt Die Raumfahrtstrategie der Bundesregierung“ August 2012:25

<sup>3</sup> Ebenda:5

- 1 Betriebskosten des GALIEO Satellitensystems betragen schätzungsweise 800  
2 Mio. €<sup>4</sup>.
- 3 2. Gründung einer weltweiten Weltraumbehörde. Im All kann es keine  
4 nationalen Egoisten mehr geben. Fehler sind unvermeidbare Bestandteile von  
5 Fortschritt. Alle Fehler die im Weltraum von der Menschheit gemacht wurden  
6 und werden fallen auf die Erde als Ganzes zurück. Deswegen ist unabdingbar  
7 das die Erdbevölkerung diese auch kollektiv und nicht unabhängig  
8 voneinander begeht. Auch Vertreter\_innen aus China und Indien muss der  
9 Zugang zur ISS möglich sein.
- 10 Ein Rückzug der Staaten aus der Raumfahrt überlässt privaten Unternehmen  
11 das All. Für Raumflüge wohlhabender Menschen etwa durch „Space  
12 Adventures“ oder „Virgin Galactics“, für Rohstoffabbau „Planetary Resources“  
13 oder „Deep Space Industries“, den Bau entfaltbarer Weltraumhabitate durch  
14 „Bigelow Aerospace“ oder den Warentransport zur ISS über den  
15 automatisierten Transporter „Dragon“ der Firma „Spacex“ ab Mai 2012.
- 16 - 3. Verbot des Abschusses von Satelliten. Zusammenstöße, wie des Satelliten  
17 Kosmos 2251 (seit 1999 außer Betrieb) mit dem  
18 Kommunikationssatelliten *Iridium 33* am 10. Februar 2009, führen zur  
19 Freisetzung vieler Kleinstteile. Das Abschießen von Satteliten, wie 1985 mit dem  
20 "Solwind"-Satellit durch eine Rakete eines US-Kampffjet bei einem Waffentest  
21 oder des Wettersatelliten "Fengyun-1C" durch eine Bodenrakete des  
22 Chinesischen Militärs 2007 führen zu Weltraumschrott, der die Raumfahrt  
23 gefährdet und unmöglich machen kann mit allen damit verbundenen  
24 Errungenschaften. Eine Wiederverwertung der wertvollen Materialien im All  
25 wird angestrebt. Allein 20.000 Objekte in der Erdumlaufbahn sind groß genug  
26 um vom Radar erfasst zu werden und 500.000 Objekte größer als eine  
27 Glaskugel<sup>5</sup> im Vergleich zu ca. 1000 aktiven Satelliten. Für neue Raumobjekte  
28 soll vor dem Austritt von der Erde ein Entsorgungsplan beim Büro der  
29 Vereinten Nationen für Weltraumfragen (UNOOSA) in Wien eingereicht  
30 werden.
- 31
- 32 - 4. Nach den Erfahrungen von Atombombentest in der Erdatmosphäre, die wie  
33 etwa 1962 „Starfish Prime“, durch den elektromagnetischen Impuls technische  
34 Geräte auf Hawaii und ein Drittel der Erdsatelliten lahmlegte, wurde im  
35 Weltraumvertrag von 1967 in Artikel IV ein Verbot von  
36 Massenvernichtungswaffen im Weltraum festgeschrieben. Um den Aufbruch  
37 zu den Sternen zu einem Gewinn für die Menschheit und nicht zu einer Gefahr  
38 für diese zu machen ist jedoch ein Verbot sämtlicher Waffen im Weltraum  
39 notwendig. Scheiterte der Raketenabwehrschirm der USA in den 80er Jahren  
40 noch an den technischen Möglichkeiten, so verhinderte 2004 nur der  
41 amerikanische Kongress einen Satelliten im „Near Field Infrared Experiment“  
42 (NFIRE) mit Waffen auszurüsten. Der Vertrag zur Verhinderung eines  
43 Wettrüstens im Weltall (PAROS) wurde seit 1982 jedes Jahr in der UNO  
44 Vollversammlung behandelt und mit wenigen Stimmen zu Fall gebracht<sup>6</sup>

<sup>4</sup> [http://download.esa.int/docs/Galileo\\_IOV\\_Launch/Galileo\\_factsheet\\_2012.pdf](http://download.esa.int/docs/Galileo_IOV_Launch/Galileo_factsheet_2012.pdf)

<sup>5</sup> [http://www.nasa.gov/mission\\_pages/station/news/orbital\\_debris.html](http://www.nasa.gov/mission_pages/station/news/orbital_debris.html)

<sup>6</sup> [http://www.space4peace.org/articles/us\\_paros\\_votes.htm](http://www.space4peace.org/articles/us_paros_votes.htm)

- 1  
2 1. Die Ansiedelung der Zuständigkeit für Weltraumpolitik in Deutschland soll wie  
3 in anderen europäischen Ländern im Forschungsministerium und nicht im  
4 Wirtschaftsministerium sein, um die Forschungsinteressen auch sichtbar über  
5 die kommerziellen Interessen im Weltraum zu stellen. Die Abteilungen VII B1  
6 bis VII B5 des Wirtschaftsministeriums sind deshalb dem  
7 Forschungsministerium zuzuordnen.

## Antragsbereich I Sonstiges

### Antrag I1

Antragssteller: Juso Bezirksverband Oberpfalz

Adressat: Landesparteitag, Juso Bundeskongress

### Selbstdarstellung der Bundeswehr

8 Aktuelle Lage (in Bayern):

9 Die Bundeswehr bedient sich zur Selbstdarstellung verschiedener Mittel mit jeweils  
10 anderer Zielsetzung, wobei die Zielsetzungen natürlich teilweise ineinander  
11 übergehen. Als wesentliche Ziele lassen sich ausmachen:

- 12 1. Beeinflussung der öffentlichen Meinung über die Bundeswehr  
13 2. Nachwuchsgewinnung  
14 3. Etablierung von Sicherheitspolitik im Sinne der Bundeswehr

15 Die wichtigsten Instrumente hierfür sind:

- 16  
17 1. Die Jugendoffiziere der Bundeswehr. In Bayern gibt es zurzeit 12 Jugendoffiziere der  
18 Bundeswehr, welche alle entweder im Rang eines Hauptmanns oder eines  
19 Kapitanleutnants stehen. Die Jugendoffiziere sind vor allem für zwei Ziele zuständig,  
20 sie beeinflussen die öffentliche Meinung im Sinne der Bundeswehr und sie etablieren  
21 eine Sicherheitspolitik im Sinne der Bundeswehr. Zwar wirken sie auch innerhalb der  
22 Bundeswehr bei Truppenbesuchen und Schulungen der Truppe, vor allem arbeiten sie  
23 aber nach Außen und zwar hauptsächlich an Schulen und bei der Weiterbildung von  
24 Lehrern. Ermöglicht wird ihnen dies durch eine Kooperationsvereinbarung zwischen  
25 dem bayerischen Kultusministerium und dem Wehrbereichskommando IV  
26 (Süddeutschland). Der erste Teil ihrer Aufgabe ist die Mitgestaltung des Unterrichts im  
27 Rahmen von Tagesbesuchen unter Darstellung ausgewählter Themen jeweils im  
28 Rahmen eines 90minütigen Vortrages. Themen sind z.B.: Legitimität unserer  
29 Streitkräfte, Sicherheitspolitische Herausforderungen im 21. Jahrhundert,

1 Deutschlands Einbindung in seine Bündnisse, Alltag und Dienstgestaltung in der  
2 Bundeswehr. Mittlerweile werden auch ganze P und W Seminare (vergleichbar mit  
3 den früheren Leistungskursen) für die gymnasiale Oberstufe unter ständiger  
4 Einbindung der Bundeswehr angeboten. Der Schwerpunkt liegt hierbei wiederum auf  
5 der Sicherheitspolitik. Die Werbung für den Dienst in der Bundeswehr ist hierbei durch  
6 die Kooperationsvereinbarung untersagt, wobei selbst für den Fall, dass ein  
7 Jugendoffizier besten Willen hat sich daran zu halten, eine Beeinflussung  
8 unterschwelliger Natur sehr wahrscheinlich erscheint.

9 Der andere wesentliche Teil der Arbeit der Jugendoffiziere liegt in der Lehrer Aus- und  
10 Fortbildung. Diese Arbeit wird durch Seminarfahrten und Lehrerfortbildungen  
11 geleistet. Themen sind hier zum Beispiel: Sicherheitspolitische Relevanz der Marine,  
12 Europa und Menschenrechte, Cyberwar - Eine neue Herausforderung für den Schutz  
13 kritischer Infrastruktur. Die Zielgruppen sind breit gefächert, sie reichen von offenen  
14 Veranstaltungen über Veranstaltungen zur Referendarsausbildung (Lehramt) bis hin  
15 zu Veranstaltungen explizit für Schulleiter. Der Schwerpunkt liegt offensichtlich  
16 wieder auf der Sicherheitspolitik, was schon durch die bundeswehreigene  
17 Formulierung „Jugendoffiziere -Partner für Sicherheitspolitik“ klar wird. Bei allen  
18 Angeboten ist die Bundeswehr bemüht möglichst einfache Kontaktaufnahmen  
19 sicherzustellen und den Lehrern möglichst viel Arbeit abzunehmen, so dass diese  
20 Angebote für die Zielgruppe Lehrer natürlich unter Gesichtspunkten des  
21 Arbeitsaufwandes sehr attraktiv sind.

22 Fazit: Die Jugendoffiziere der Bundeswehr dienen dazu ein positives Bild der  
23 Streitkräfte zu zeichnen und die sicherheitspolitischen Vorstellungen der Bundeswehr  
24 zu verbreiten. Hierzu nutzen sie vor allem die Schulen, wobei Zielgruppen Schüler und  
25 Lehrer (damit mittelbar natürlich auch wieder Schüler) gleichermaßen sind.

26 2. Das zweite Instrument der Bundeswehr zur Selbstdarstellung sind die sog.  
27 Karrieretrucks und Waffenschauen. Hierbei liegt die Zielsetzung ganz klar auf der  
28 Nachwuchsrekrutierung und auf die Herstellung eines positiven Bildes der  
29 Bundeswehr, wobei das Betreiben von Sicherheitspolitik nahezu keine Rolle spielt. Der  
30 Fokus liegt stets auf dem Aufzeigen von Karrieremöglichkeiten bei der Bundeswehr in  
31 der militärischen oder zivilen Laufbahn. Diese Präsentationen finden meistens im  
32 Rahmen von bundeswehreigenen Veranstaltungen statt, es gibt sie aber auch am  
33 Rande von Volksfesten, Job-Messen und sonstigen Messen. Hierzu werden Mittel  
34 genutzt, welche die Bundeswehr als guten Arbeitgeber zeigen (Rentenansprüche,  
35 Krankenversicherung, Berufsförderungsdienst) und solche die spannende und für die  
36 Zielgruppe (Jugendlich und Heranwachsende) ansprechende Aspekte des Dienstes bei  
37 der Bundeswehr aufzeigen (sog. dynamische Waffenschauen, Vorführungen von  
38 Sondereinheiten, Fallschirmsprungsimulatoren, Formaldienste durch  
39 Ehrenformationen, Bigband des Bundeswehr und Militärorchester). Oftmals  
40 präsentieren sich wohltätige Organisationen (Tschernobylhilfe, Lachen helfen e.V.)  
41 am Rande der Veranstaltungen. Die Bundeswehr präsentiert sich bewusst jugendlich  
42 durch Zurschaustellung von gerade für männliche Jugendliche anziehendes  
43 Kriegsgerät verknüpft mit Pop-Musik bzw. für Jugendliche ansprechende Versionen  
44 von Militärmusik in Jazz-Variationen. Die Möglichkeit von Auslandseinsätzen wird  
45 wahrheitsgemäß abhängig von der angestrebten Dienststellung und Verwendung  
46 angesprochen, ob sie jedoch den Raum einnimmt welcher angesichts der enormen  
47 Risiken für deutsche Soldaten und des an sich schon problematischen Einsatzes  
48 einnimmt, muss kritisch hinterfragt werden, wobei man der Bundeswehr zu Gute

1 halten muss, dass es wohl nicht ihre Aufgabe ist bei der Nachwuchsgewinnung das  
2 kritische Zustandekommen von politischen Entscheidungen zu thematisieren.

3 Fazit: Die Bundeswehr betreibt aggressiv Nachwuchswerbung im öffentlichen Raum,  
4 es wird ein positives Bild der Bundeswehr und des Dienstes dort aufgebaut, welches  
5 zumindest als idealisiert bezeichnet werden kann.

6 Bewertung der Lage:

7 Differenziert nach den Zielen:

### 8 1. Sicherheitspolitik von Seiten der Bundeswehr

9 Es ist völlig systemwidrig, dass eine staatliche Institution selbst die Politik betreibt,  
10 aus der sie ihre Handlungsanweisungen abzuleiten hat. Natürlich betreiben  
11 Ministerien Politik und werben für ihre Politik, doch ist dabei das Handeln der  
12 Ministerien stets der aktuellen Regierung zuzurechnen und somit auch parteilich  
13 verortbar. Auch ist es normales und ständiges Vorgehen, dass Interessenverbände von  
14 in staatlichen Institutionen Beschäftigten (Gewerkschaft der Polizei, Bund deutscher  
15 Kriminalbeamter, Bundeswehrverband) an der politischen Willensbildung teilnehmen  
16 und dabei ihre Interessen vertreten. Jedoch wird normalerweise niemals eine  
17 staatliche Institution selbst durch ihre Angestellten tätig, um die Politik zu gestalten,  
18 aus der sie ihre Handlungsweise abzuleiten hat. Dies ist bei der Bundeswehr in  
19 besonderer Weise problematisch, da die Jugendoffiziere in ein strenges System von  
20 Befehl und Gehorsam eingebunden sind und selbst in keinster Weise politische  
21 Beamte sind. Auch nehmen die Jugendoffiziere der Bundeswehr in der öffentlichen  
22 Meinung eine völlig andere Stellung ein als Pressesprecher oder ähnliche Positionen.  
23 Der Grundsatz, dass staatliche Institutionen nicht selbst die Politik machen nach der  
24 sie sich zu richten haben, hat auch gute Gründe, denn staatliche Organisationen sind  
25 Machtinstrument des Staates und nehmen die Staatsgewalt wahr um sie im Sinne der  
26 Politik einzusetzen. Hierbei hat sich die Politik stets nach der demokratischen  
27 Willensbildung von Parteien, Interessengemeinschaften usw. zu richten und nicht am  
28 Interesse der Institution selbst. Eine solche Konstruktion würde die Institution zum  
29 Selbstzweck erheben und stückweise der demokratischen Kontrolle entziehen. Das  
30 Betreiben von Sicherheitspolitik durch die Bundeswehr selbst ist also völlig verfehlt.

### 31 2. Beeinflussung der öffentlichen Meinung

32 Die Versuche der Bundeswehr eine positive öffentliche Meinung zu ihren Gunsten zu  
33 bilden unterscheiden sich dagegen nicht wesentlich von der Öffentlichkeitsarbeit  
34 anderer staatlicher Institutionen. Allerdings ist eine Armee als kriegerisches Mittel  
35 immer kritisch zu betrachten, weswegen sich die Frage stellt, ob der  
36 Öffentlichkeitsarbeit der Bundeswehr insoweit Schranken auferlegt werden sollten,  
37 als dass vorgeschrieben wird die Öffentlichkeitsarbeit in einen geschichtlichen und  
38 gesellschaftlichen Kontext einzubetten.

### 39 3. Nachwuchsgewinnung

40 Soldat in der Bundeswehr zu sein heißt sein Leben möglicherweise für die  
41 Bundesrepublik Deutschland zu opfern. Tod und schwerste Verwundung sind heute -  
42 und waren immer - ein realistisches Risiko für jeden Soldaten in der deutschen Armee.  
43 Außerdem bedeutet Soldat sein auch die stete Möglichkeit einen anderen Menschen

1 auf einen Befehl hin töten zu müssen. Auch bedeutet der Dienst in der Bundeswehr  
2 ein schwere Einschränkung persönlicher Freiheiten und ganz allgemein einen harten  
3 und fordernden Beruf, ferner den Zwang auf eine politische Entscheidung hin massiv  
4 in die Freiheit eines Landes eingreifen zu müssen. Werbung für eine solche Stellung im  
5 Rahmen von Waffenschauen, Karrieretrucks und Orchestern und ganz allgemein  
6 einem für Jugendliche ansprechenden Kontext von Coolness wird der Sache in keinem  
7 Fall gerecht. Zwar erfüllt die Bundeswehr eine wichtige staatliche Aufgabe indem sie  
8 Wehrhaftigkeit und die Erfüllung der deutschen Bündnispflichten gewährleistet und  
9 nach Einführung der Freiwilligenarmee benötigt sie dazu auch die Möglichkeit der  
10 Nachwuchswerbung, aber sie sollte dies in einer Art und Weise tun, welche der  
11 äußerst schwierigen Stellung als Soldat der Bundeswehr gerecht wird.

12 Wir fordern daher:

13 Die Bundeswehr wird gesetzlich verpflichtet die Nachwuchswerbung und die  
14 Öffentlichkeitsarbeit stets in einem Kontext zu betreiben, welcher die speziellen  
15 Probleme der Armee als kriegerisches Instrument und der Arbeit in dieser beleuchtet.  
16 Veranstaltungen der Bundeswehr zu Selbstdarstellung dürfen nur noch unter der  
17 Auflage stattfinden, dass ort- und zeitgleich Informationsangebote zur Geschichte  
18 deutscher Armeen, dem Verhältnis deutscher Armeen zur Demokratie, zu von  
19 deutschen Armeen verübten Kriegsverbrechen, zu den Toten und Schwerstverletzten  
20 der Bundeswehr in aktuellen Auslandseinsätzen, zum Dienstatag und zum Verzicht  
21 auf persönliche Freiheiten in der Bundeswehr von nicht der Bundeswehr angehörigen  
22 Personen angeboten werden. Zugleich darf sich die Bundeswehr in keiner Weise mehr  
23 an der Unterrichtsgestaltung zu beteiligen.  
24 Werbung der Bundeswehr über die Medien wird folgendermaßen beschränkt:  
25 Der Bundeswehr ist verboten in bzw. mit Bezug auf Druckerzeugnisse bzw. Rundfunk-  
26 und Fernseh- und Filmformate zu werben, deren Zielgruppe unter 18jährige in nicht  
27 nur ganz unerheblichem Maße erfasst.  
28 Der Bundeswehr ist verboten an Orten zu werben, welche überwiegend von unter  
29 18jährigen besucht werden.  
30 Auftritte der Bundeswehr im Internet dürfen nicht auf unter 18jährige abzielen. Sie  
31 müssen daher textbasiert und –dominiert sein. Bilder dürfen nur insoweit  
32 vorkommen, als dass ohne sie die Vermittlung einer Information wesentlich erschwert  
33 wäre. Insbesondere hat die Bundeswehr bei der Gestaltung ihrer Webseiten Posen  
34 und Auftritte aus der Jugendkultur zu vermeiden.  
35 Die Bundeswehr darf ihre Selbstdarstellung nicht mit Gewinnspielen verknüpfen.  
36

37 Diese Regelungen sollen als Bundesgesetz beschlossen werden und als  
38 Dienstanweisung des Verteidigungsministers an alle Soldaten und zivilen Bedienstete  
39 der Bundeswehr ergehen.

Antrag I3

Von: Jusos Niederbayern

## Verschreibungspflicht für die „Pille danach“ abschaffen

1

2 Während mittlerweile in 28 europäischen Ländern das postkoitale Verhütungsmittel  
3 Levonorgestrel sowie das von der Deutschen Gesellschaft für Gynäkologische  
4 Endokrinologie und Fortpflanzungsmedizin mittlerweile als Standardmedikament für  
5 die Notfallkontrazeption bezeichnete Ulipristal rezeptfrei erhältlich ist, fällt dieses in  
6 Deutschland nach wie vor unter die Verschreibungspflicht. Obwohl sich der  
7 zuständige Ausschuss des Bundesinstituts für Arzneimittel und Medizinprodukte  
8 bereits 2004 für die Aufhebung dieser Pflicht ausgesprochen hat, wurde dies bisher  
9 nicht von der Politik berücksichtigt. Zudem sind bei der Behandlung von  
10 Vergewaltigungsopfern in Kliniken mit kirchlicher Trägerschaft das Verschreiben, bzw.  
11 Verabreichen des postkoitalen Verhütungsmittels bewusst unterlassen worden.  
12 Teilweise ist den gynäkologischen Fachabteilungen per dienstlicher Anordnung das  
13 Verschreiben dieser Mittel aus moraltheologischen Gründen untersagt. Auch in  
14 Bayern gibt es Kliniken, welche unter einer kirchlichen Trägerschaft geführt sind.  
15 Demzufolge fordern wir, dass das Verhütungsmittel Levonorgestrel in Deutschland  
16 rezeptfrei erhältlich sein soll. Statt der Verschreibungspflicht soll die Apothekenpflicht  
17 gelten.

18 Uns ist bewusst, dass die Einnahme der Pille danach mit schwerwiegenden  
19 Nebenwirkungen verbunden ist, jedoch ist es unserer Meinung nach für deren  
20 Wirkung hinderlich, die Einnahmezeit durch die Notwendigkeit eines Rezepts  
21 hinauszuzögern. Schließlich, so zeigen Studien, ist das Medikament umso  
22 wirkungsvoller, je kürzer es nach dem Koitus eingenommen wird. Innerhalb von 24  
23 Stunden beträgt die Wahrscheinlichkeit, ungewollt schwanger zu werden, lediglich  
24 5%, anschließend steigt sie bis auf 42%. Auch die Weltgesundheitsorganisation  
25 bestätigt, dass es sinnvoller sei, die „Pille danach“ so zeitnahe wie möglich  
26 einzunehmen und rät von einer Verschreibungspflicht ab, da das Medikament für den  
27 Körper gut verträglich sei.

28 Das Risiko, die Pille danach würde durch die Aufhebung der Verschreibungspflicht zu  
29 einem „Routine-Verhütungsmittel“ werden, sehen wir als nicht gegeben. Schließlich  
30 sind die Nebenwirkungen derart stark, dass sie lediglich in Notfällen eingenommen  
31 wird. Dies bestätigen auch andere EU-Länder, in denen das postkoitale  
32 Verhütungsmittel rezeptfrei erhältlich ist. Des Weiteren nimmt die Wirkung der Pille  
33 danach durch mehrmalige Anwendung ab.

34 Anstelle der ärztlichen Informierung über Risiken und Nebenwirkungen sollen die  
35 weiterführenden Schulen im Zuge der Sexualkunde dazu verpflichtet werden,  
36 hierüber aufzuklären.

37 Außerdem sollen ApothekerInnen im Rahmen des Selbstbedienungsverbots für  
38 apothekenpflichtige Medikamente dazu verpflichtet werden, über die Risiken und  
39 Nebenwirkungen aufzuklären und eine nachträgliche Untersuchung bei einer  
40 Gynäkologin bzw. einem Gynäkologen empfehlen.

Der das Medikament aushändigende Apotheker hat über die allgemeine Aufklärung  
bzgl. Risiken und Nebenwirkungen hinaus, dezidiert bzgl. der Patientin die  
Zugehörigkeit zu den verbreitetsten und gefährdetsten Risikogruppen zu erfragen.

Im Zweifelsfall hat er sie an einen Arzt zu überweisen und das Medikament vorerst nicht auszuhändigen.

1 **Begründung:**

2 VerfechterInnen der Verschreibungspflicht für die „Pille danach“ argumentieren  
3 damit, dass das Verhütungsmittel einen gravierenden Eingriff in den weiblichen  
4 Körper vornehmen würde und demnach die Verbraucherin vor Einnahme über  
5 mögliche Risiken und Nebenwirkungen informiert werden muss. Dies soll von einer  
6 Gynäkologin bzw. einem Gynäkologen vorgenommen werden. Fakt ist jedoch, dass die  
7 Wirkung dieses Medikaments abnimmt, je länger der Zeitraum zwischen Koitus und  
8 Einnahme ist. Demzufolge gestaltet es sich als problematisch, diesen Zeitraum durch  
9 den Sprechstundenbesuch einer Ärztin bzw. eines Arztes unnötig in die Länge zu  
10 ziehen.

11 Wir sehen die Wichtigkeit der Aufklärung über Risiken und Nebenwirkungen zwar  
12 gegeben, denken jedoch, dass dies im Sexualkundeunterricht geschehen soll. Auch  
13 ApothekerInnen sind hierbei zur Aufklärung infolge des Selbstbedienungsverbots  
14 verpflichtet. Letztlich ist es sinnvoller, eine Gynäkologin bzw. einen Gynäkologen nach  
15 der Einnahme aufzusuchen, als vorher.

16

## 1    **Initiativanträge**

2

3    **Initiativantrag 1**

4    Von: Bezirk Oberpfalz

5    An: Bundeskongress für Bundesparteitag der SPD

6    **Initiativantrag**

7

## 8    **Fracking und Schiefergasförderung verbieten**

9

10    Das in Aussichtstellen einer Zulassung des Frackings in Deutschland wird von  
11    zahlreichen BürgerInnen, von Umweltverbänden und Bürgerinitiativen abgelehnt. Die  
12    Hydraulische Frakturierung (Fracking) ist eine risikobehaftete Methode zur  
13    Gewinnung von Erdgas, das in tief gelagerten Gesteinsschichten eingeschlossen ist.  
14    Um dieses Erdgas freizusetzen, schrauben Bohrer senkrecht und waagrecht  
15    tausende Meter in die Tiefe, spritzen eine toxische Mischung in das Gestein, um es  
16    aufzubrechen. Aus diesen künstlichen Rissen entweicht das Erdgas aus der  
17    Gesteinsschicht und wird an die Oberfläche transportiert.

18    Ein Teil des toxischen Gemischs kommt dabei wieder zurück an die Erdoberfläche – es  
19    ist mit Schwermetallen und radioaktiven Elementen versetzt. Der Großteil dieses  
20    Giftcocktails jedoch bleibt unter der Erde zurück. Das Bohrloch wird nach der  
21    Förderung zubetoniert. Diese Methode birgt zahlreiche Risiken und Gefahren für die  
22    Umwelt, für Tiere und für den Menschen. Es kann nicht kontrolliert werden, ob das  
23    giftige Gemisch unter der Erde nach Jahren in das Trinkwasser gerät – kilometerweit  
24    können Landschaften Jahre später veröden und ein Gesundheitsrisiko darstellen. Die  
25    Bevölkerung in den Fracking-Regionen ist diesen gesundheitsschädlichen Stoffen in  
26    Boden, Gewässern und Luft schutzlos ausgesetzt. Auch die Entsorgung des Wassers,  
27    das mit dem Erdgas zurück auf die Oberfläche gespült wird, ist risikoreich – ein  
28    gewisser Anteil verdampft in der Luft, was ebenfalls das Gesundheitsrisiko für die  
29    Leute in der unmittelbaren Umgebung erhöht, aber auch die Entsorgung des  
30    Giftwassers ist problematisch. Es soll in Kläranlagen gereinigt werden, die auf  
31    Schwermetalle und radioaktive Substanzen aber nicht ausgerichtet sind – während  
32    Deutschland für den Atommüll noch kein Endlager hat, sollen hier nun wieder  
33    Literweise Giftmüll angesammelt werden. Außerdem ist das Fracking eine Methode,  
34    die sauberes Wasser in Massen benötigt und somit wasserverschwendend ist. Trotz  
35    dieser Gefahren treffen die Minister Altmeier und Rössler erste Vorbereitungen für die  
36    Zulassung des Frackings – es soll in Trinkwasserschutzgebieten verboten werden und  
37    nur mit Umweltverträglichkeitsprüfungen zugelassen werden! Diese beiden  
38    vermeintlichen Schutzmechanismen greifen zu kurz – auch Gebiete, die keine  
39    Trinkwasserschutzgebiete sind, sind Lebensraum für Mensch und Tier und dürfen  
40    nicht fahrlässig vergiftet werden. Und weder die Umweltverträglichkeitsprüfung noch  
41    die beiden Minister geben Antworten auf die wichtigen Fragen, etwa hinsichtlich der  
42    Gefahr von Vergiftung des Erdreiches oder die Entsorgung giftiger Abwässer.

43    Wir fordern ein Verbot für Fracking und Schiefergasförderung in Deutschland, denn  
44    diese Methode ist mit ungeklärten Folgen behaftet und geht auf die Kosten künftiger  
45    Generationen! Auch eine nur geringe Förderung ist abzulehnen, da hier die Risiko- und  
46    Gefahrenfaktoren deutlich höher anzusetzen sind als irgendein gesellschaftlicher

1 Gewinn. Wir brauchen das Erdgas nicht, sondern die Bundesregierung soll ihre  
2 Hausaufgaben in Sachen Energiewende erledigen, denn in der Gewinnung  
3 nachhaltiger Energie liegt die Zukunft!

4

1 Initiativantrag 2

2 Resolution

3 AdressatIn: SPD-Bundestagsfraktion

4 **„Zypern gehört dem Volk!“<sup>7</sup> – Keine weitere Erpressung Zyperns**  
5 **und der Eurozone!**

6 Mit dem von den Euro-Finanzministern und der Troika vorgeschlagenen  
7 „Rettungspaket“ für die Republik Zypern hat die Euro-Krise eine neue Stufe der  
8 Eskalation erreicht. Erneut wird – unter Federführung der deutschen Bundesregierung  
9 – versucht, einem Mitglied der Eurozone unter massivstem Druck ein Programm  
10 aufzunötigen, das seine Probleme nicht lösen, sondern nur verschlimmern wird.

11 Erneut zeichnet sich ab, dass den „Rettern“ kaum neues einfällt: Die vorgeschlagenen  
12 Maßnahmen folgen dem üblichen neoliberalen Austeritätsdogma mit massiven  
13 Ausgabenkürzungen und der Privatisierung (durchaus profitabler) öffentlicher  
14 Betriebe – also genau der Politik, die in den letzten Jahren immer und immer wieder  
15 gescheitert ist.

16 Ein völlig neuer Vorschlag aber ist die von den Euro-Finanzministern und der Troika  
17 geforderte Zwangsabgabe für Bankkunden. Erstmals sollten Bankkunden völlig  
18 willkürlich – nur weil sie an einem bestimmten Stichtag eine bestimmte Summe Geld  
19 auf ihrem Bankkonto haben – für die Bankenrettung herangezogen und faktisch  
20 teilentzogen werden. Auch wenn die Zwangsabgabe am 19.03.2013 im zyprischen  
21 Parlament einstimmig abgelehnt wurde, ist die Zwangsabgabe von nun an ein  
22 denkbare Instrument möglicher „Rettungsmaßnahmen“ in den Krisenländern der  
23 Eurozone. Der Geist ist aus der Flasche.

24 Die Idee der Zwangsabgabe ist aber nicht nur willkürlich und ungerecht; auch in  
25 ökonomischer Hinsicht war deren Ankündigung der nächste Sargnagel für den Euro.  
26 Mit dem Einfrieren der zyprischen Bankguthaben und der Ankündigung der  
27 Zwangsabgabe ist ab sofort klar, dass das Geld der europäischen Bankkunden von nun  
28 an nicht mehr sicher ist. Das Versprechen der Großen Koalition von 2008, die  
29 Spareinlagen seien sicher, ist aufgekündigt worden – die europäische  
30 Einlagensicherung ist Makulatur. Die Sparerinnen und Sparer in den Euro-Ländern  
31 wissen spätestens jetzt, was die Versprechen der deutschen Bundeskanzlerin wert  
32 sind – nichts! Das wird nicht ohne Folgen bleiben: Bei zukünftigen Krisen in den Euro-  
33 Ländern sind „bank runs“, bei denen die Bankkunden ihr Geld von den Banken  
34 abziehen, vorprogrammiert. Neue Banken Krisen werden damit unausweichlich. Die  
35 Spirale nach unten hält nicht nur an, sie wird durch die fatale „Rettungspolitik“ noch  
36 weiter beschleunigt.

37 Mit der Forderung an Zypern, Teile des „Rettungsprogramms“ über die Zwangsabgabe  
38 völlig willkürlich von seinen Bürgerinnen und Bürgern einzutreiben, zeigte die  
39 maßgeblich verantwortliche deutsche Bundeskanzlerin erneut, dass sie aus dem  
40 bisherigen Scheitern ihrer „Rettungspolitik“ nicht das geringste gelernt hat. Erneut  
41 sollen die Bürgerinnen und Bürger für eine verfehlte Politik zahlen, erneut werden die

---

<sup>7</sup> Jubelruf der Demonstranten vor dem Parlament in Nikosia nach der Ablehnung des  
„Rettungspakets“ durch das zyprische Parlament am 19.03.2013

1 zu Grunde liegenden Ursachen der Euro Krise nicht thematisiert, erneut soll eine  
2 Entscheidung erzwungen werden, die die Probleme in der Eurozone nicht lösen  
3 sondern verschärfen wird. Dabei wird völlig ausgeblendet dass die Bankenkrise in  
4 Zypern eine direkte Folge von Merkels „Krisenmanagement“ in Griechenland ist. Die  
5 deutsche Bundesregierung hat Griechenland mit ihrer Austeritätspolitik erst in die  
6 Rezession getrieben, den daraus resultierenden Anstieg der Staatsschulden dann mit  
7 einem Schuldenschnitt zu stoppen versucht und damit die Krise durch die starken  
8 Verflechtungen griechischer und zyprischer Banken erst nach Zypern exportiert.

9 Ungeachtet der noch offenen Frage, in welcher Weise Zypern den von den Euro-  
10 Finanzministern geforderten Beitrag zu seiner „Rettung“ aufbringen nun will, sagen  
11 wir: Die Erpressung der Volkswirtschaften der Eurozone durch die deutsche  
12 Bundesregierung muss endlich ein Ende haben! Wir fordern die SPD  
13 Bundestagsfraktion auf, dem sogenannten zyprischen „Rettungspaket“ als neuesten  
14 Schritt einer von Beginn an völlig falschen „Rettungspolitik“ im Deutschen Bundestag  
15 die Zustimmung zu verweigern.

16

1 Initiativantrag 3  
2 Antragsteller\_in: Juso UB Würzburg-Stadt  
3 **Initiativantrag**

#### 4 **Gegen den Naziaufmarsch am 1. Mai in Würzburg**

5  
6 Die Jusos Bayern unterstützen den Aufruf des Bündnisses „Würzburg ist bunt, nicht  
7 braun“ und rufen alle Antifaschist\_innen dazu auf, sich an der geplanten  
8 Gegendemonstration zu beteiligen.

9  
10 Aufruf des Bündnisses:

11  
12 **Würzburg ist bunt, nicht braun!**  
13 **Gegen den Naziaufmarsch am 1. Mai 2013 in Würzburg**

14  
15 Das sogenannte „Freie Netz Süd“ hat für den 01. Mai 2013 in Würzburg einen Aufzug  
16 angemeldet. Beim „Freien Netz Süd“ handelt es sich um Akteure der militanten  
17 Neonaziszene. Sie bezeichnen sich als „nationale Sozialisten“, verfügen über  
18 ausgeprägte Strukturen in Süddeutschland, unterhalten institutionelle Beziehungen  
19 zu Faschisten in ganz Europa und verfolgen einen sogenannten Plan des  
20 „Antikapitalismus von Rechts“.

21  
22 In den vergangenen Jahren hat eine drastische Radikalisierung der im „Freien Netz  
23 Süd“ versammelten Kameraden stattgefunden. So führen die Spuren des  
24 menschenverachtenden Terrors des „Nationalsozialistischen Untergrundes (NSU)“ hin  
25 zu Kumpanen des „Freien Netz Süd“.

26  
27 Die Organisatoren vertreten eine extrem antidemokratische, verfassungsfeindliche  
28 und rassistische Haltung. Der angekündigte Aufmarsch gewaltbereiter  
29 Rechtsextremisten begründet die Pflicht zum Widerstand aller Bürgerinnen und  
30 Bürger der Stadt.

31  
32 Das Bündnis gegen den Naziaufmarsch am 1. Mai ist sich darüber einig, dass der 1. Mai  
33 in Würzburg gemeinsam als internationaler Maifeiertag und als Tag des  
34 Bekenntnisses zu Freiheit und Frieden, zu Gerechtigkeit, Völkerversöhnung und  
35 Menschenwürde friedlich begangen wird. Es ist der Tag, an dem gute Arbeit, gerechte  
36 Löhne und ein starker Sozialstaat im Mittelpunkt stehen.

37  
38 Das Bündnis ist sich darüber einig, dass Rechtsextremismus in Würzburg keine Chance  
39 haben darf. Rassismus, Ausländerhass, Gewalt, die Verfolgung von Minderheiten,  
40 sowie die Hetze gegen Linke, Gewerkschafter und Andersdenkende sind mit den  
41 Werten einer aufgeklärten Gesellschaft nicht vereinbar. Das Bündnis gegen den  
42 Naziaufmarsch am 1. Mai sieht es als seine Verpflichtung an, solidarisch Maßnahmen  
43 in die Wege zu leiten, um alten und neuen Nazis am 1. Mai in Würzburg eine klare  
44 Absage zu erteilen.

45  
46 Darüber hinaus treten wir für ein Verbot des „Freien Netz Süd“ ein und fordern die  
47 Umsetzung der Verbotsbeschlüsse des Bayerischen Landtages in diesem  
48 Zusammenhang.

49

1 Initiativantrag 5

2 Jusos Oberbayern

### 3 **Gegen Naziterror und Rassismus – Inlandsgeheimdienste** 4 **abschaffen**

5 Die Jusos Bayern unterstützen den Aufruf des Bündnisses „Gegen Naziterror und  
6 Rassismus“ zur bundesweiten Demonstration in München am 13.04.2013 (Beginn:  
7 Karlsplatz/Stachus, 13:00 Uhr), anlässlich des Prozessbeginns am 17.04.2013 gegen das  
8 NSU-Mitglied Beate Zschäpe sowie vier potentielle Unterstützer. Die Jusos Bayern  
9 beteiligen sich, im Rahmen der Möglichkeiten, sichtbar an der Demonstration und  
10 rufen die Juso-Bezirke in Bayern dazu auf, entsprechend zu mobilisieren. Außerdem  
11 empfehlen die Jusos Bayern dem Juso Bundesvorstand die Demonstration und den  
12 Aufruf ebenfalls zu unterstützen und zur zentralen Demonstration in München  
13 bundesweit zu mobilisieren.

14 Wir schließen uns der Demonstration an und unterstützen den Aufruf mit den  
15 zentralen Forderungen:

- 16 • **Bekämpfen wir gemeinsam Rassismus in Gesellschaft, Politik und**  
17 **Institutionen!**
- 18 • **Entschädigung für die rassistischen und diffamierenden polizeilichen**  
19 **Ermittlungen!**
- 20 • **Schonungslose Aufklärung der Verstrickung von Geheimdiensten und**  
21 **Polizeibehörden!**
- 22 • **Verfassungsschutz abschaffen!**
- 23 • **Neue Ermittlungen zur Aufklärung des Attentats von 1980 in München!**
- 24 • **Abschaffung aller rassistischen Gesetze – kein Mensch ist illegal!**
- 25 • **Für eine rassismusfreie, solidarische Gesellschaft!**
- 26

27 Anhang: Aufruf des Bündnisses „Gegen Naziterror und Rassismus“, unterzeichnet von  
28 den Jusos München

29 **Begründung:**

30 Die Jusos Bayern verstehen sich als linker und antifaschistischer Richtungsverband.  
31 Der anstehende Prozess in München besitzt eine große Bedeutung und Strahlwirkung.  
32 Der Umgang mit den Angehörigen der Opfer und die Aufarbeitung der Versäumnisse  
33 der Sicherheitsbehörden muss kritisch und aufmerksam begleitet werden. Hierzu sind  
34 in München zahlreiche Veranstaltungen in Planung. Die bundesweite Demonstration  
35 wird von einem großen antifaschistischem Spektrum unterstützt, dem sich auch  
36 immer mehr zivilgesellschaftliche Initiativen anschließen. Bei der Demonstration  
37 werden auch Angehörige der Opfer der Mordserie und des Kölner  
38 Nagelbombenanschlags zu Wort kommen. Hier sollten die Jusos Bayern Solidarität  
39 mit den Opfern rassistischer Gewalt zeigen und dies mit den klaren Forderungen des  
40 Aufrufs untermauern. Die eklatanten Defizite der Verfassungsschutzbehörden sind  
41 nicht auf individuelles Versagen zurück zu führen, sondern vielmehr die  
42 erschreckende Konsequenz aus der Leugnung institutionellem Rassismus und einer im  
43 Kalten Krieg verhafteten Sicherheitsarchitektur.

1 Anhang:

2 Greift ein gegen Naziterror, staatlichen und alltäglichen Rassismus –  
3 Verfassungsschutz abschaffen!

4 Am 17. April 2013 wird in München der Prozess gegen das NSU-Mitglied Beate Zschäpe  
5 sowie vier der Unterstützer beginnen: Ralf Wohlleben, Holger Gerlach, Carsten  
6 Schultze und André Eminger.

7 Ein breites antifaschistisches Bündnis ruft deshalb zu einer bundesweiten  
8 Großdemonstration in München am Samstag vor Prozessbeginn auf.

9 Im November 2011 wurde bekannt, dass die rassistischen und mörderischen Taten der  
10 Nazis des Nationalsozialistischen Untergrundes (NSU) sieben Jahre lang unter den  
11 Augen der Sicherheitsbehörden begangen wurden. Sie haben zehn Menschen  
12 ermordet und zwei Sprengstoffanschläge verübt. In den Medien wurde der Begriff  
13 „Döner-Morde“ geprägt und die Sonderkommission gab sich den Namen „Bosporus“.  
14 Damit schloss die Polizei von Anfang an rassistische Hintergründe der Morde aus,  
15 behandelte die Opfer wie Täter und ermittelte in Richtung organisierter „Ausländer-  
16 Kriminalität“.

17 Durch die rassistischen Ermittlungen der Sicherheitsbehörden wurden Familien,  
18 Verwandte und persönliches Umfeld der Opfer über Jahre überwacht und akribisch  
19 durchleuchtet. Durch den völlig unbegründeten Verdacht gegen das familiäre Umfeld  
20 der Opfer wurden soziale Zusammenhänge zerrissen und die persönliche Existenz  
21 zahlreicher Menschen zerstört. Der Rassismus von Behörden und Öffentlichkeit  
22 verhinderte so zweifach die Aufklärung der Morde: Während die Hinweise auf  
23 rassistische Hintergründe ausgeklammert und vernachlässigt wurden, erschien die  
24 These, migrantische Gewerbetreibende seien in mafiöse Strukturen verwickelt, der  
25 Polizei und einer breiten Öffentlichkeit unmittelbar einleuchtend und erübrigte  
26 weiteres Nachfragen.

27 Fünf der insgesamt zehn NSU-Morde fanden in Bayern statt, zwei davon in München.  
28 Zwischen dem „Thüringer Heimatschutz“, in dem die Haupttäter des NSU vor ihrem  
29 Abtauchen organisiert waren, und der bayerischen Naziszene bestanden in den 90er  
30 Jahren enge Verbindungen. Böhnhardt und Mundlos nahmen an verschiedenen  
31 Treffen und Veranstaltungen der Szene in Bayern teil. Einige der engsten  
32 Unterstützer\_innen des NSU lebten oder leben immer noch in Bayern, u.a. Mandy  
33 Struck, deren Identität Beate Zschäpe im Untergrund angenommen hatte. Mit Tino  
34 Brandt und Kai Dalek stehen zwei V-Leute des Verfassungsschutzes auch für die  
35 Verbindung zwischen der thüringischen und der bayerischen Naziszene.

36 „Deutschland hat ein riesiges Rassismus-Problem“, sagte Kenan Kolat,  
37 Bundesvorsitzender der Türkischen Gemeinde in Deutschland, Anfang November.

38 Der strukturelle Zusammenhang von Naziterror mit staatlichem und alltäglichem  
39 Rassismus in Gesellschaft, Politik und Medien zeigte sich bei der faktischen  
40 Abschaffung des Grundrechts auf Asyl nach den Pogromen Anfang der 90er Jahre wie  
41 auch jetzt bei aktuellen Anti-Islam-Kampagnen: Der Rassismus ist tief verankert in der  
42 Mitte der Gesellschaft. Dass sich auch nach dieser Mordserie nichts Grundsätzliches  
43 im Bewusstsein der Menschen verändert hat, verdeutlichen folgende Beispiele:

1 Zwanzig Jahre nach dem Pogrom in Rostock-Lichtenhagen kämpfen Flüchtlinge immer  
2 noch für elementare Menschenrechte in Deutschland, werden Roma stigmatisiert und  
3 in eine unsichere Zukunft abgeschoben. Hier lebende Migrant\_innen werden täglich  
4 diffamiert, bedroht, angegriffen und kriminalisiert.

5 Die Verharmlosung und Vertuschung von Rassismus und Naziterror hat Tradition in  
6 diesem Land. Rechte und rassistische Gewalttaten und Morde haben in Deutschland  
7 eine traurige Kontinuität. Die blutige Spur reicht vom bis heute unaufgeklärten  
8 Oktoberfestattentat, über die rassistischen Anschläge und Pogrome in Rostock, Mölln,  
9 Solingen und Hoyerswerda, über die seit 1989 rund 200 Morde an Migrant\_innen,  
10 Obdachlosen, Punks und Antifaschist\_innen bis hin zu den Morden des NSU.

11 München war dabei schon viele Male Schauplatz neonazistischen Terrors: Bei dem  
12 bisher größten faschistischen Anschlag in der BRD wurden 1980 durch einen Täter aus  
13 dem Umfeld der Wehrsportgruppe Hoffmann auf dem Münchner Oktoberfest 13  
14 Menschen getötet und weitere 200 zum Teil schwer verletzt. 1981 lieferten sich  
15 Neonazis auf dem Weg zu einem Bankraub mit Polizeibeamten in München eine  
16 Schießerei, bei der zwei Neonazis starben. 1985 setzten Neonazis der Gruppe Ludwig  
17 ein Lokal in der Schillerstrasse in Brand, wodurch eine Person getötet wurde. 2003  
18 beschafften Neonazis aus der Kameradschaft Süd sich Waffen und Sprengstoff und  
19 planten u.a. einen Anschlag auf die Grundsteinlegung des neuen jüdischen  
20 Gemeindezentrums.

21 Seit Bekanntwerden der Mordserie des NSU offenbart sich eine erschreckende Politik  
22 der Verschleierung: Geschredderte und verheimlichte Akten, konsequentes  
23 Vertuschen und Lügen in Untersuchungsausschüssen, wenige, viel zu späte Rücktritte  
24 von Verantwortlichen. Eine transparente, schonungslose Aufklärung der Rolle von  
25 Geheimdiensten und Polizeibehörden findet bisher nicht statt. Statt ernsthafte  
26 politische Konsequenzen zu ziehen gegen Rassismus und die skandalöse  
27 Unterstützung des Aufbaus von Nazistrukturen durch Mitarbeiter\_innen des  
28 (bayerischen) Verfassungsschutzes, reden die verantwortlichen Politiker\_innen weiter  
29 von vereinzelt Pannen.

30 Rechte Gesinnung hat beim Verfassungsschutz (VS) Kontinuität: Gegründet im Jahre  
31 1950 mit ehemaligen Nazis sorgte er dafür, dass Widerständler\_innen gegen den  
32 Nationalsozialismus erneut in deutsche Gefängnisse kamen. In den 60er Jahren  
33 bekämpfte er die Student\_innenbewegung, in den 70er und 80er Jahren lieferte er das  
34 Material für die Berufsverbote linker Aktivist\_innen. Vor neun Jahren scheiterten die  
35 Pläne für ein NPD Verbot nicht zuletzt daran, dass diese bis in die höchsten  
36 Führungsetagen von V-Leuten und Spitzeln des Verfassungsschutzes durchgesetzt war.  
37 Auch das unmittelbare Umfeld des NSU ist durchsetzt mit V-Leuten aus  
38 Verfassungsschutz und Polizei.

39 Deshalb kann die einzige Konsequenz aus der Verstrickung der Behörden nur sein:  
40 Verfassungsschutz abschaffen! Wir müssen verhindern, dass die Regierung die NSU-  
41 Morde instrumentalisiert, um ihren Sicherheitsapparat weiter aufzurüsten, und damit  
42 endgültig eine der wenigen Konsequenzen aus dem deutschen Faschismus – die  
43 Trennung von Geheimdiensten und Polizei – rückgängig macht.

44 Unsere Anteilnahme und Solidarität gilt den Opfern des NSU-Terrors und ihren  
45 Angehörigen. Sie wurden nicht nur Opfer des militanten Rassismus der NSU-

- 1 Täter\_innen, sondern auch in der Folge noch durch die rassistischen Ermittlungen der
- 2 Polizei drangsaliert.
  
- 3 **Bekämpfen wir gemeinsam Rassismus in Gesellschaft, Politik und Institutionen!**
- 4 **Entschädigung für die rassistischen und diffamierenden polizeilichen Ermittlungen!**
- 5 **Schonungslose Aufklärung der Verstrickung von Geheimdiensten und**
- 6 **Polizeibehörden!**
- 7 **Verfassungsschutz abschaffen!**
- 8 **Neue Ermittlungen zur Aufklärung des Attentats von 1980 in München!**
- 9 **Abschaffung aller rassistischen Gesetze – kein Mensch ist illegal!**
- 10 **Für eine rassistisfreie, solidarische Gesellschaft**
- 11

1 Antragsteller: Jusos Schwaben

## 2 **Prävention statt Repression!**

**Zukunftsansichten schaffen statt Ängste schüren. Perspektiven schaffen und Menschen in ihrer Lebensbewältigung positiv unterstützen Gegen eine Verbotspolitik**

### **Beschluss:**

3 Die SPD Bayern spricht sich gegen ein Alkoholkonsumverbot auf öffentlichen Plätzen  
4 aus. Die Sozialdemokratie hat den Anspruch, Perspektiven zu schaffen, Menschen in  
5 ihrer Lebensbewältigung positiv zu unterstützen. Eine Verbotspolitik widerspricht den  
6 sozialen Grundwerten, legt den Fokus auf das Problemverhalten und versucht dies  
7 abzuschieben. Durch präventive Arbeit wird das Problem stattdessen an der Wurzel  
8 gepackt und die Gemeinden in Bayern und ihre Bewohner und Bewohnerinnen ehrlich  
9 unterstützt.

### **Begründung:**

10 Viele Städte und Gemeinden in Bayern sehen sich mit der Verantwortung  
11 konfrontiert, gegensätzliche Interessen von Nutzerinnen und Nutzern öffentlicher  
12 Plätze und deren Anwohner in Einklang zu bringen. An einigen Orten stellt sich  
13 übermäßiger Alkoholkonsum als Problem dar. Dieses begrenzt sich jedoch nicht nur  
14 auf junge Menschen, sondern ist ein gesamtgesellschaftliches Problem, für das keine  
15 einfachen Lösungswege vorhanden sind und das komplexe Antworten und  
16 nachhaltige Maßnahmen erfordert. Für uns Sozialdemokratinnen und  
17 Sozialdemokraten steht fest: Der öffentliche Raum gehört allen Bürgerinnen und  
18 Bürgern. Das Handeln der politischen EntscheidungsträgerInnen darf weder dazu  
19 beitragen, dass bestimmte Gruppen aus dem öffentlichen Raum verdrängt werden,  
20 noch darf das Handeln politischer EntscheidungsträgerInnen dazu führen, dass  
21 Bürgerinnen und Bürger bestimmte öffentliche Plätze meiden, weil sie sich an diesen  
22 nicht mehr sicher fühlen.

23 Auf dem SPD-Landesparteitag im Juli 2010 haben sich die Delegierten mit einer  
24 Mehrheit gegen ein Alkoholverkaufsverbot ausgesprochen. Die Delegierten  
25 erkannten, dass reine Repressionen keine Lösung der Problematik bieten, sondern  
26 dass ein solches Verbot stattdessen neue Probleme schafft.

27 An diesem Tag sprachen sich die Delegierten für verstärkte Präventionsmaßnahmen  
28 aus. Mit diesem Beschluss machte der Landesparteitag klar, dass die SPD die Probleme  
29 grundsätzlich bekämpfen und nicht nur oberflächliche Lösungen durch Verbotspolitik  
30 bieten will.

31 Viele Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker sehen sich mit der  
32 Problematik des riskanten und teilweise exzessiven Alkoholkonsums in ihren  
33 Kommunen konfrontiert. Sie sind auf der Suche nach Lösungsmöglichkeiten und  
34 erwarten dabei die Unterstützung des Innenministeriums. Das räumlich begrenzte  
35 Alkoholkonsumverbot wird hier als probates Mittel, der schnellen rechtlichen  
36 Handhabe angesehen und weckt so Hoffnungen bei den Kommunalpolitikern und  
37 Kommunalpolitikerinnen. Dass das Problem des übermäßigen Alkoholkonsums an  
38 verschiedenen Orten jedoch mindestens so vielfältig ist wie die Städte und  
39 Gemeinden in Bayern selbst wird dabei außer Acht gelassen.

1 Dieses Verbot könnte jedoch nur von einigen Kommunen angewendet werden. Als  
2 Handwerkszeug für die zahlreichen hilfeschuchenden Kommunen wäre dieses Verbot  
3 also keinesfalls geeignet. Wie zum Beispiel unsere Landeshauptstadt München mit  
4 dem Oberbürgermeister und Ministerpräsidentenkandidaten Christian Ude. Die Stadt  
5 München spricht sich klar gegen ein Verbot aus, da z. B. viele öffentliche Flächen als  
6 Schankflächen ausgewiesen sind (Oktoberfest).

7 Die Alternative zu einem stark eingeschränkten Alkoholkonsumverbot wäre ein  
8 offenes und überall anwendbares Alkoholkonsumverbot auf öffentlichen Plätzen.  
9 Dieses könnte dann von allen Städten und Gemeinden in Bayern angewendet werden.  
10 Dieses Vorgehen hätte zur Folge, dass auf die spezielle Situation in der jeweiligen  
11 Kommune nicht mehr eingegangen würde. Der Ruf nach einem verantwortungsvollen  
12 Umgang mit dem Verbot wäre dann eine Farce.

13 Übermäßigen Alkoholkonsum gibt es überall auf öffentlichen Plätzen aber auch auf  
14 Volks-, Stadt- und Straßenfesten oder Vereinsfeiern. Kommunale Würdenträgerinnen  
15 und Würdenträger und andere Erwachsene sind sich dabei häufig ihrer  
16 Vorbildfunktion nicht bewusst. Dabei müssen gerade sie einen verantwortungsvollen  
17 Umgang mit Alkohol als Genuss-, nicht als Rauschmittel, vorleben, übermäßiger  
18 Alkoholkonsum aller Art bedarf der Prävention.

19 Dass ein Alkoholkonsumverbot auf öffentlichen Plätzen hauptsächlich jüngere  
20 Menschen trifft, ist dem Umstand geschuldet, dass diese Personengruppe eher  
21 geringe Einkommen bezieht und sie daher verleitet sind, Alkohol dort zu konsumieren,  
22 wo er günstig ist – eben vor den Festplätzen, Bars, Kneipen und Diskotheken. Ein  
23 solches Verbot geht daher einseitig zu Lasten der jüngeren Bevölkerungsschichten.  
24 Alkoholexzessen auf Volks-, Stadt- und Straßenfesten, auf denen nachweislich  
25 ebenfalls unter Einfluss von Alkohol Straftaten begangen werden, wird damit jedoch  
26 kein Einhalt geboten. Das Polizeirecht ist das Recht der Gefahrenabwehr. Es ist ein  
27 scharfes Schwert, das die staatlichen Eingriffsmöglichkeiten gegen Bürgerinnen und  
28 Bürger regelt. Es besitzt die Aufgabe, die individuellen Freiheitsrechte mit der  
29 öffentlichen Sicherheit und Ordnung in Einklang zu bringen.

30 Änderungen im Polizeigesetz müssen mit Bedacht vorgenommen werden.

31 Der Verwaltungsgerichtshof hat in seiner Entscheidung vom 28. Juli 2009 nicht  
32 festgestellt, dass Alkoholkonsumverbote grundsätzlich rechtswidrig sind. Er sah  
33 vielmehr den allgemeinen Ursachenzusammenhang zwischen Alkoholkonsum und  
34 der Gefahr für die öffentliche Sicherheit als nicht gegeben. Bislang müssen Eingriffe in  
35 die Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger an eine konkrete Gefahrenabwehr  
36 gekoppelt werden und die Ortspolizeibehörden müssen beweisen, dass ein  
37 bestimmtes Verhalten typischerweise eine Gefahrenlage hervorruft. Wer eine  
38 Ermächtigungsgrundlage für Alkoholkonsumverbote im Polizeigesetz schaffen  
39 möchte, verabschiedet sich von diesen seit Jahrzehnten bewährten Grundsätzen. Eine  
40 Ermächtigungsgrundlage nur für einzelne Gewaltschwerpunkte kann es nicht geben.  
41 Das Polizeigesetz stellt Ermächtigungsgrundlagen für sämtliche Ortspolizeibehörden  
42 und damit für alle Kommunen in Bayern zu Verfügung. Eine Ermächtigungsgrundlage  
43 kann im Polizeigesetz zwar dadurch eingeschränkt werden, dass bestimmte Kriterien  
44 für die Zulässigkeit von Alkoholverboten benannt werden. Wenn sich Kommunen aber  
45 nicht an diesen Kriterien orientieren, dann bleibt den Bürgerinnen und Bürgern nur  
46 der Rechtsweg.

47 Viele Städte und Gemeinden leisten bereits Pionierarbeit und haben zahlreiche  
48 erfolgreiche Präventionsprojekte zur Verhinderung des riskanten Alkoholkonsums  
49 entwickelt. Die verschiedenen Maßnahmen müssen gebündelt werden. Netzwerke  
50 sollen den Austausch der verschiedenen Gemeinden und der Mitarbeiterinnen und

1 Mitarbeitern in den Projekten gewährleisten. Städte und Gemeinden werden bei der  
2 Implementierung und Durchführung von erfolgreichen Präventionsprojekten vor Ort  
3 unterstützt, dabei werden die speziellen Gegebenheiten vor Ort berücksichtigt.  
4 Wichtig sind sowohl Maßnahmen im Bereich der Verhältnisprävention, als auch  
5 verhaltenspräventive Ansätze bei denen mit den betreffenden Personen vor Ort  
6 sozialpädagogisch gearbeitet wird. Dies kann eine Gemeinde nur gemeinsam  
7 stemmen. Mit verschiedenen Netzwerkpartnern vor Ort wie Polizei, Ordnungsamt und  
8 Jugendarbeit bedarf es der Entwicklung von kommunalen  
9 Alkoholpräventionsstrategien.

10 Im Zuge ihrer Vorbildfunktion sind die Netzwerkpartner dazu angehalten, ihren  
11 eigenen Umgang mit Alkohol zu reflektieren. Alkoholpräsenz und Sektempfänge der  
12 Kommunen gehören ebenso auf den Prüfstand, wie Besäufnisse im Rahmen von  
13 Vereinsstrukturen. Hier gilt es mit gutem Beispiel und gelungenen Alternativen voran  
14 zu gehen und Verantwortung zu übernehmen.

15 Eltern spielen in der Entwicklung und Sozialisation von Jugendlichen eine wichtige  
16 Rolle.

17 Bedeutende familiäre Ressourcen sind dabei ein starker Zusammenhalt und ein  
18 fürsorgliches und wertschätzendes Familienklima. Dagegen stellt geringer Rückhalt in  
19 der Familie, ein inkonsistenter oder von Gewalt geprägter Erziehungsstil, aber auch  
20 elterliche Gefühle von Überforderung oder Ausweglosigkeit Risikofaktoren für die  
21 Entwicklung des Kindes auch in Bezug auf dessen Umgang mit Alkohol dar. Eltern  
22 müssen aus diesem Grund ebenfalls Adressaten von Angeboten im Rahmen der  
23 Präventionsarbeit sein. Es ist zu prüfen, durch welche Maßnahmen Eltern gestützt und  
24 in ihrer Aufgabe gestärkt und notfalls auch in die richtige Richtung angestoßen  
25 werden können.

26 Der Jugendschutz muss konsequent eingehalten werden, ob in der Gastronomie, im  
27 Einzelhandel oder bei Festveranstaltungen. Zur Sensibilisierung und Kontrolle führt  
28 die Polizei gemeinsam mit der Stadtverwaltung in regelmäßigen Abständen Testkäufe  
29 bei den Verkaufsstellen durch. Darüber hinaus wird auch auf die Einhaltung des  
30 Gaststättengesetzes, welches einen Verkauf von Alkohol an Betrunkene verbietet und  
31 des so genannten "Apfelsaftgesetzes" geachtet, welches die Preisgestaltung regelt.

32 Die einzige Konklusion daraus ist sich gegen ein Alkoholkonsumverbot auf  
33 öffentlichen Plätzen auszusprechen. Denn die Sozialdemokratie hat den Anspruch,  
34 Perspektiven zu schaffen und Menschen in ihrer Lebensbewältigung positiv zu  
35 unterstützen. Eine Verbotspolitik widerspricht unseren sozialen Grundwerten, legt  
36 den Fokus auf das Problemverhalten und versucht dies abzuschieben. Durch  
37 präventive Arbeit wird das Problem stattdessen an der Wurzel gepackt und die  
38 Gemeinden in Bayern und ihre Bewohner und Bewohnerinnen ehrlich unterstützt.

39